Dienstag, 29. Mai 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme-Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 125 - 22. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Diskussion um Ost-Signal: Die Bundesregierung hat bestritten, daß es zu Spannungen zwischen Außenminister Genscher und seinem US-Amtskollegen Shultz gekommen sei. In Washington war verlautet, Genscher habe Korrekturen an der Erklärung verlangt, die die NATO-Außenminister als Signal an Moskau auf ihrer morgen beginnenden Tagung abgeben wollen. Shultz habe dieses Ansinnen zurückgewiesen. (S. 8)

Flucht: Im Kugelhagel von CSSR-Grenzsoldaten ist ein 28jähriger Pole nach Österreich geflüchtet. Er durchschwamm im Bezirk Mistelbach die Thaya, die die Genze zwischen der CSSR und Österreich bildet.

Ausreise: Die Grünen haben an ausreisewillige Bewohner der „DDR" appelliert, ihren Staat nicht zu verlassen, sondern am Prozeß des Umdenkens und der Erneuerung" mitzuarbeiten. Es sei schlecht, wenn durch ihre Ausreise „unruhige Geister" verlorengingen. (S. 8)

Hubschrauber: Das seit Jahren zwischen Frankreich und der Bundesrepublik vorbereitete Abkommen über den Bau eines gemeinsamen Panzerabwehrhubschraubers ist gestern in Paris unterzeichnet worden. (S. 6)

Nahost: US-Präsident Reagan will nach Informationen der „New York Times" mit einer Dringlichkeitsentscheidung den Verkauf von 400 Luftabwehrraketen vom Typ „Stinger" an Saudi-Arabien erwirken. Die Raketen sollen in den nächsten drei Tagen geliefert werden.

Ägypten: Bei den Parlamentswahlen zeichnet sich ein Erdrutschsieg der regierenden Nationaldemokratischen Partei über die bürgerliche oppositionelle Neo Wafd-Partei ab.

Heute: Eröffnung der NATO-Außenministerkonferenz in Washington. – Rat der EG-Forschungsminister tagt in Brüssel. – Neue Verhandlungsrunde im Tarifkonflikt der Druckindustrie.

An die Leser der WELT

Der Arbeitskampf in der Druckindustrie ging gestern weiter. Deshalb muß auch die Dienstagausgabe der WELT mit reduziertem Text- und Anzeigenteil sowie mit einem stark gekürzten Börsenteil erscheinen. Wir bitten unsere Leser und Inserenten um Verständnis.

Verlag und Redaktion

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Der Aufschwung in der Bundesrepublik hat nach einer Analyse der OECD in den letzten Monaten an Kraft verloren. Die Wachstumsrate dürfte sich in der zweiten Hälfte des Jahres abschwächen. (S. 10)

Umwelt: Entgegen den Brüsseler Vorschlägen hält Bonn an dem Zeitplan für die Einführung umweltfreundlicher Kfz fest. Das Steuerpaket zur Begünstigung solcher Autos soll vor der Sommerpause beschlossen werden.

Wohnungsbau: Den Rückzug des Bundes aus der direkten öffentlichen Förderung des Mietwohnungsbaus fordert der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer. Der Wohnungsbau dürfe nicht Instrument der Konjunkturpolitik bleiben. (S. 9)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten schwächten sich die Kurse zum Wochenbeginn ab. WELT-Aktienindex 148,9 (149,8). Am Rentenmarkt war der Trend lustlos. Dollar-Mittelkurs 2,7285 (2,7256) Mark. Goldpreis: Gestern keine Notiz (2,7256 Dollar).

KULTUR

Inkastadt bedroht: Falls nicht schnell Abhilfe geschaffen wird, droht der in den peruanischen Anden gelegenen Inkastadt Cuzco, die zu den Weltkulturgütern gezählt wird, der Verfall. Jetzt soll die UNESCO helfen. (S. 15)

Fremdsprachen: Das große Übergewicht des Englischen im Fremdsprachenunterricht haben Fachleute auf einem Symposion des Goethe-Instituts in München beklagt. Von den 5,8 Millionen Sekundarschülern lernten 1982 rund 5,2 Millionen Englisch, 1,4 Millionen Französisch, nur 30 000 Spanisch und 25 000 Russisch. Bei Ialienisch waren es nur wenige tausend Schüler.

ZITAT DES TAGES



» Das paßte vielleicht in die zwanziger Jahre, nicht aber ins Ende dieses Jahrhunderts «

Der Historiker Golo Mann in einem Interview des Bonner „General-Anzeiger" zum derzeitigen Arbeitskampf

FOTO: JUPP DARCHINGER

SPORT

Fußball: Mit Gerd Strack (1.FC Köln) und Wolfgang Dremmler (München) wird die deutsche Nationalelf zur Europameisterschaft im Juni nach Frankreich reisen. (S. 13)

Europapokal: Das 29. Endspiel um den Fußball-Europapokal der Landesmeister zwischen AS Rom und dem FC Liverpool wird morgen von 20.10 bis 22.00 Uhr vom der ARD original übertragen.

AUS ALLER WELT

Kampf dem Lärm: Deutschen Luftwaffenpiloten, die in unerlaubt niedriger Höhe mit ihren Maschinen über Wohngebiete hinwegdonnern, soll der Garaus gemacht werden. Die Bundeswehr hat Vermessungsanlagen gekauft, mit denen sie Lärmsünder genau identifizieren kann. (S. 16)

Wirbel um „Che": 16 Jahre nach seinem Tod sorgt der Revolutionär Ernesto „Che" Guevara wieder für Schlagzeilen. Am 16. Juli werden in London seine Tagebücher versteigert. (S. 16)

Wetter: Weiterhin regnerisch. Im Norden bis 18, sonst um 12 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Breit droht mit bundesweitem Streik. Dennoch Kompromiß?

In Bonn weniger Teilnehmer als erwartet / Kritik an „Stempel-Aktion" der IG Metall

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Der IG Metall-Vorsitzende Hans Mayr hat die politische Zielsetzung des Streiks um die 35-Stunden-Woche unmißverständlich deutlich gemacht. Auf einer Großkundgebung seiner Gewerkschaft – nach Funktionärsangaben rund 180 000 Menschen, nach Polizeiangaben erheblich weniger – sagte Mayr: „Die Arbeitnehmer der Metallindustrie nehmen heute die großen Opfer des Arbeitskampfes auf sich, damit morgen die ungleich größeren Opfer der Wendepolitik verhindert werden können".

Der Aufruf zum Kampf gegen die von der Regierung Kohl eingeleitete Politik der „Wende" zog sich durch Mayrs Text, aber auch durch die Rede des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit, wie ein roter Faden. Beide sprachen davon, daß Regierung und Unternehmer „Arm in Arm" gegen die Gewerkschaften stünden. Beide versuchten für die Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit, mittelbar Betroffenen des Arbeitskampfes der Metallgewerkschaft kein Kurzarbeitergeld zu bezahlen, die Regierung unter dem „Arbeitgeberkanzler" Kohl – so Hans Mayr – verantwortlich zu machen. Mayr fordert Kohl und Arbeitsminister Blüm auf, die Entscheidung der Bundesanstalt rückgängig zu machen. Der DGB-Vorsitzende Breit drohte unverhüllt mit einem bundesweiten „Solidaritätsstreik", falls die Arbeitgeber der Metallindustrie und im Druckgewerbe nicht den Gewerkschaftsforderungen nachgeben würden. Eine bundesweite Aktion dieser Art würde allerdings der Beschlußlage des DGB zuwiderlaufen, die einen Generalstreik nur zur Verteidigung

SEITE 3:
Beim Marsch auf Bonn

der demokratischen Grundordnung gegen akute Bedrohung vorsieht.

In Baden-Württemberg und in Hessen ging auch gestern der Arbeitskampf weiter. Rund 250 000 Arbeitnehmer sind nach Angaben von Gesamtmetall in dieser dritten Streikwoche betroffen. Der Produktionsausfall belaufe sich auf 250 Millionen Mark täglich. Von heute an werden 100 000 Arbeitnehmer der Volkswagenwerke in Urlaub bis zum Wochenende geschickt, da auch hier die Produktion wegen Zulieferstopps ruht.

Heute werden sich in Stuttgart wieder die Verhandlungsdelegationen der IG Metall und des metallindustriellen Arbeitgeberverbandes in Baden-Württemberg treffen, um zu versuchen, doch noch einen auf alle Tarifgebiete übertragbaren Pilotabschluß zu finden. Die Arbeitgeber halten zwar an ihrer grundsätzlichen Weigerung, die Regelarbeitszeit von 40 Wochenstunden generell abzuschaffen, fest, sind allerdings offenbar bereit, für bestimmte Gruppen eine Verkürzung zu akzeptieren. Die IG Metall hat als Kompromißvorschlag die Möglichkeit eingebracht, das Inkrafttreten einer Wochenarbeitszeitverkürzung in die Zukunft zu verschieben. Auch über längere Laufzeiten eines neuen Tarifvertrages will die Gewerkschaft mit sich reden lassen. Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Dieter Kirchner sagte, er gehe mit „60prozentigem Optimismus" in die Stuttgarter Verhandlungen. Das Arbeitgeberangebot gebe der Gewerkschaft „genügend Spielraum", um in einer Urabstimmung der jetzt zum Streik Aufgerufenen über einen eventuellen Kompromiß zu bestehen. Einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche lehnte Kirchner jedoch nach

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Metall-Töne

PETER GILLIES

Der Bonner Hofgarten ist nicht die Bastille, eine Kaffeefahrt noch keine Revolution. Dennoch klangen die Reden dort so, als würden die lohnabhängigen Massen – wenn nicht schon am Dienstag, so doch spätestens am Donnerstag – ihre Ketten abwerfen und sich gegen ihre verhaßten Unterdrücker erheben. Da wurde der „Klassenkampf von oben" gegeißelt, ein rechtsbrüchiger „Feudalstaat", die „Bananenrepublik", die „Wendepolitik aus Bonn und Bayern" schlechthin.

Die artifizielle Lärmentfaltung vor eigenem, herbeitransportiertem Publikum überdeckt die Wirklichkeit: Die Gewerkschaftsbewegten reiten mit gezücktem Schwert Attacke und übersehen, daß ihnen die Truppe nicht folgt. Ihre Einzelgewerkschaften sind zutiefst gespalten über Ziel und Sinn des Kampfes. Das beobachtend-abwartende Publikum hält ihn mit einer erdrückenden Mehrheit für schädlich. Der kleinste Nenner der Demonstranten ist da der politische Kampf gegen eine als mißliebig empfundene Regierung.

„Auf unserer Seite sind Recht und Moral", meinte der DGB-Vorsitzende Breit auf der Kundgebung. In gleichem Atemzug droht er mit „bundesweiten Solidaritätsstreiks", die trotz ihres wärmenden Namens doch nur rechtswidrige Aktionen darstellten. Einmal abgesehen davon, daß eine „Bananenrepublik", wie der IG-Metall-Vorsitzende Mayr die Bundesrepublik zu bezeichnen beliebte, Demonstranten nicht zu dulden pflegt – wie sollten sich Regierung, Parlament oder Öffentlichkeit vom sogenannten Marsch auf Bonn beeindruckt fühlen?

Auch der Tarifkampf 1984 muß und wird mit einem Kompromiß enden. Gesucht wird eine Lösung, die es den Gewerkschaften erlaubt, von einem gewissen Einstieg in die Wieviel-auch-immer-Stunden-Woche zu sprechen und den Arbeitgebern Gesichtswahrung bei der Regelarbeitszeit von vierzig Stunden ermöglicht. Für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft (und nicht zuletzt für die Arbeitslosen) zählt vor allem die Kostenbelastung. Auf dem Weg zum Kompromiß mag man sich ein Schrittchen nähergekommen sein. Leider muß, so scheint es, das Ritual, das den Aufschwung so schwer belastet, abgewickelt werden.

In Bonn hätte man gern etwas zur Sache gehört. Sollte sich ein Arbeitsloser in der Hoffnung auf den Hofgarten verirrt haben, es winke ein sicherer Arbeitsplatz für ihn, bleibt er ratlos zurück.

Neue Atomrakete für Sowjets in „DDR"

Ausrüstung mit SS 21 soll zum Jahresende abgeschlossen sein / Nachschub verbessert

rmc. **Bonn**

Die in der „DDR" stehenden 20 sowjetischen Panzer- und motorisierten Schützen-Divisionen werden bis zum Jahresende vollständig mit der neuen Atomrakete SS 21 ausgerüstet sein. Das schließen westliche Fachleute aus dem bisherigen Umrüstungstempo von der älteren Frog-Rakete auf das neue System.

Nach Angaben des CDU-Bundestagsabgeordneten Willy Wimmer, der die Erkenntnisse westlicher Geheimdienste der WELT zur Verfügung stellte, waren bis zum vergangenen März alle auf Divisionsebene vorhandenen Raketen-Bataillone der Ersten Taktischen Gardearmee, der Achten Gardearmee und der Dritten Stoßarmee der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der „DDR" (GSSD) mit der neuen Rakete ausgerüstet.

Die neue taktische Nuklearwaffe der sowjetischen Divisionsartillerie verfügt über einen verbesserten Sprengkopf mit höherer Zielgenauigkeit als das Vorgängermodell Frog. Nach westlichen Erkenntnissen würde mit fünfzigprozentiger Wahrscheinlichkeit jeder Sprengkopf in einem Kreis mit 50 Meter Radius einschlagen. Diese Maßzahl lag bei der Frog noch bei 400 Meter. Im Vergleich zum Vorgängermodell mit einer Reichweite von 70 Kilometer ist die SS 21 auf 120 Kilometer gesteigert. Von der Frog-Rakete verfügte die Sowjetunion über 482 Werfer.

Mit der selbst die Experten überraschenden sehr schnellen Einführung der neuen Nuklearrakete, für die es in der NATO nur 36 Lance-Raketen mit einer Reichweite von 110 Kilometer als Gegenstück gibt, geht bei der GSSD eine wesentliche Verbesserung von Nachschub und Versorgung einher. Selbst aus sowjetischen Darstellungen soll hervorgehen, daß in Depots weit mehr an Vorräten gelagert werde – was die Truppe im Kriegsfalle brauche. Nach westlichen Erkenntnissen ist der Gesamtvorrat an Munition, Treibstoff, Ersatzteilen und medizinischer Versorgung gut zweimal vorhanden. Die bestehenden 34 Depots für Treibstoffe sind erweitert und sieben neu gebaut worden. Die neun Haupt-Munitionslager sind ebenfalls ausgebaut und ihnen sieben weitere hinzugefügt worden. Die feldeinsatzfähigen Reparaturwerkstätten wurden verdoppelt. Auch die Feldlazarette wurden von 37 auf 65 aufgestockt.

Diese Rüstungsanstrengungen sind ein neuer Beweis für den Willen Moskaus, in der sogenannten Nachrüstungs-Debatte Druck auf Bonn auszuüben. Entsprechende Hinweise hatte der Moskauer Außenminister Gromyko Bundesaußenminister Genscher bei dessen jüngsten Besuch in der Sowjetunion gegeben.

Druckindustrie: Verhandlungen und neue Streiks

DW. **Frankfurt**

Knapp zwei Monate nach dem Scheitern der Tarifgespräche in der Druckindustrie wollen Arbeitgeber und die Gewerkschaft heute wieder verhandeln. Bundesverband Druck und IG Druck und Papier einigten sich telefonisch darauf, um 15 Uhr in Bad Soden bei Frankfurt zusammenzutreffen. Verhandelt werden soll über alle drei anstehenden Tarifmaterien: Lohnstruktur, Verkürzung der Wochenarbeitszeit und verstärkten Rationalisierungsschutz. Noch vor einer Woche, vor dem Spitzengespräch in Königstein, hatte die IG Druck und Papier den Versuch unternommen, das Problem der Lohnstruktur herauszulösen. Die Arbeitgeberseite bestand damals auf der Erörterung des „Pakets". Insofern ist eine neue Situation eingetreten.

Allerdings werden die Voraussetzungen für sachliche Verhandlungen vom Bundesverband Druck als „denkbar schlecht" bezeichnet. Der Grund: die Ausweitung des Streiks am Montag. „Unter dem Druck von Erzwingungsstreiks gibt es kein Verhandlungsergebnis", sagte der Verhandlungsführer der Arbeitgeber, Manfred Beltz Rübelmann.

Mit Streikaufrufen in rund 75 Zeitungs-und Akzidenzdruckereien lag der Schwerpunkt des Arbeitskampfes zu Wochenbeginn in Nordrhein-Westfalen. Der Bundesverband Druck hat bislang auf eine Abwehraussperrung verzichtet. Er begründete diesen Beschluß mit der Zusicherung der Gewerkschaft, daß es keine Eskalation des Arbeitskampfes geben werde.

Bedenken gegen Umweltschutz im Grundgesetz

DW. **Bonn**

Verfassungsrechtler haben gestern bei einer öffentlichen Anhörung der CDU/CSU-Fraktion in Bonn ihre Bedenken gegen die Aufnahme des Umweltschut als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz geäußert. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, erklärte, es bedürfe im Hinblick auf das geltende Verfassungsrecht „keiner ausdrücklichen Aussage im Grundgesetz", da der Staat verpflichtet sei, sich um den Umweltschutz zu bemühen. Benda verwies auf das Grundgesetz, das in zahlreichen Zuständigkeitsnormen wesentliche Vorschriften über die Umwelt enthalte. Außerdem habe der Gesetzgeber in vielen dieser Bereiche von seiner Gesetzgebungskompetenz Gebrauch gemacht.

Gravierende Lücken im Umweltschutz konnte auch der Erlanger Professor Walter Leisner nicht ausmachen. Leisner, der die Aufnahme des Umweltschutzes in Landesverfassungen – wie in Baden-Württemberg und Bayern – nicht vergleichbar mit dem Problem der Aufnahme in das Grundgesetz nannte, warnte davor, „die Verfassung mit Verfassungsgeschwätz zu belasten".

SPD und FDP haben sich für die Aufnahme des Umweltschutzes in das Grundgesetz ausgesprochen. Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Miltner, sagte zum Auftakt der Anhörung, daß in der Unionsfraktion eine „gewisse Skepsis" gegen eine solche Erweiterung bestehe.

Ministeramt für Genscher-Nachfolger?

FDP will Probleme für Koalition vermeiden / Haussmann: Schnell mit der CSU reden

M. SCHELL/S. HEYDECK, **Bonn**

Bundeskanzler Kohl geht davon aus, daß durch den für 1986 angekündigten Verzicht von Außenminister Genscher auf das Amt des FDP-Vorsitzenden „die Regierungsarbeit nicht berührt wird". In der Umgebung des Bundeskanzlers hieß es gestern, Kohls Interesse sei vorrangig darauf ausgerichtet, daß diese Arbeit „sauber verläuft". Alles andere sei primär eine Angelegenheit der FDP. Genscher legte dem Kanzler gestern seine Beweggründe dar. Regierungssprecher Sudhoff bemerkte, daß die Arbeit in der Koalition „in keiner Weise beeinträchtigt wird". Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, erklärte der WELT, er rechne mit einer Wiederwahl Genschers für zwei Jahre auf dem Parteitag in Münster. Dregger: „Zwei Jahre sind in der Politik eine lange Zeit. Wir denken, daß wir mit Herrn Genscher und Herrn Mischnick unsere Zusammenarbeit fortsetzen werden. Alles andere bleibt der zukünftigen Entwicklung vorbehalten." Auf die Frage, ob er Risiken für die Koalition sehe, antwortete Dregger: „Die Politik ist voller Risiken." Was sich in den nächsten zwei Jahren innerparteilich in der FDP entwickele, „das wage ich nicht vorauszuschätzen".

Die FDP-Führung war gestern darum bemüht, es wegen der Genscher-Ankündigung nicht zu Problemen in der Koalition kommen zu lassen. So meinte der FDP-Politiker Helmut Haussmann, der für das Amt des Generalsekretärs der Partei vorgesehen ist, die Koalition bleibe „nur dann

SEITE 2:
Cauchemar der Koalition
SEITE 5:
Haussmann: NRW hat Vorrang

mehrheitsfähig, wenn sie sich in Sachfragen nicht zerstreitet". Deshalb forderte er, daß es möglichst bald zu Spitzengesprächen zwischen der FDP und der CDU/CSU kommen solle. Er selbst wolle „sehr schnell" mit der CSU reden, „damit wir uns nicht in Dauerkonflikten verschleißen".

Genscher selbst ließ inzwischen mitteilen, er wolle auch nach einem Verzicht auf das Amt des FDP-Vorsitzenden Außenminister bleiben. Haussmann wies Spekulationen zurück, Genscher könne nach seiner Wiederwahl in Münster bereits vor 1986 als Parteichef zurücktreten: „Ich bin sicher, daß er das Amt zwei Jahre lang ausüben wird." Die Jungliberalen warnten hingegen vor einer langanhaltenden Personaldiskussion um Genschers Nachfolge. Offizielle Vorschläge dazu gibt es noch nicht, jedoch werden in erster Linie die Namen folgender FDP-Politiker genannt: Jürgen Morlok (Baden-Württemberg), Wolfgang Gerhardt (Hessen), Walter Hirche (Niedersachen) und Manfred Brunner (Bayern).

In Bonn wurde gestern die Frage gestellt, wie ein potentieller Genscher-Nachfolger bundesweit „Profil" erlangen könne. Ein künftiger FDP-Vorsitzender ohne Ministeramt, so hieß es, würde Probleme haben. Weil Genscher Außenminister bleiben will, könnten allenfalls das Amt des Bundeswirtschaftsministers oder des Bundesjustizministers zur Disposition stehen. Die zweite Möglichkeit wäre eine große Kabinettsumbildung mit einer Neuzuweisung der Ministerämter. Die CSU hat wiederholt zu verstehen gegeben, daß sie – falls ein FDP-Minister ausscheiden sollte – nicht „jeden Nachfolger" zu akzeptieren bereit sei.

Bischof tritt für „Solidarnosc" ein

Warschauer Priester ruft zum Boykott der „Gemeindewahlen" am 17. Juni auf

DW. **Warschau**

Der Bischof von Kattowitz, Henryk Bednorz, hat vor rund 100 000 polnischen Bergleuten und Metallarbeitern im oberschlesischen Wallfahrtsort Piekar die Wiederzulassung freier Gewerkschaften in Polen verlangt. „Das Vaterland würde gestärkt aus einer Wiederaussöhnung hervorgehen", sagte der prominente geistliche Fürsprecher der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" unter dem Beifall der Arbeiter. Bednorz bekräftigte das Recht der Arbeiter, sich in freien Gewerkschaften zusammenzuschließen.

Die Äußerungen des Kattowitzer Bischofs zeigen, daß Primas Glemp mit seinem Kurs, die Priester in Polen von politischen Äußerungen zurückzuhalten, nicht die ungeteilte Unterstützung des Episkopats findet. Bednorz hat auch bei früheren Gelegenheiten zu erkennen gegeben, daß er sich nicht von öffentlichen Bekundungen der Sympathie für die „Solidarität" abbringen läßt.

Drei Wochen vor den „Kommunalwahlen" in Polen warnte der Warschauer Priester Jerzy Popieluszko die Bevölkerung davor, das „Böse" mit der eigenen Stimme „zu legalisieren". Er forderte den Boykott der Wahlen und fügte hinzu, auf diese Weise sollten die Polen ihre Verbundenheit mit der „Solidarität" ausdrücken. Der Pater verurteilte scharf die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in seiner Heimat: „Der Frieden kann nicht mit dem Schweigen verwechselt werden, das der Bevölkerung aufgezwungen ist." Von den Gläubigen forderte er einen „Beweis des Mutes" bei den Wahlen am 17. Juni.

Popieluszko zählt zu den 69 wegen „Extremismus" und „Mißbrauch des Priestertums" vom Regime Jaruzelski scharf kritisierten Geistlichen.

Die „Kommunalwahlen" werden, wie es aus Kreisen der „Solidarität" heißt, als Prüfstein für die Unterstützung angesehen, die die unabhängige Gewerkschaftsbewegung nach wie vor im Volk genießt. Die Regierung hingegen betrachtet eine starke Wahlbeteiligung als Zeichen für die Wiederherstellung ihrer Autorität und als Fortschritt auf dem Weg zu der von ihr zum politischen Ziel erklärten „nationalen Versöhnung". Bereits vor Monaten hatten Vertreter der „Solidarität" aus dem Untergrund an die Bevölkerung appelliert, den „Wahlen" fernzubleiben.

Anzeige



... wie der Name schon sagt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

US-Banken in Not

Von Claus Dertinger

Die Gerüchte über Liquiditätsschwierigkeiten der viertgrößten amerikanischen Bank, der Manufacturers Hanover Trust Co., sind, obwohl sofort von der Bankenaufsichtsbehörde und der Bank selbst dementiert, ein unheilvolles Wetterleuchten am internationalen Finanzhimmel. Egal, wo die Gerüchte zuerst aufgekommen sind und ob sie möglicherweise nur von jemandem gestreut worden sind, der die von ihnen ausgehende Unruhe zu gewinnbringenden geschäftlichen Transaktionen nutzen wollte: Alamierend ist die Tatsache, daß solche Gerüchte an den internationalen Finanzmärkten auf fruchtbaren Boden fallen.

Selbst vor zwei Jahren, als die mexikanische Schuldenkrise offen ausbrach, war die Nervosität in der Finanzwelt kaum größer als heute. Die beschwörenden Worte der Bankiers und Krisenmanager von Notenbanken und supranationalen Institutionen, daß die lateinamerikanische Schuldenkrise noch lange nicht bewältigt ist, sondern daß akute Probleme mit Umschuldungsoperationen lediglich in die Zukunft verlagert worden sind, dringen wieder ins Bewußtsein. Die Schwierigkeiten – oder mangelnde Bereitschaft – Argentiniens, fällige Zinsen zu bezahlen, haben den Anstoß gegeben.

Die Märkte sind skeptisch gegenüber beruhigenden Dementis. Das ist kein Wunder. Wurden nicht auch die Liquiditätsschwierigkeiten der Continental Bank, der achtgrößten der USA, zunächst energisch dementiert? Und doch ist diese Bank nur durch die größte Stützungsaktion in der neueren amerikanischen Bankengeschichte vor dem Kollaps bewahrt worden.

Die stark in Lateinamerika engagierten US-Banken, die gegen Risiken unvergleichlich weniger gepolstert sind als die deutschen, gelten als offene Flanke des westlichen Bankensystems. Man kann nur hoffen, daß die Beteuerungen der US-Währungsbehörden, keine Bank Pleite gehen zu lassen, überzeugend wirken.

Die Situation ist brenzlig wie selten zuvor. Denn Banken leben vom Vertrauen. Schwindet es dahin, wäre eine weltweite Finanzkrise wohl unvermeidlich.

Geschäft und Apokalypse

Von Carl Gustaf Ströhm

Mit apokalyptischen Visionen tritt Moskau in diesen Tagen an die Weltöffentlichkeit. Generalsekretär Tschernenko spricht in Botschaften an Länder der Dritten Welt von einem angeblich drohenden Atomkrieg und attackiert die „amerikanischen Imperialisten". Sein Sprachrohr Leonid Samjatin bestätigt nicht nur, daß der Besuch Genschers in Moskau ein Mißerfolg war, sondern behauptet auch, daß die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen jetzt auf dem tiefsten Stand der Nachkriegszeit angelangt seien.

Tiefster Stand? Da gab es doch 1948 eine Berliner Blockade, als die Amerikaner ernsthaft erwogen, mit einem bewaffneten Konvoi gegen die sowjetische Armee den Zugang zu den Westsektoren der Stadt zu erzwingen. Da gab es 1950 den Korea-Krieg, als man sich in Europa fragte, ob Moskau nicht durch einen Handstreich auch den Westen des Kontinents gleichfalls besetzen könnte. Da gab es Ungarn 1956, dann 1958 das Berlin-Ultimatum Chruschtschows, 1962 die Kuba-Krise, 1968 die Invasion der CSSR und 1979 Afghanistan...

Welcher dieser Tiefpunkte der tiefste war, darüber mögen sich die Historiker streiten. Sicher ist nur: Die heutige internationale Situation ist nicht so dramatisch wie etwa im Herbst 1962, als Sowjets und Amerikaner vor Kuba unmittelbar einander gegenüberstanden. Vielmehr zeigt sich, daß eine im großen und ganzen konsequente amerikanische Politik die Sowjetunion daran hindert, größere internationale Störmanöver erfolgreich durchzuhalten.

Der apokalyptische Zorn der Sowjets wirkt umso weniger überzeugend, als gerade in diesen Tagen ein Mitglied des ZK der SED, Otto Reinhold, in Wiesbaden vor der Friedrich-Ebert-Stiftung klagte, daß westliche Boykott-Maßnahmen dazu *führten, die Zusammenarbeit im RgW (der Ostblock-*Wirtschaftsorganisation) „zu intensivieren und zu beschleunigen." Ist so offenes, schon offizielles Betteln um bessere west-östliche Geschäfte, so offenes Reden vom Wunsch nach mehr Distanz zu Moskau ganz ohne sowjetisches Einverständnis denkbar? Wenn ja, dann bahnt sich eine bemerkenswerte Entwicklung an. Wenn nein, dann fährt Moskau auf zwei Gleisen, die auseinanderstreben.

Tsushima schmerzt

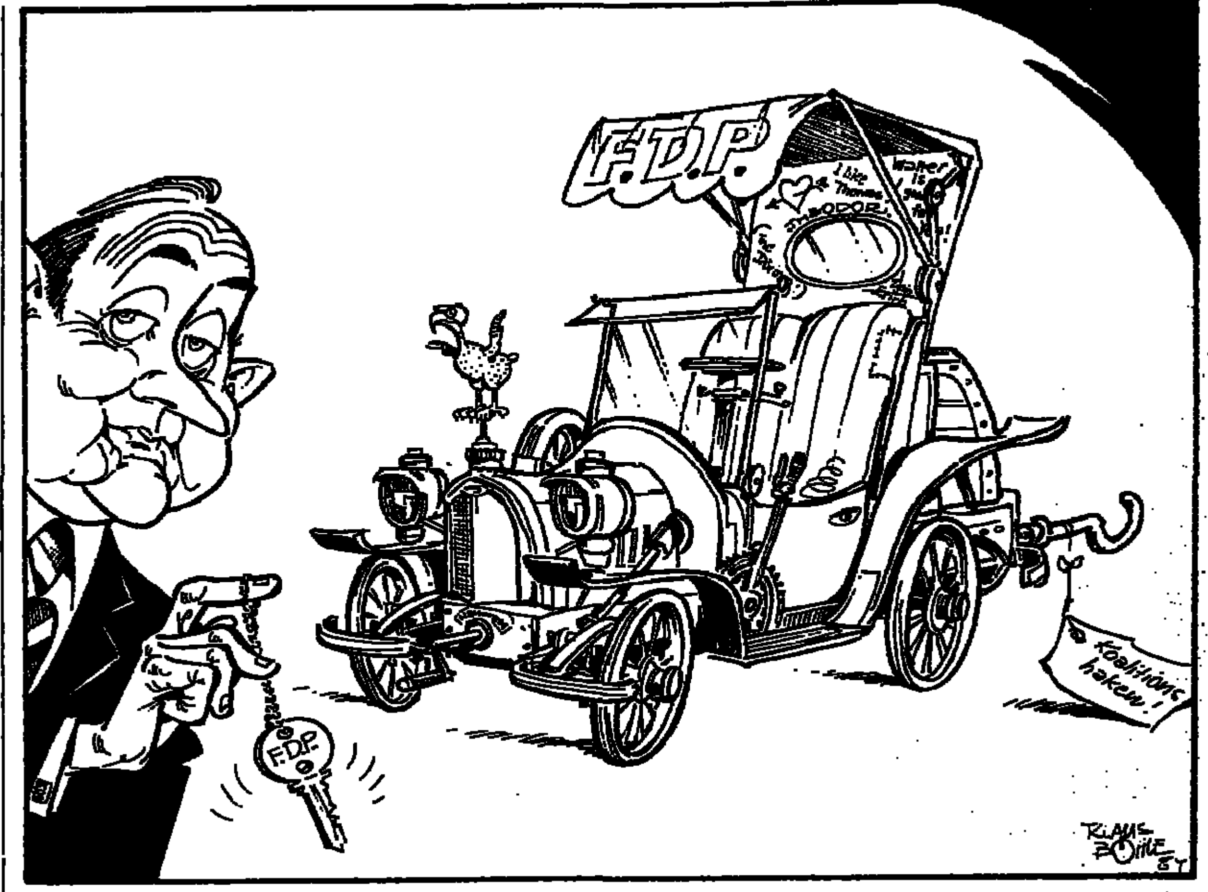
Von Enno v. Loewenstern

In Deutschland ist man gelassener. Bundeskanzler Kohl bemühte sich um Teilnahme an den Erinnerungsfeiern für die Normandie-Landung. Er versteht, daß damals wohl deutsche Soldaten kämpften und starben, daß aber die Niederlage nicht Deutschland traf, sondern ein verbrecherisches Regime. Die Sowjetunion dagegen entblödet sich nicht, zur selben Zeit gegen eine kleine Gedenkfeier in Japan zum 50. Todestag des Großadmirals Grafen Heihachiro Togo zu protestieren.

Dieser Mann hat, damals noch Vizeadmiral Togo, die wohl *schwerste seemännische Aufgabe der Kriegsgeschichte glanz*voll bewältigt: auch die Deckung einer Landung, nämlich die des japanischen Heeres 1904 in Korea zum russisch-japanischen Krieg, und die Deckung seines Nachschubs. Zu diesem Zweck aber mußte er nacheinander zwei mindestens gleichstarke Flottenverbände nicht etwa nur schlagen, sondern vollständig vernichten.

Hätte auch nur ein relativ schwacher Verband Waldiwostok erreicht und von dort aus den japanischen Nachschub bedroht, hätte Marschall Oyamas Armee sich nicht gegen Kuropatkins Verbände halten können. Togo erfüllte seine Aufgaben mit der Blockade Port Arthurs bzw. der Seeschlacht vor der Shantung-Halbinsel am 10. August 1904 sowie mit der Seeschlacht von Tsushima am 27./28. Mai 1905.

Daß man in Moskau – das die erfolgreichen Feldherrn und Flottenführer Rußlands durchaus zu jedem Anlaß ehrt – Japan seine Helden mißgönnt, ist mehr als eine Taktlosigkeit, es ist eine Dummheit. Der Krieg von 1904/5 war ein imperialistisches Unternehmen auf beiden Seiten um das Vorrecht, Chinas reiche mandschurische Provinz auszuplündern. Die Chinesen erinnern oft und verbittert an ihre „ungleichen Verträge" mit dem Rußland von damals und schmähen die jetzigen Kreml-Machthaber „neue Zaren". Daß diese gerade jetzt mit so hysterischer Empfindlichkeit (welcher Franzose würde sich über Nelson- oder Waterloo-Feiern aufregen?) jede Erinnerung an Niederlagen des alten Zaren bei seinen Ausgriffen nach Osten zurückweisen, muß Wasser auf die Mühlen des Jangtse gießen.



Würden Sie diesem Gebrauchtwagen einen Mann abnehmen? ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Cauchemar der Koalition

Von Herbert Kremp

Man kann nicht zwei Jahre lang zurücktreten. Hans-Dietrich Genscher wird beim Parteitag in Münster mit großer Mehrheit wiedergewählt werden. Seine Haut wird nicht zerkratzt. Sie ist sehr dünn. Die Partei jedoch ist hautlos. In der FDP beginnt eine Personendiskussion sondersgleichen. Wende ohne Ende. Die Integrationsfigur wird fehlen. Es wird zwanzig Lagerfeuer geben. Die Freien Demokraten sind eine Partei ohne Konzept. Sie lebten von Scheel, dann von Genscher. Lambsdorff bleibt gefährdet. Dahinter findet man nicht viel Kompetenz.

Genscher steht im Licht eines reinen Taktikers. Deshalb gibt es jetzt Stimmen, die ihm ein Spiel unterstellen. Er werde zuschauen, wie „die Jüngeren", von denen wieder einmal viel Aufhebens gemacht wird, miteinander raufen, um sich dann von der allgemeinen Verzweiflung der Partei wieder auf den Schild heben zu lassen. Wer den Politiker kennt, weiß, daß es nicht so kommen wird. Hans-Dietrich Genscher ist ein sensibler Mann, der an der Vorbereitung und am Vollzug des Partnerwechsels schwer gelitten hat. Er nahm vieles auf sich, um das neue Bündnis zu konsolidieren. Der Verfolgung entzog er sich durch immer mehr Reisen im transkontinentalen Schmetterlingsstil. Mit manchen der „Freunde" redet er nicht mehr. Dabei ist er mit 57 Jahren noch ein junger Politiker. Man hat das Gefühl, er will nicht mehr. Sein Entschluß ist ernstzunehmen.

In Münster, spätestens aber bei *den Europawahlen am 17. Juni,* wird sich herausstellen, ob die FDP für den Bundeskanzler noch eine operable Größe ist. Daß der Parteiführer an einer relativ unwichtigen Sache wie dem Amnestieplan für Parteienspender scheitern konnte, reduziert das politische Gewicht des unverzichtbaren Koalitionspartners. Genscher fühlte sich durch die Niederlage so tief verletzt, daß er seinen Entschluß, die Dauer des Vorsitzes zu begrenzen, ohne ernsthafte Konsultation in einer Fernsehsendung aus dem Hut zog. Zum falschen Zeitpunkt und irgendwie stillos. Um seinen Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, entfacht er einen Sturm. Das kann dem schmalen Schiff nicht bekommen. Wenn es kentert, geht aber mehr unter als die FDP. Wie denkt sich der erfahrene Politiker die Zukunft?

Die Freien Demokraten regieren jetzt mit drei angeschlagenen Ministern in Bonn mit. Genscher verliert auch als Außenminister an Gewicht. Angesichts der zahlreichen ernsten Schwierigkeiten in der Innen- und Außenpolitik kann der Bundeskanzler mit der Kabinettsreform nicht mehr lange zuwarten. Überzeugende personelle Alternativen haben die Freien Demokraten nicht anzubieten. Die Partei, deren Name einst für Persönlichkeitsqualität stand, wirkt von den Wurzeln her ausgedörrt. Sie erinnert ans Waldsterben. Die Verluste werden aber aufs Konto der ganzen Koalition geschrieben. An Koalitionen wird die Fortune der Kanzler gemessen. Was sagt, was tut Helmut Kohl? Enttäuschung ist ebensowenig eine Kategorie der Politik wie Empörung.

An guten Ratschlägen wird es nicht fehlen. Einer der bekannten aus der Union lautet, man solle künftig aufs Ganze gehen, worunter man den Untergang der FDP und den Aufstieg zur absoluten Mehrheit versteht. Das erste ist leicht zu bewerkstelligen, das zweite hingegen wäre ein sagenhafter Zufall. Gibt es bei einer Bundestagswahl noch absolute Mehrheiten? Die Frage ist deshalb berechtigt, weil eine Regierung der Sanierung umstrittene Entscheidungen treffen muß. Als die Union den Mehrheitsgipfel 1957 einmal erreichte, standen Konrad Adenauer und Ludwig Erhard auf dem Höhepunkt des wirtschafts- und außenpolitischen Erfolges. Es war Aufstiegszeit. Heute steht der Kanzler im Geröll, er kommt nur schwer voran. Man merkt dies allein schon daran, daß jetzt und in Zukunft aus jedem Tarifkonflikt ein politischer Streik zu wachsen droht.



Am Ende seiner Kunst: FDP-Chef Genscher FOTO: JUPP DARCHINGER

Wer die Augen vor den Komplikationen nicht verschließt, wird mit den Freien Demokraten vorsichtig umgehen. Was dem Regierungsbündnis gefährlich werden könnte, wäre die ausladende Profilsucht einer Partei, die ihre Schwächen nicht mehr anders auszugleichen vermag. In dieser Hinsicht ist von den „Jüngeren" weniger Gutes zu erwarten als von den „Älteren", deren Erfahrung zu langweilen scheint. Auf der Höhe seiner Zeit konnte Genscher die Profilsucht zurückdrängen. Er schaffte dies durch ein Stück Untätigkeit und durch ruhiges, fast murmelndes Zureden. Der Psychotherapeuth ist heute am Ende der Kunst. Die Kräfte in der FDP, die das Heil in der Unterscheidung von der Union und dem Kanzler suchen, werden stärker.

Man muß einräumen, daß die FDP sich in der Zeit der neuen Regierung nicht erholt hat. Der Führungswechsel, der eingeleitet ist, kann in Führungslosigkeit ausarten. Dem Vorsitzenden ist das nicht entgangen. Die Partei vermag sich gegen ihn zu einigen, aber nicht auf einen Nachfolger. Deshalb rüstet man sich zu Bittgängen. In Münster werden Pilgerchöre erklingen. An Versuchen, den Resignierenden umzustimmen, wird es nicht fehlen. Doch gibt es sogar darin keine Einigkeit mehr in der FDP. Die Partei lebt zwischen Aufatmen und Cauchemar. Genschers rasches Wort hat eine schwere Krise hervorgerufen.

IM GESPRÄCH Jerzy Urban

Sich selber verleugnen

Von Joachim G. Görlich

Die Funktion des Regierungssprechers führte in Polen Ex-Parteichef Edward Gierek ein. Urban-Vorgänger W. Janiurek kam wie sein Chef aus Oberschlesien. Der heutige Regierungssprecher hat mit seinem Vorgänger nur den journalistischen Beruf gemeinsam. Im Gegensatz zu Jerzy Urban war Janiurek bedeutungslose Galionsfigur und KP-Funktionär. Urban, der an der Weichsel eine Zentralfigur von internationalem Interesse ist, ist parteilos. Während des letzten Krieges lebten sie in konträren Lagern: der heute 50jährige Urban vermutlich in der UdSSR, Janiurek trug den Waffenrock der deutschen Luftwaffe.

Der heutige Regierungssprecher stammt aus Lodz, wo Deutsch zu den Umgangssprachen der guten Gesellschaft gehörte. Der Journalist mit Ministerrang entstammt einer angesehenen wohlhabenden jüdischen Familie, der des Optikers Urbach. In einer geschmacklosen und antisemitischen Selbstdarstellung über seine Herkunft in der satirischen Zeitschrift „Szpilki" (22. März 1981) schrieb Urban: „Ich fühle mich zu keinem Prozentsatz Jude ... Ich habe keine Bindung zu diesen Leuten." Schon seine Eltern hätten sich wie er als Atheisten empfunden; jiddisch hätten nur die Großeltern gesprochen. Dieses seltsame Credo läßt gelegentliche antisemitische Witze und Äußerungen des Jerzy Urban verstehen, ebenso die Tatsache, daß er sämtliche „antizionistischen" Säuberungen Nachkriegspolens ohne Schaden überstand. Er ist damit ein Unikum in der Machthierarchie Polens.

Urban studierte an der Warschauer Universität und startete darauf eine erfolgreiche journalistische Karriere. Er gehörte zum Redaktionsteam der bekannten Studentenwochenzeitung „Po prostu", die unter seiner Mitarbeit von einer faden Propagandapostille zu einer mutigen und liberalen Publikation heranwuchs. Sie läutete das „Tauwetter" und den „Polnischen Oktober" 1956 mit dem „eigenen polnischen Weg zum Sozialismus" ein. Sie forderte ein Überdenken der Politik gegenüber Bonn.

Urban blieb dieser Zeitung bis zu ihrem Verbot in 1957 treu. Fast alle



Jude und Antisemit: Polens Regierungssprecher Urban FOTO: AP

Redakteure und freien Mitarbeiter verschwanden in der Versenkung oder gingen in den Westen. Später tauchte Urban als Chef des Ressorts Innenpolitik der KP-Wochenzeitung „Polityka" auf. Dorthin holte ihn Chefredakteur Dr. Mieczyslaw F. Rakowski, damals „Partei-Liberaler". Die „Polityka" hat noch heute einige tüchtige Redakteure jüdischer Provenienz, sozusagen als liberale Oase. Urban wurde gleichzeitig Kolumnist in den satirischen „Szpilki", im anspruchsvollen Boulevardwochenblatt „Kulisy" und in der Kattowitzer Illustrierten „Panorama". Seine oft durchaus geschliffenen Kolumnen erschienen auch unter dem Pseudonym Jerzy Kibic, heute Jan Rem. Unter Rem aber schreibt eher der Zyniker, der sich nahezu agitatorisch mit Kritikern im In- und Ausland auseinandersetzt.

Kurz vor der Ernennung General Jaruzelskis zum Staatschef verließ Urban den inzwischen verbotenen Journalistenverband. Er schlug sich abermals auf die Seite der „Realpolitiker". Sein Chef Rakowski, inzwischen Vizepremier, verhalf ihm zum Eintritt ins Jaruzelski-Kabinett, dessen Politik er seit August 1981 verkauft.

Von Urban, der verheiratet ist und ein Kind hat, weiß man, daß sein Hobby das Gesellschaftsleben ist. Er liebt die Kultur und die Macht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Genschers Abgangs-Ankündigung beschäftigte viele Zeitungen:

Frankfurter Neue Presse

Genscher suchte also eine Möglichkeit, die Kritik, die ihn erwartet, durch eine rechtzeitige Ankündigung seines Rückzugs einzudämmen. Bei einem Parteivorsitzenden, der nur noch zwei Jahre amtieren will und zu dem eine glaubwürdige Alternative noch nicht existiert, wird der Kongreß etwas milder gestimmt sein.

BADISCHE ZEITUNG

Das Alter des FDP-Vorsitzenden ist wohl das einzige Argument, das bisher niemand in der Partei und in den Medien für einen Abtritt Hans-Dietrich Genschers ins Feld geführt hat. Franz Josef Strauß (68) und Willy Brandt (70) können über diese Begründung des 57jährigen wohl nur altersweise lächeln, und selbst vom jüngsten in der Runde, vom CDU-Vorsitzenden Kohl, trennen Genscher lediglich drei Jährchen. (Freiburg)

RHEINISCHE POST

Wer weiß, ob bis dahin das schon oft gehörte Totenglöckchen für die FDP tatsächlich läutet, oder ob die Partei, wie schon so oft, wieder Boden unter die Füße bekommt? Und wer weiß, ob die Partei einen Nachfolger findet, oder ob sie Genscher bitten muß, sich noch einmal zur Verfügung zu stellen? (Düsseldorf)

Kölner Stadt-Anzeiger

Er machte auch, Politiker, der er ist, gleich deutlich, auf wen der Wechsel nicht zulaufen soll: nämlich auf diejenigen, die seit längerem schon in der ersten Reihe stehen. Die Frau oder der Mann freilich, die 1987 die Partei in den Wahlkampf führen könnten, hat Genscher offensichtlich auch noch nicht.

Hannoversche Neue Presse

Nunmehr aber, da der FDP-Chef vor dem Abruf steht und sich der neue Mann erst noch profilieren muß, dürften Stauß und Kohl kaum zu verstärkter Rücksichtnahme bereit sein. So könnte die FDP durchaus erst am Anfang ihres langen Weges zur politischen Bedeutungslosigkeit stehen. (Hannover)

Nordwest-Zeitung

Wenn die FDP diese Chance begreift, kann sie sich zur Bundestagswahl 1987 als politische Kraft präsentieren, die mit frischem Wind die abgestandene Parteienlandschaft durcheinanderwirbelt. (Oldenburg)

Die Golf-Araber sehen ihrem Härtetest entgegen

Teheran hofft auf mehr als einen Sieg über Bagdad / Von Peter M. Ranke

Der Beginn der „endgültigen" Offensive der iranischen Truppen und Revolutionsgarden in Stärke von einer halben Million Mann gegen Irak ist nun für den Fastenmonat Ramadan Anfang Juni angesagt worden. Kriegführende sind von den islamischen Fastenregeln ausgenommen, ihr Fanatismus und ihre Sterbensseligkeit sind im Ramadan größer als sonst. Das zeigte schon der Ramadan-Krieg der Ägypter und Syrer gegen Israel 1973.

Ziel der Iraner ist die Blockade der Hafenstadt Basra und die Sperrung der dorthin führenden Straßen, womit der irakische Nachschub über Kuwait getroffen wäre. Bricht die irakische Front zusammen, womit westliche Militärexperten nach der neuen, massiven sowjetischen Militärhilfe kaum rechnen, liegen auch die südirakischen Ölfelder in Reichweite der Iraner. Abgeschnitten von Iraks arabischen Golf-Verbündeten und ohne Exportmöglichkeit für das südirakische Öl kann das sozialistische Baath-Regime vom Präsident Saddam Hussein nicht überleben, rechnen die Ayatollahs in Teheran.

Teheran braucht jetzt einen Erfolg im Landkrieg gegen Irak, um die arabischen Öl-Staaten des Golfs von weiteren Hilfsaktionen für die bedrängten, aber ungeliebten „Brüder" in Bagdad abzuhalten. Dazu wären etwa die Überlassung von Flugplätzen oder die elektronische Führungshilfe bei irakischen Angriffen gegen die Ölpier von Kharq zu rechnen. Es liegt also nicht im Interesse Irans, sich durch weitere Luftangriffe auf Tanker vor Kuwait und Saudi-Arabien neue Feinde auf den Hals zu laden und auch noch die Amerikaner mit ihrer Flottenmacht herauszufordern.

Die syrischen Verbündeten trafen daher letzte Woche in Teheran auf Zustimmung, als sie vor der Ausweitung des Golfkrieges warnten. Die iranischen Militärs können ohnehin darauf verweisen, daß nicht sie, sondern Irak die ersten Schläge gegen die Ölverladung und die Tankerwege im Golf führten. Außerdem haben Kuwait und Saudi-Arabien deutliche Signale nach Teheran gesandt, daß sie nicht für Irak in den Golfkrieg ziehen wollen, vor allem nicht mit den Amerikanern zusammen.

Saudi-Arabien bekommt zwar neue Waffen von den USA wie Stinger-Flugabwehrraketen, weicht aber jeder Konfrontation mit Iran aus. Geradezu beschwörend wurde in Riad betont, saudische Kampfflugzeuge hätten nach Angriffen auf Tanker keine iranischen „Phantoms" verfolgt oder abgewehrt. Dabei ist die saudische Luftwaffe mit ihren jetzt 42 supermodernen amerikanischen F-15 und anderen Maschinen den noch siebzig Kampfmaschinen der Iraner überlegen, jedenfalls auf dem Papier.

Eines der schwerstwiegenden Fehlurteile Washingtons ist es, in den Saudis zuverlässige militärische Verbündete zu sehen. Die Saudis werden niemals etwas tun, was auch nur im geringsten die Stellung des Königshauses gefährden könnte. Wenden sie sich offen gegen Teheran, droht der Aufruhr unter den 250 000 Schiiten in der Ölprovinz Hasa. Es droht auch der Aufstand in Bahrein, wo die mehrheitlich persisch-schiitische Bevölkerung dem sunnitisch-arabischen Herrscherhaus gegenübersteht, es drohen auch Unruhen in Kuwait.

Trotzdem werden die Saudis wie die anderen Golf-Araber dem Härtetest der iranischen Revolution nicht entgehen. Nur kommt dieser Test wahrscheinlich nicht als militärische Konfrontation, sondern in Form von Terroraktionen, Unterwanderung und Propaganda. Doch dafür hat der Westen die Saudis nicht ausgerüstet, sondern für den großen Krieg ums Öl gegen die Sowjets, nicht gegen fanatische Revolutionsgardisten.

Auch politisch kann sich die Situation am Golf schnell ändern. Die Sowjets unterstützen wieder Irak, die Amerikaner die Golf-Araber – also beide dieselbe Seite im Krieg gegen das Mullah-Regime, gegen die islamischen Fanatiker und Fundamentalisten. Zeichnet sich da eine neue Konstellation außerhalb des Ost-West-Gegensatzes ab? Vom Islam und von der Tradition her sind die Wahabiten Saudi-Arabiens eigentlich eher an der Seite der islamischen Traditionalisten zu finden und nicht als Verbündete der „Ungläubigen".

In Teheran rechnet Ayatollah Khomeini nicht nur mit einem Sieg, den Allah ja vorausbestimmt hat, sondern noch mit einer viel wichtigeren Wende: Gelingt es jetzt, den Eintritt der Golf-Araber in den ungeliebten Krieg zu verhindern, wird sich in der Zukunft eine neue Front gegen West und Ost bilden: die Front der wahrhaft Gläubigen einschließlich der vom Westen hochaufgerüsteten Saudis. Nicht unter König Fahd, aber unter seinem gläubig-fanatischen Nachfolger Abdallah. Doch in Ost und West erkennt man die Rauchzeichen noch nicht.

Europa – Im Wahlkampf hat es das Trio schwer

„Was haben wir falsch gemacht?" Die Spitzenkandidaten für die Europawahl ziehen Bilanz über fünf Jahre Straßburg.

Von ULRICH LÜKE

Eigentlich variieren sie alle dasselbe Thema. „Das Wesentliche", sagt Martin Bangemann, der Fraktionschef der Liberalen im Europäischen Parlament, „ist, daß wir gut sind und niemand weiß es." Katharina Focke, die sozialdemokratische Spitzenkandidatin, bekennt: „Wir haben zu viel im vorborgenen gearbeitet. Die Information muß besser werden." Und Egon Klepsch, der christdemokratische Vizepräsident des Straßburger Parlaments, findet: „Wir haben die Frage der Öffentlichkeitsarbeit unterschätzt."

Drei Wochen vor den zweiten europäischen Direktwahlen ziehen alle Parteien Bilanz. Weit entfernt davon, enttäuscht über die ersten fünf Jahre direkt gewähltes Parlament zu sein, hat die Zeit doch Wunden hinterlassen. Je nach Tagesform werden sie unterschiedlich spürbar bei den drei deutschen Spitzenkandidaten, am wenigsten bei Katharina Focke, am stärksten bei Martin Bangemann.

Die Sozialdemokratin, die den zuweilen chaotischen Straßburger Parlamentsalltag in den ersten zwei Jahren als „sehr frustrierend" empfunden hat, urteilt heute über den Betrieb im Palais de l'Europe: „Seelisch ist das toll." Aber zur Spitzenkandidatur hat sie sich vor allem überreden lassen aus Verpflichtung gegenüber anderen: „Ich mache das für meine jüngeren Sozialdemokraten, die ich besonders liebe." Für Heidemarie Wieczorek-Zeul und Beate Weber, für Gerd Walter oder Gerhard Schmid beispielsweise.



Am 17. Juni wählt Europa sein neues Parlament für Straßburg
FOTO: SVEN SIMON

Egon Klepsch, Spitzenkandidat der Christdemokraten, gibt es nicht gerne zu. Aber es ist wohl so: „Die Wahlniederlage von 1982 hat Narben hinterlassen. 1979 verhalf er gemeinsam mit Martin Bangemann Simone Veil zum Präsidentenamt, doch im Gegenzug ließ ihn die französische Liberale (wenn auch nicht sie allein) im Stich: 1982 hielt die bürgerliche Mehrheit nicht. Anstelle von Klepsch nahm der Sozialist Piet Dankert im Präsidentenstuhl Platz.

Und Martin Bangemann hadert am Ende der Wahlperiode vor allem mit den Medien: „Mir ist das zu dumm geworden", herrscht der „Dicke", der in diesen Tagen nur so durch Europa hetzt, eine Journalistin an: „Bleiben Sie mir mit ihrer ganzen Redaktion vom Leibe."

Bangemanns Ausbruch ist verständlich. Fünf Jahre haben sie gerackert, haben der Kommission in manchen Fällen das Fürchten gelehrt, haben den Ministerrat verklagt, weil er untätig blieb – doch die Öffentlichkeit hat's kaum registriert.

Wie aus einem Munde klagen Bangemann und Klepsch: „Im Wahlkampf müssen Sie erst mal zwei Stunden Volkshochschule machen." Dann kommt der „Aha"-Effekt und die stereotype Bemerkung: „Warum haben wir davon bisher nichts erfahren?" Genauso stereotyp wie die Journalistenfrage, die Bangemann in diesen Tagen schon zehnmal gehört haben will: „Was können Sie denn machen, sie haben doch keine Kompetenzen!"

Wenn es auch Anzeichen der Besserung gibt, die Grundstimmung ist weit verbreitet: Viele Abgeordnete von Straßburg fühlen sich im Stich gelassen. Vom Ministerrat und von der EG-Kommission, von den Parlamenten und Parteien zu Hause und eben von der Öffentlichkeit. Das schafft Verbitterung, aber das schweißt auch zusammen: Katharina Focke bringt es auf die Formel: „Hier in Straßburg geht's sehr viel liebenswürdiger und menschlicher zu als in Bonn." Ausnahmen – siehe oben – bestätigen die Regel.

Das „Wir"-Gefühl der Abgeordneten hat auch gute sachliche Gründe. Das Europaparlament hat in den vergangenen fünf Jahren für fast alle Probleme der Gemeinschaft Lösungsmöglichkeiten gefunden. Mal weniger überzeugend, wie in der Agrarpolitik, mal überzeugender wie in der Haushaltspolitik. Gewiß: „Wir haben zu lange gebraucht, um unsere Kinderkrankheiten zu überwinden", räumt Katharina Focke ein. „Aber schließlich haben wir den Übergang vom Altherrenklub zu einem Parlament doch noch geschafft."

Was nicht leicht war, galt es doch Abgeordnete aus 58 Parteien, die sich in sieben Fraktionen sammelten und ebenso viele Sprachen benutzen, zu geordneter Arbeit zu bringen. 434 Abgeordnete, von denen die Hälfte europäische und/oder parlamentarische Neulinge waren.

Das ist gelungen – bei den Sozialisten, die Mitglieder aus allen zehn EG-Staaten haben, weniger als bei den Christdemokraten oder bei den Liberalen. Und auch hier gab es Unterschiede. Nicht von ungefähr sandten Fraktionsmitglieder ihrem damaligen Vorsitzenden Egon Klepsch nach einem Unfall 1980 ein Telegramm: „Egon, komm bitte bald wieder, hier läuft alles durcheinander." Klepschs kurzer Ausfall sollte nur einen Vorgeschmack auf das vorstellen, was folgte, als er 1982 den Fraktionsvorsitz abgab. Auch seine politischen Gegner widersprechen der Behauptung nicht, daß es im Parlament wie Fraktion heute effektiver und straffer zuginge, wäre er Fraktionsvorsitzender geblieben oder Parlamentspräsident geworden.

Der lange Weg zu mehr europäischer Macht führte über viele einzelne Stationen, aber meist bergauf: Mit Ablehnungen oder Änderungen der EG-Haushalte brachten die Abgeordneten die Gemeinschaft auf den Weg, weg von der Agrarlastigkeit, hin zur Regional- und Sozialpolitik, hin zu einer europäischen Entwicklungshilfe und zu einer europäischen Strukturpolitik. Die Haushaltskontrolleure sparten dem Steuerzahler ein Vielfaches dessen, was das Parlament kostet – das sind 1,67 Mark pro Jahr, rund ein Drittel der Kosten des Deutschen Bundestages und ein Sechstel der Kosten des amerikanischen Repräsentantenhauses. Kein Präsident des Ministerrates kann es sich heute mehr leisten, in Straßburg nicht Rechenschaft zu geben, kein Kommissar, der Aussprache fernzubleiben.

Apropos Kommission: Übereinstimmend bewerten die deutschen Spitzenkandidaten es heute als einen Fehler des Parlaments, die Kommission nicht frühzeitig genug entlastet zu haben. „Wir haben unsere Macht nicht so ausgespielt, wie wir es hätten tun können und tun sollen", sagt Egon Klepsch. Für Katharina Focke wäre die unbefriedigende Formulierung der Pläne zur EG-Reform der Anlaß für das Mißtrauensvotum gewesen. Egon Klepsch und Martin Bangemann sehen heute im Haushaltsgebaren der Kommission noch triftigere Gründe für die Abwahl, scheuten davor aber so kurz vor den Wahlen zurück aus Furcht, der Bürger würde die Parlamentarier zum Sündenbock stempeln.

Dennoch: „Das real existierende Europa ist im Moment Mist", sagt Katharina Focke ihren Wählern. Klepsch und Bangemann sparen auch nicht mit Kritik, und alle sind bemüht, dem Wähler den Unterschied zwischen „denen in Brüssel", den Bremsern, und „uns in Straßburg" deutlich zu machen. Verwechslung nicht ausgeschlossen, sondern eher wahrscheinlich. Und das fürchten alle für den Wahltag. Die Sorge ist berechtigt; denn 56 Prozent der Deutschen sehen sich außerstande, ein Urteil über Straßburg abzugeben.

Weil uns die Konzentration auf die großen Themen nicht gelungen ist (Klepsch), sind die wesentlichen Dinge eben untergegangen: der Plan für eine politische Union Europas etwa oder der Plan für den wirtschaftlichen Aufschwung der Gemeinschaft.

Und darüber ist auch verlorengegangen, daß die Abgeordneten von Straßburg nun keineswegs ein Herz und eine Seele sind. Katharina Focke hält den Verfassungsplan für ein Produkt des Elfenbeinturms, einzelne Bestimmungen sogar für „baren Unsinn". Bangemann und Klepsch, zwischen denen in der ersten Wahlperiode kaum programmatische Unterschiede auszumachen waren, widersetzen sich den sozialdemokratischen Forderungen nach der 35-Stunden-Woche und nach staatlichen Beschäftigungsprogrammen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Katharina Focke sagt: „Europa ist kein Thema, die Arbeitslosigkeit ist das Thema, und damit die Frage, was tut die Gemeinschaft dagegen?" Bangemann und Klepsch widersprechen dem nicht, fragen aber: „Wie denn?" und schieben damit institutionelle Fragen in den Vordergrund. Von Pessimismus sind sie alle, drei Wochen vor der Wahl, nicht befallen. Katharina Focke nennt sich einen „realistischen Idealisten", Bangemann und Klepsch sind überzeugt, daß es mit Straßburg weiter aufwärts gehen werde: „Denn nur hier wird im Gemeinschaftsinteresse entschieden" (Klepsch). Und dennoch mischt sich dieser Optimismus immr wieder mit Skepsis. Worte statt Taten. Déjà vue.

Beispielhaft in Martin Bangemanns Reaktion auf Mitterrands Ankündigung, die Parlamentsforderrung nach der politischen Union Europas zu unterstützen: „Warum geht Mitterrand nicht erst einmal zu seinem Premier Mauroy und sagt: Mein lieber Pierre, morgen erleichterst du die Grenzkontrollen und nächsten Monat schaffst du sie ab!"



Proteste im Hofgarten sind für die Bonner ein vertrautes Bild: Diesmal waren es die Metaller.
FOTO: WERNER SCHÜRING

Beim Marsch auf Bonn Musik von der „Brennenden Ruhr"

Sie kamen in Sonderzügen, Bussen und Privatautos zur Großdemonstration nach Bonn – und sie wurden nass. Bei strömendem Regen erlebte der Kampf für die 35-Stunden-Woche gestern einen politischen Höhepunkt.

Von WALTER H. RUEB

Noch um die Mittagszeit war gestern die Zahl von Polizisten, Getränke- und Würstchenverkäufern auf der Bonner Hofgartenwiese erheblich größer als jene der Demonstranten. „Findet die Großdemonstration nicht statt?" erkundigte sich ein Bonner am eigens eingerichteten Bürgertelefon.

Natürlich fand die Großdemonstration gegen die Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit, an mittelbar Betroffene des Metallarbeiterstreiks kein Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld zu bezahlen, statt. Bei der IG Metall und anderen Gewerkschaften wollte man schließlich nicht CDU-Generalsekretär Heiner Geißler recht geben, der gesagt hatte, die deutschen Gewerkschaften seien zahnlos geworden.

Sie waren sogar entschlossen, in der Bundeshauptstadt hart zuzubeißen. In 3000 Bussen, 70 Sonderzügen und 20 000 Pkws wollten IG Metall und andere Gewerkschaften des DGB „Für Recht und Arbeit – Gegen Aussperrung und Rechtsbruch" demonstrieren. Die vielfach beobachtete Lustlosigkeit zahlreicher Metallarbeiter am Kampf für die 35-Stunden-Woche aber zeigte sich auch gestern: aus Darmstadt, einem der mitgliederstärksten Bezirke der IG Metall, liefen in Bonn-Beuel am frühen Morgen leere Sonderzüge ein. „Dem ersten entstiegen vier, dem dritten zwei, dem vierten 77 Demonstranten", gab Bundesbahn-Polizeioberinspektor und Einsatzleiter Franz Austen an. „Der zweite Sonderzug war sogar völlig leer"..."

Peter Korytowski, der 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Darmstadt, hatte es geahnt. „33 000 Metallarbeiter befinden sich in Hessen bisher im Streik, 26 000 davon allein im Bezirk Darmstadt", sagte er am Abend vor der Demonstration. „Rüsselsheim mit den Opel-Werken gehört dazu. Wir hatten jedoch nur geringe Möglichkeiten, die im Streik befindlichen Mitglieder für den Marsch nach Bonn zu mobilisieren. Normalerweise wird der Kontakt zu den Mitgliedern am Arbeitsplatz hergestellt. Das ist jetzt unmöglich. Zudem sind etwa 4000 im Ausstand Befindliche als Streikposten eingesetzt. Das geht vor..."

Am Samstag war die IG Metall in Darmstadt schließlich noch das Opfer des Druckerstreiks geworden: Eine Anzeige in der größten Darmstädter Zeitung, in der zum Marsch nach Bonn aufgerufen werden sollte, erreichte die streikenden Metallarbeiter nicht, weil die Zeitung nur mit einer Notausgabe herauskam...

Dennoch spricht man in der IG Metall weiterhin von Schulterschluß und Solidarität. Korytowski: „Am Beginn der zweiten Streikwoche sind wir überzeugt davon, daß das Tabu der 40-Stunden-Woche gebrochen wird. Die Arbeitgeber werden noch in dieser Woche erfahren, daß sie sich verrechnet haben. Die am Mittwoch beginnende Aussperrung wird mit einem Solidaritätsstreik aller Gewerkschaften im DGB beantwortet."

Demagogie und Pathos sind sicher nicht die Hauptwaffen der Metallarbeiter, doch scheuen sie die verbale Auseinandersetzung keineswegs. „Die Arbeitgeber erzielen laufend Produktionssteigerungen", klagt Günter Volk, Lackierer und Betriebsratsvorsitzender im Bensheimer Siemens-Werk. „Dennoch schicken sie sich an, mit Robotern immer mehr Menschen zu ersetzen."

Manch hartes Wort auf dem Weg nach Bonn

Im Bensheimer Siemens-Werk werden Dentalerzeugnises hergestellt. Bisher befindet sich die Belegschaft nicht im Ausstand. Auf dem Weg von Darmstadt nach Bonn aber fällt im Gespräch mit einem halben Dutzend Belegschaftsmitgliedern manch hartes Wort gegen den Arbeitgeber: Die Belegschaft sei in den letzten Jahren von 1700 auf 1350 Beschäftigte abgebaut worden, und erst die Verweigerung von Überstunden habe zur Aufstockung der Belegschaft geführt...

Die halbe Lackiererei hat sich morgens um fünf Uhr in Bensheim mit einem Bus auf den Weg nach Darmstadt gemacht: Heinrich Mühlum, Rolf Pfeifer und Ferdinand Kraud. Sie sind stolz auf das zahlenmäßig starke Aufgebot und verteidigen ihre streikenden Kollegen, die sich offenbar nicht zm „Marsch auf Bonn" entschließen konnten. „Am ersten Wochentag findet die Registrierung der Streikenden statt", sagen die Bensheimer und verschweigen zwei Tatsachen: daß sie selbst für den freigenommenen Tag kein Geld erhalten oder ihn erst nacharbeiten müssen, daß andererseits alle streikenden Metallarbeiter von ihrer Gewerkschaft verpflichtet wurden, an der Großkundgebung in Bonn teilzunehmen.

In Bonn helfen schließlich niedersächsische Metallarbeiter dem Häuflein von Demonstranten aus dem hessischen Streikgebiet aus der Verlegenheit: Mit rund 800 Personen ist der Sonderzug aus Hannover besetzt, der um 9.20 Uhr in den Bahnhof donnert. Fahnen flattern aus den heruntergelassenen Fenstern, Beifall empfängt die Neuankömmlinge. Die DGB-Funktionäre mit roten Helmen und Megaphonen bekommen Arbeit: Es gilt den ersten Menschenstrom des Tages in die richtigen Bahnen zu lenken. Polizisten und Angehörige des Bundesgrenzschutzes stellen schon nach wenigen Minuten das Zählen ein. Hannover macht dem Spott neutraler Beobachter ein Ende und läßt die Verkäufer von Getränken, Kaffee und Würsten erstmals rotieren. Und gegenüber dem Bahnhof greifen die Musiker der Duisburger Band „Brennende Ruhr" in die Saiten ihrer Instrumente, derweil flinke Hände auf ihrem fahrbaren Podium noch schnell rote Banderolen anbringen. Aus 100 Meter Entfernung kann jeder lesen: Marxistisch-leninistische Partei Deutschlands.

Hinter den zuletzt gekommenen Gewerkschaftlern aus Hannover, die seit 5.12 Uhr unterwegs sind, formiert sich der erste Zug in Richtung Rhein und Hofgarten. Die Ordner aber haben einige Probleme: Zahlreiche Niedersachsen sind im Bahnhofbufett verschwunden, wo ein winziger Plastikbecher Kaffee zwei Mark kostet. Delegationsleiter Dieter Dicke aber streitet sich mit den Bundesbahnbeamten. Es geht um die Abfahrt am Abend und um eine im Zug liegengelassene Tasche. „Nichts zu machen", wird er beschieden. „Die Sonderzüge werden auf allen Bahnhöfen bis Neuss abgestellt. Wo der Zug aus Hannover hingeschoben wurde, ist im Moment unbekannt."

Angesichts des Rahmenprogramms auf der Hofgartenwiese, das den Teilnehmern der Kundgebung das stundenlange Warten verkürzen sollte, bekommt eine Aussage von Peter Korytowski eine besondere Bedeutung. „Im Kampf um die 35-Stunden-Woche feiert die Arbeiterkultur mit Musik, Theater, Turnverein und anderem ihre Wiedergeburt", hatte der 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Darmstadt gesagt. In Wirklichkeit aber war das Gebotene dürftig – so dürftig, daß viele der Demonstranten mitmusizierten und fleißig pfiffen.

Das Wetter verbesserte ihre Laune nicht gerade: Sonnenbäder wie im Herbst 1983 bei ähnlichen Veranstaltungen waren nicht möglich, und die Feuchtigkeit verhinderte auch ein Schläfchen auf dem wieder aufgepäppelten Rasen. Nur wer einen der vielen von der um ihre Sauberkeit besorgten Stadt aufgestellten Müllsäcke ergatterte, konnte sich ohne Angst vor nasser Hose niederlassen. Das Ergebnis klang prompt aus dem Bürgertelefon: „Jetzt machen die aus unserer Stadt schon wieder einen Saustall."

„Wir haben das Gesicht verloren"

An der FDP-Basis bleibt es unruhig. Ein Beispiel dafür sind die Liberalen in München.

Von PETER SCHMALZ

Ihr stehen Tränen in den Augen. Nach nur zwei Jahren legt Cornelia Schmalz-Jacobsen den Vorsitz der Münchner FDP nieder und rechtfertigt den sichtbar schweren Entschluß mit einem anklagenden Satz über den Zustand der Partei: „Wir haben Wahlen verloren, wir haben Mitglieder verloren – und wir haben, was viel schlimmer ist, unser Selbstbewußtsein und zum Teil wohl auch unser Gesicht verloren." In die stumme Beklommenheit der 211 Anwesenden fügt sie noch einige Worte hinzu: „Und in unserem Stadtverband haben wir den fairen Umgang miteinander verlernt."

Im Schwabinger Bräu gerät die liberale Stadtversammlung zwischen Amnestiegesetz und Bundesparteitag zur Nabelschau einer geschlagenen Basis. Die prominenten Mitglieder sind körperlich abwesend, aber sie lasten wie das schlechte Gewissen im Raum. Hans Engelhard, zwölf Jahre Chef dieser Münchner FDP, ist auf „wichtigeren Minister-Terminen" unterwegs. Aber auch er ist gemeint, als Frau Schmalz-Jacobsen den Plan eines Amnestiegesetzes als die Todsünde der Liberalen bezeichnet.

Auch die streitbare Hildegard Hamm-Brücher fehlt, die in einem schier unlösbaren Konflikt mit ihrem einstigen politischen Zögling Manfred Brunner liegt, der mittlerweile zum bayerischen Landesvorsitzenden aufgestiegen ist. Aber auch sie ist im Geiste anwesend, als Frau Schmalz-Jacobsen über die Darstellungssucht mancher Liberaler meint: „Schlagzeilen tun dem Selbstbewußtsein gut, ob sie immer das richtige politische Mittel sind, wage ich zu bezweifeln."

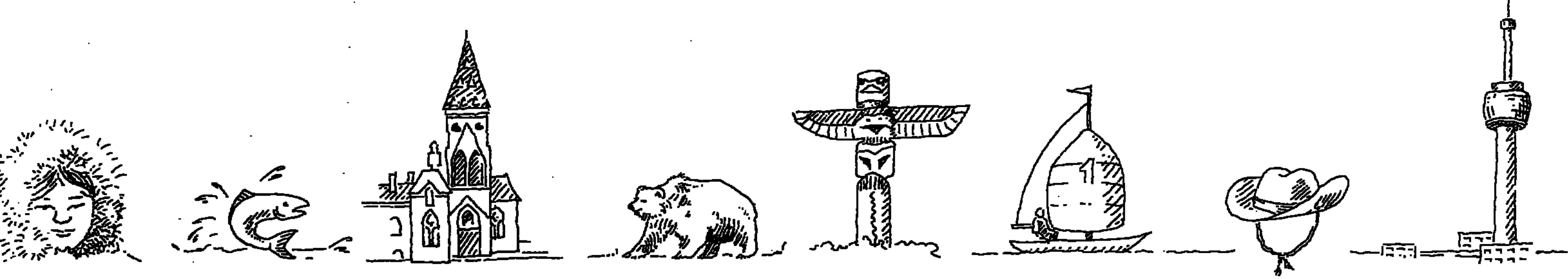
Vom tausendsten Mitglied träumte der Stadtverband zu sozial-liberalen Zeiten, doch mit der Wende setzte die Erosion ein: 982 waren es vor zwei Jahren, 789 sind es heute. Und mit wenigen Ausnahmen sind sie sich einig in der Ablehnung des von ihrem Justizminister gutgeheißenen Amnestiegesetzes, ihnen hat der junge Landeschef Brunner aus der Seele gesprochen: „Ich wäre davon ausgegangen, daß ein liberaler Justizminister von vornherein sein Veto einlegt."

Doch unklar scheint der Mehrzahl von ihnen noch der Weg zu sein, wie sich eine Partei ohne Spenden operativ über der Fünf-Prozent-Hürde halten soll. An den Mitgliederbeiträgen könnte sie nachgerade verhungern; und die Zahlungsmoral wird zudem ausgesprochen liberal gehandhabt, weshalb knapp 800 Mitglieder gut 38 000 Mark Beitragsrückstände haben. Der Umstand läßt den Schatzmeister mit einem Anflug von Ironie bemerken: „Wer schon gegen Spenden ist, der soll wenigstens selbst etwas tun."

Aber weniger das Geld als der Stil im internen Umgang belastet das Innenleben dieser Partei. Der Zwist um den richtigen politischen Weg hat einen Riß erzeugt, dessen Schaden noch nicht abzuschätzen ist. Die Anhänger der alten Koalition haben, sofern sie nicht ohnehin das Parteibuch zurückgegeben haben, einen Zirkel unter dem Zeichen „ALP" gegründet, was heißen soll: „Alternative Liberale Politik". Frau Hamm-Brücher wurde dort gesehen, auch Ursel Redepenning, einst der Star der FDP-Fraktion im bayerischen Landtag.

Die ALP-Separatisten haben an diesem Abend keine Mehrheit. Der ehemalige Landtagsabgeordnete Gerhard Zeck, der eindringlich für Ausgleich und gegen innerparteilichen Zank plädiert, wird der neue Vorsitzende, sein forscher Gegenkandidat und ALP-Anhänger bekommt nicht einmal ein Drittel der gültigen Stimmen.

Wir bringen Sie in beinah jeden Winkel Kanadas.



Bei anderen Airlines ist das anders. Die fliegen Sie oft nur in zwei oder drei Großstädte. Nicht so Air Canada. Denn keiner hat so viele Anschlüsse in Kanada zu bieten wie wir. In 30 kanadische und 10 US-Städte. Mit uns landen Sie also da, wo Sie eigentlich hinwollen. Sie finden sicher auch keine andere Airline, die so oft nach Kanada fliegt: bis 25x die Woche. Schließlich sind wir nicht umsonst die Nummer 1 in und nach Kanada. Wo es bei uns lang geht, zeigen Ihnen auch unsere kanadische Gastfreundschaft und der Intercontinental-Service über dem Atlantik. Wenn Sie also in Kanada nicht irgendwie und irgendwo ankommen wollen, gehen Sie am besten gleich in Ihr IATA-Reisebüro. Oder zu uns. In: Berlin, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt oder München. Natürlich erreichen Sie uns auch telefonisch unter der Nummer 0611/25 01 31.

Air Canada. *Flüge, die wie im Flug vergehen.*



Invasion in der Normandie (III.): Die alliierten Geheimdienste täuschten den Gegner mit der Wahrheit

Das Herbstgedicht von Paul Verlaine in einer Sommernacht

Am Tag, als die Invasion in der Normandie begann, wollte Feldmarschall Erwin Rommel eigentlich Hitler davon überzeugen, daß die französische Kanalküste besser befestigt werden müsse. Im Gegensatz zu seinem direkten Vorgesetzten, Feldmarschall Gerd von Rundstedt, war Rommel der Meinung gewesen, ein Landungsunternehmen der Alliierten sei nur direkt am Strand zurückzuschlagen. Aber auch er beging einen Fehler: Er glaubte seinem eigenen Nachrichtendienst nicht.

Von UWE BAHNSEN

Am Vormittag des 6. Juni 1944, um 10.15 Uhr, klingelte im Hause des Feldmarschalls Erwin Rommel in Horrlingen bei Ulm das Telefon. Der Hausherr, der am 4. Juni zu einem kurzen Besuch aus Frankreich gekommen war, hörte schweigend an, was ihm der Anrufer mitzuteilen hatte: Aus dem Hauptquartier des Feldmarschalls in La Roche Guyon schilderte Rommels Chef des Stabes, Generalleutnant Hans Speidel, dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, was zu diesem Zeitpunkt an Erkenntnissen über die Landung der Alliierten vorlag.

Seit Monaten hatte Rommel, dem die Verteidigungsanlagen an der gesamten nordfranzösischen Küste unterstanden, seine Kommandeure mit rastloser Energie angetrieben, das gesamte Abwehrsystem noch weiter auszubauen: Noch mehr Minen, noch mehr Vorstrandhindernisse, noch mehr „Rommelspargel" gegen Luftlandungen in den Sumpf- und Wiesengebieten *hinter der Küste, noch* mehr Bunker und Befestigungsanlagen aller Art.

Dissens zwischen Rommel und Rundstedt

Der Feldmarschall war überzeugt, es gebe nur eine einzige Chance, die lange erwartete Invasion der Alliierten zurückzuschlagen: den sofortigen und rücksichtslosen Angriff auf die Landungstruppen noch am Strand. Rommel war sicher – und die nächsten Tage gaben ihm recht – daß umfangreiche Truppenbewegungen angesichts der alliierten Luftüberlegenheit nicht möglich sein würden. Sein direkter Vorgesetzter hingegen, der Oberbefehlshaber West, Feldmarschall Gerd von Rundstedt, sah das ganz anders: Er wollte die Invasionstreitkräfte zunächst „kommen lassen", um sie dann nach klassischer strategischer Lehre zu vernichten.

Der tiefgreifende Dissens zwischen den beiden Marschällen, der durch persönliche Animositäten verschärft wurde, war nicht entschieden; Rommel wollte diesen Zustand in seinem Sinne beenden und vor allem von Hitler die Genehmigung zur Bildung von besonderen Panzergruppen in Küstennähe einholen. Das war der wichtigste Grund für ihn gewesen, am 4. Juni frühmorgens das Hauptquartier zu verlassen und in seinem schweren feldgrauen „Horch" nach Deutschland zu fahren. Für den 8. Juni hatte er sich durch Vermittlunng seines alten Freundes, des Generals Rudolf Schmundt, einen Termin für ein Gespräch unter vier Augen mit Hilter verschafft. Zuvor aber wollte er an diesem 6. Juni seiner Frau Lucie gratulieren und ihr sein Geschenk überreichen – ein Paar Schuhe, die er in Paris für sie gekauft hatte. Nach sorgfältiger Abwägung aller vorliegenden Meldungen über die Feindlage und über die Wetterentwicklung war er zu der Auffassung gekommen, er könne es verantworten, sich für ein paar Tage aus dem Hauptquartier zu entfernen: Die Alliierten würden *nicht kommen – das Wetter war zu* schlecht für eine Landung. Feldmarschall von Rundstedt, der ihm den Urlaub genehmigt hatte, war derselben Meinung gewesen.

Als Rommel nun von seinem Stabschef erfuhr, daß er sich mit dieser Einschätzung geirrt hatte, war ihm sofort klar, daß diese Landung nicht ein Ablenkungsmanöver, sondern die Invasion war. Das Ergebnis des Telefonats mit Speidel ist im Kriegstagebuch der Heeresgruppe B *mit den beiden Sätzen verzeichnet:* „Speidel unterrichtet Feldmarschall Rommel telefonisch von der Lage. Oberbefehlshaber Heeresgruppe B wird heute ins Hauptquartier zurückkehren."

Ganz anders als Rommel hatte einige Tage zuvor, am 3. Juni, einer seiner Untergebenen die Frage beantwortet, ob die Alliierten in den nächsten Tagen kommen würden: Der General der Artillerie Erich Marcks, Befehlshaber des 84. Armeekorps, hatte in seinem Hauptquartier in St. Lô nervös die ihm zugehenden Meldungen verfolgt und seinen Stabsoffizieren mit grimmigen Humor prophezeit: „Wie ich die Engländer kenne, werden sie am nächsten Sonntag noch einmal in die Kirche gehen und am Montag kommen. Und seit man in der Heeresgruppe B überzeugt ist, daß sie noch nicht und dann auch bei Calais kommen, werden wir sie am Montag hier begrüßen können." Marcks hatte sich um einen Tag verschätzt – das schlechte Wetter hatte die alliierten Befehlshaber gezwungen, den Angriff zu verschieben. Der General, der in den ersten Minuten des Invasionstages seinen 53. Geburtstag mit einem Glas Chablis gefeiert hatte, war bei seiner Überlegung vom 3. Juni nur der Intuition gefolgt: Feldmarschall Rommel hingegen hatte eine Meldung vorgelegen, die im wahrsten Sinne des Wortes alarmierende war: nur – er hatte ihren Wahrheitsgehalt bezweifelt.

Inhalt und Brisanz dieser Meldung sind aus dem Kriegstagebuch der von Generaloberst Hans von Salmuth geführten 15. Armee, die am Pas de Calais lag, abzulesen, und zwar in drei Eintragungen vom 5. Juni:

„Am 1., 2. und 3. 6. 44 ist durch die Nast (Nachrichtenstelle, Red.) innerhalb der 'Messages personelles' der französischen Sendungen des britischen Rundfunks folgende Meldung abgehört worden: 'Les sanglots longs des violons de l'automne'. Nach vorhandenen Unterlagen soll dieser Spruch am 1. oder 15. eines Monats durchgegeben werden, nur die erste Hälfte eines ganzen Spruches darstellen und ankündigen, daß binnen 48 *Stunden nach Durchgabe der zweiten* Hälfte des Spruches, gerechnet von 00.00 Uhr des auf die Durchsage folgenden Tages ab, die angloamerikanische Invasion beginnt."

Um 21.15 Uhr wurde im Kriegstagebuch vermerkt: „Zweite Hälfte des Spruches 'Blessent mon coeur d'une langeur monotone' wird durch Nast abgehört." Fünf Minuten später, um 21.20 Uhr: „Spruch an Ic-AO durchgegeben. Danach mit Invasionsbeginn ab 6. 6. 00.00 Uhr innerhalb 48 Stunden zu rechnen. Überprüfung der Meldung durch Rückfrage beim Militärbefehlshaber Belgien/Nordfrankreich in Brüssel (Major von Wangenheim)."

Kurz darauf gab die Führung der *15. Armee diese Meldung als* dringendes Fernschreiben an die wichtigsten Befehlsstellen weiter, auch an Rommels Heeresgruppe B. Die beiden abgehörten Sprüche sind Zeilen aus dem Gedicht „Das Herbstlied" von Paul Verlaine. Die deutsche Abwehr hatte durch Agenten in der französischen Widerstandsbewegung die Bedeutung dieser Durchsagen entschlüsselt, die jeweils nach den Abendnachrichten im französischsprachigen Dienst der Londoner BBC gesendet wurden. Abwehrchef Admiral Wilhelm Canaris hatte seinen Offizieren in den Leitstellen in Frankreich eingeschärft, grundsätzlich alle verschlüsselten Durchsagen für die französiche Widerstandsbewegung abzuhören und aufzuzeichnen, um diese beiden entscheidenden Geheimbotschaften nicht zu versäumen.

Paul Verlaines melancholische Lyrik war nicht die einzige zutreffende Information über die bevorstehende Invasion, die der deutschen Führung vorlag; auch mehrere Agentenmeldungen – unter zahllosen anderen, die alle möglichen Daten für den Beginn des Unternehmens „Overlord" nannten und in der Regel vom englischen Geheimdienst in Umlauf gesetzt worden waren – waren richtig. Doch Hitler hatte angesichts der äußerst widersprüchlichen Prognosen über den Zeitpunkt und den Ort der Invasion, die er von den konkurrierenden Nachrichtendiensten der SS und der Wehrmacht erhielt, kurz und bündig erklärt, dies seien von den Alliierten ausgestreute Nachrichten zur Verwirrung: „Ich lasse das gar nicht erst nach Paris weitergeben. Man muß es einfach aufhalten. Unsere Stäbe werden dadurch nur nervös."

Die Realität nahm das Kriegsspiel vorweg

Nervosität herrschte denn auch nicht in den deutschen Stäben in der Normandie, als der 5. Juni sich dem Ende zuneigte. Für den nächsten Tag waren die Kommandeure der wichtigsten Verbände von Generaloberst Friedrich Dolmann, dem Oberbefehlshaber der 7. Armee, zu einem Kriegsspiel nach Rennes befohlen worden. Thema: Abwehr einer Invasion in Verbindung mit Luftlandungen. Die erste Stunde dieses schicksalhaften 6. Juni 1944 war noch nicht vergangen, als die blutige Realität das Kriegsspiel vorwegnahm. Einer der deutschen Offiziere, für die die Invasion nicht am frühen Morgen, sondern sofort nach Mitternacht begann, war der damals 32jährige Oberstleutnant Hans von Luck, Kommandeur eines Panzergrenadierregiments in der 21. Panzerdivision. Er lebt heute als Kaufmann in Hamburg, und hat dem Verfasser geschildert, was er in jener Nacht erlebte:

„Etwa um Mitternacht war ich noch auf meinem Gefechtsstand außerhalb von Caën, als ich das Dröhnen von alliierten Bombern hörte. Ich nahm zunächst an, sie wären auf dem Weg zu Angriffen in Frankreich oder im Reichsgebiet, bis die Bombenabwürfe begannen und ich von unseren vorderen Einheiten die Meldung bekam, es seien Luftlandungen mit Fallschirmjägern und Lastenseglern im Gange. Ich beantragte bei der Division sofort die Erlaubnis zum Nachtangriff, die mir jedoch mit dem Hinweis *verweigert wurde, die Division* dürfe nur mit Genehmigung der Armee beziehungsweise des Führerhauptquartiers eingesetzt werden. Daraufhin entschloß ich mich ohne Erlaubnis zu einem begrenzten Nachtangriff, bei dem wir einige Soldaten der 6. britischen Luftlandedivison und zusätzlich noch falsch abgesprungene Fallschirmjäger gefangennahmen. Aus den Verhören erfuhren wir, daß die gesamte 6. Airborne Division insbesondere die beiden Brükken über die Orne und den Caën-Kanal, die als Pegasus-Brücke berühmt geworden ist, zu erobern und zu halten hatte und daß dieser Operation in den Morgenstunden eine Landung an der Küste folgen würde. Ich meldete das sofort an die Division weiter ..."

„Wann war das, und wie war das Ergebnis?"

„Zwischen 2.00 und 2.30 Uhr. Ein Angriff wurde wieder nicht genehmigt."

„Wann war Ihnen klar, daß dies der Auftakt zur Invasion war?"

„Das begann mir klarzüwerden, als ich vom Einsatz dieser britischen Luftlandedivision erfahren hatte. Ich hatte nicht mehr die geringsten Zweifel, als ich in der Morgendämmerung von den Hügeln südlich der Küste aus die riesige Armada alliierte Kriegs-, Transport- und Landungsschiffe sah, als die Bombenangriffe massiert fortgesetzt wurden und auch die Schiffsartillerie zu schießen begann, die übrigens wegen ihres Punktfeuers für uns noch gefährlicher war als die Bombardements."

Während die deutschen Verteidiger am Vormittag des 6. Juni in den Küstenstellungen mit dem Mut der Verzweiflung versuchten, die Landungstruppen auf dem Strand zusammenzuschießen, wurde dem Oberstleutnant von Luck der Angriffsbefehl weiterhin verweigert: „Wir mußten uns auf eine reine Verteidigung in den Positionen beschränken, in denen meine Kampfgruppe sich zur Zeit der Landung befand. Wir lagen bis zum Mittag des 6. Juni fest. Den Befehl, anzugreifen, bekamen wir erst am frühen *Nachmittag. Ob sich* zu diesem Zeitpunkt bei uns an höchster Stelle die Erkenntis durchgesetzt hatte, daß die Landung die Invasion war, kann ich nicht sagen. Jedenfalls lagen andere Panzerverbände, die uns hätten unterstützen können, so weit entfernt, daß sie uns im Lauf des 6. Juni nicht hätten helfen können, wobei solche Bewegungen angesichts der völligen Luftüberlegenheit der Alliierten am Tage ohnehin sehr erschwert gewesen wären."

Hans von Luck, der das Ende des Krieges im Kampf gegen die Rote Armee in der Nähe Berlins erlebte und fünf Jahre in sowjetischer Gefangenschaft verbrachte, beurteilt die damaligen Chancen der Verteidiger skeptisch, die Invasion zurückzuschlagen: „Wenn die von Rommel geforderten Panzergruppen gebildet worden wären, so wäre eine von ihnen zweifellos bei Caën stationiert worden und hätte sicherlich Teilerfolge erzielen können – wenn sie noch in den Nachtstunden, also vor der eigentlichen Landung, zum Einsatz gekommen wäre. Diese Einheiten hätten zur Küste vorstoßen und die dortige Infanterie ganz wesentlich verstärken können. Für die Alliierten wäre die Landung sehr viel schwieriger und auch verlustreicher geworden. Ob sie allerdings angesichts der Überlegenheit an Menschen und Material hätte verhindert werden können, bezweifle ich – bei aller Tapferkeit unserer Soldaten."

Die Entscheidung fiel viel zu spät

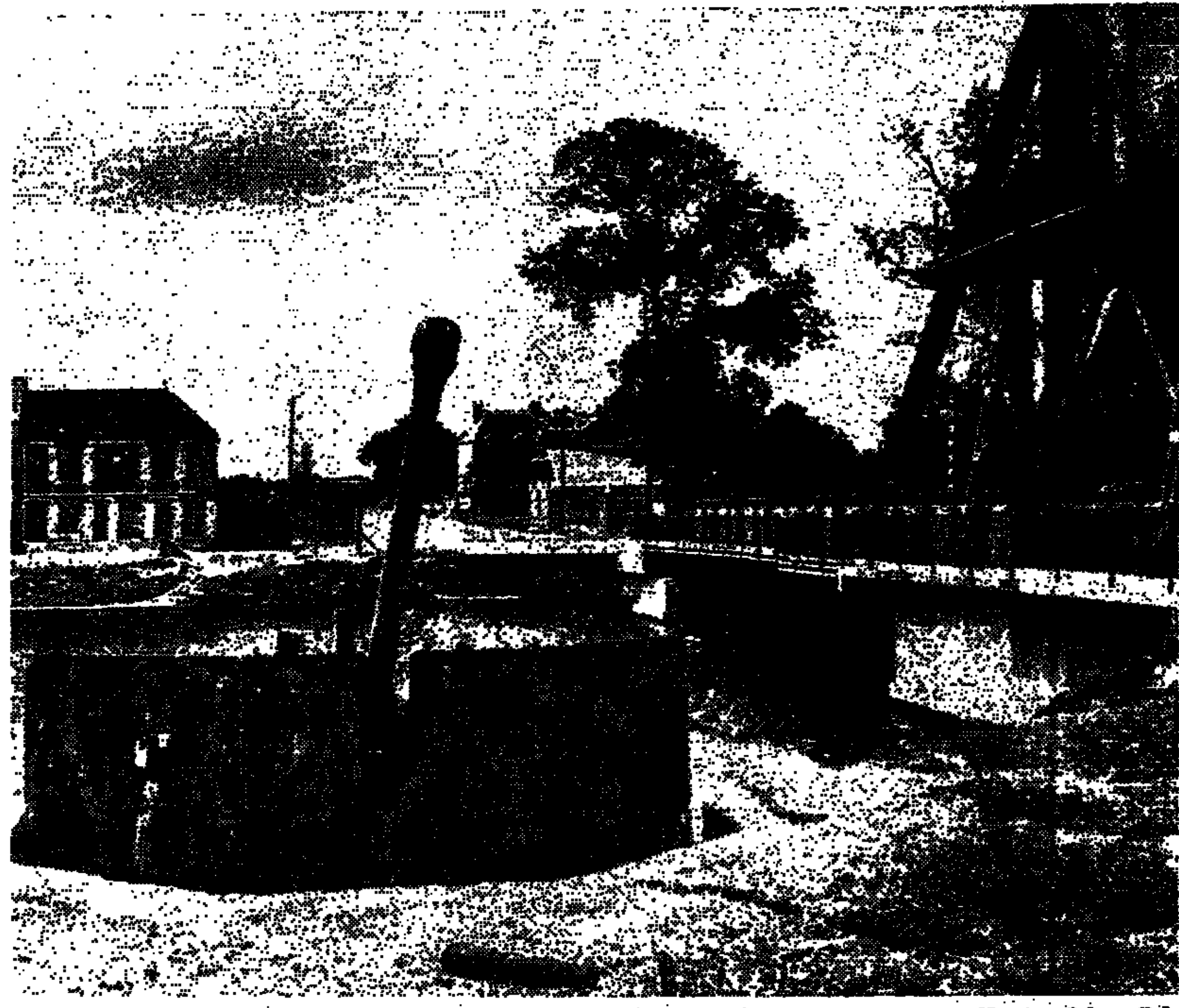
Das Gelände um die Pegasus-Brücke war das erste Terrain, das die Streitmacht Eisenhowers nach dem Beginn des Unternehmens „Overlord" eroberte – durch den waghalsigen Einsatz einer englischen Kampfgruppe unter der Führung des Majors John Howard. Der Besitz der beiden Brücken war für die Angreifer eine überaus wichtige Voraussetzung, um die Deutschen an der raschen Zuführung von Verstärkungen zu hindern. *Hans von Luck: „In den ersten bei*den Tagen gelang es den Engländern, etwas weiter vorzudringen – besonders, nachdem die 51. schottische Division, die ich schon aus dem Afrika-Feldzug kannte, eingesetzt wurde. Dann haben wir jedoch durch tägliche Gegenangriffe den Brückenkopf so eng halten können, wie er war, bis der Großangriff Montgomerys vom 18. Juli begann."

„Haben Sie die Invasion Anfang Juni erwartet, oder war Ihnen sogar bekannt, daß die BBC die Verlaine-Zeilen gesendet hatte, und daß der deutschen Abwehr deren Bedeutung klar war?"

„Nein. Wir haben zwar mit einer Landung der Alliierten in Westfrankreich gerechnet, aber nicht in der Normandie."

Mit dem massiven Materialeinsatz, der die gesamte Invasion kennzeichnete, zerstörten die Alliierten am „D-Day" und in den Tagen danach die Eisenbahn- und Straßenbrücken über die Seine durch Angriffe der 9. US-Luftflotte. Damit sollte die Verlegung der 15. Armee aus dem Raum am Pas de Calais in die Normandie verhindert werden. General Eisenhower und seine Befehlshaber hatten freilich Hitlers Entschlossenheit überschätzt. Die dringlichste Entscheidung – über den Einsatz der beiden kampfstarken 12. SS-Panzerdivision und der Panzer-Lehrdivision – wurde *im Berchtesgadener Haupt*quartier Hitlers erst am Nachmittag des 6. Juni getroffen – mit dem Befehl, „daß Gegner im Brückenkopf noch 6. 6. abends vernichtet wird".

Es war längst zu spät. Die beiden Panzerdivisionen konnten die Nacht vom 6. zum 7. Juni nicht mehr für den Vormarsch in das Invasionsgebiet nutzen und wurden am Tage von den alliierten Bombern so massiv angegriffen, daß sie hohe Verluste an Menschen und Material erlitten. Von einer Verlegung der 15. Armee in die Normandie war in Hitlers Hauptquartier überhaupt nicht die Rede gewesen.



Die kleine Kanalbrücke von Ranville: Englische Fallschirmjäger waren schon in der Nacht der Invasion an diesem strategisch wichtigen Punkt gelandet. Das Café an der Ecke war das erste Haus auf französischem Boden, das die alliierten Truppen 1944 besetzten. FOTO: DIE WELT

Am Mittwoch in der WELT: Feldmarschall Erwin Rommel hatte schon in Afrika erklärt: „Das ist der Anfang vom Ende. Erst Stalingrad, dann Afrika, und schließlich werden die Alliierten in Italien oder Frankreich landen."

Papst ernennt Administrator für Lemberg

J. G. GÖRLICH, Düsseldorf

Papst Johannes Paul II. hat den Rektor der neuen päpstlichen Theologischen Akademie in Krakau, Professor Marian Jaworski, zum Apostolischen Administrator für die Erzdiözese Lemberg, die heute in der UdSSR liegt, im Range eines Bischofs ernannt. Mit der Wahl von Jaworski wollte der Papst sicherlich nicht nur den kirchenrechtlichen Anspruch Polens auf diese heute fast ganz zur UdSSR gehörende Erzdiözese aufrecht erhalten, sondern ebenso mit der Person Jaworskis Akzente setzen. Jaworski ist in der Erzdiözese geboren und trat 1945 ins Lemberger Priesterseminar ein. Es fand nach der Ausweisung Jaworskis später in Kalwaria Zebrzydowska bei Krakau eine neue Bleibe. Jaworski wurde vom letzten *Erzbischof von Krakau*, Eugeniusz Baziak, 1950 zum Priester geweiht.

Danach war er Professor der Theologie in Warschau, Lublin und Krakau und wird jetzt ins ostpolnische Lubaczow umsiedeln. Er wird jedoch weiterhin als Sekretär der Kommission Wissenschaft der polnischen Bischofskonferenz amtieren. Unter direktem Einfluß der Administratur in Lubaczow stehen heute 35 Pfarrgemeinden der seit 1412 bestehenden Erzdiözese Lemberg, die sich heute noch auf polnischem Hoheitsgebiet befinden.

Polnische katholische Kreise verweisen darauf, daß Jaworski als einer der gelehrtesten und klügsten Köpfe der polnischen Bischofskonferenz gilt. Er sollte seinerzeit als Nachfolger von Karol Wojtyla, dem heutigen Papst, Krakauer Kardinalerzbischof werden. „Jaworskis Ernennung zum Bischof war eigentlich schon längst fällig", heißt es aus Rom.

Wieder ein Sieg der KP Frankreichs

AFP, Paris

Die kommunistische Partei Frankreichs hat am Wochende zum zweitenmal binnen einer Woche bei Gemeinderatswahlen den Sieg davongetragen *und die Serie der bisherigen* Wahlniederlagen gestoppt. Der kommunistische Bürgermeister und Kandidat der Linksunion in der Stadt Houilles im Westen von Paris wurde im zweiten Wahlgang mit 50,79 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Der gaullistische Kandidat erhielt 49,21 Prozent der Stimmen. Bürgermeister Eugene Seleskovitch, der im ersten Wahlgang hinter dem Oppositionskandidaten lag (45 gegen 48 Prozent der Stimmen), hat seinen Sieg insbesondere den „Grünen" zu verdanken, die im ersten Wahlgang 6 Prozent der Stimmen verbuchen konnten.

Eine Woche zuvor hatten die Wähler in der lothringischen Stadt Thionville den kommunistischen Bürgermeister ebenfalls in seinem Amt bestätigt. Die KPF hat sich bei der gegenwärtigen Kriese in der Stahlindustrie zum Sprachrohr der von Massenentlassungen bedrohten Arbeiter gemacht und den Stahlplan der Regierung scharf verurteilt.

Der Auftrieb für die KPF, die bei Nachwahlen bisher zehn Städte mit mehr als30 000 Einwohner an die liberal-konservative Opposition verloren hat, wurde bei einer gestern von der konservativen Zeitung „Le Figaro" veröffentlichten Meinungsumfrage bestätigt.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.



Von Notar Dr. Ludwig Röll. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage 1983, 296 Seiten DIN A5, gbd. 58,– DM. ISBN 3 504 45702 3

Das umfassende Nachschlagewerk für alle Fragen des Wohnungseigentums mit umfangreichem Musterteil.

Röll Handbuch für Wohnungseigentümer und Verwalter

Eine praxisnahe, aber doch alle wesentlichen Fragen umfassende Darstellung, die nicht nur Juristen anspricht, sondern auch für Laien verständlich ist.

„... Dieses Handbuch sollten Verwaltungen von Wohnungseigentum ebenso wie Verwaltungsbeiräte und interessierte Wohnungseigentümer jederzeit im Zugriff haben. Nach Art eines Kommentars wird die Zulässigkeit und Unzulässigkeit von Maßnahmen und Rechtsverhältnissen erörtert, und es wird auch dem Juristen und Laien gezeigt, wie diese Fragen in der Praxis behandelt werden."
Wohnungseigentümer-Magazin 1/78

Verlag Dr. Otto Schmidt KG · Köln

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hildesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim ...

Mit dem Westexperten Häber will Honecker ein Zeichen setzen

Der neue Mann im Politbüro der SED befürwortet den Dialog mit Bonn

BERNT CONRAD, Bonn

SED-Chef Erich Honecker hat seine eigene Position und vor allem seine Politik des Dialogs mit Bonn auf der letzten Tagung des SED-Zentralkomitees in fast demonstrativer Weise abgesichert. Dafür sind die überraschende Berufung des Westkontakt-experten Herbert Häber in das Politbüro und die anderen Personalveränderungen im höchsten Führungsgremium der Einheitspartei ebenso bezeichnend wie die deutschlandpolitischen Äußerungen, die bei dieser Gelegenheit und unmittelbar danach gefallen sind.

Häbers „Beförderung" fällt schon deshalb aus dem Rahmen, weil der 53jährige bisherige Leiter der Westabteilung im ZK die sonst übliche Stufe eines Kandidaten des Politbüros ohne Verzug überspringen durfte. Ungewöhnlich ist auch, daß ein Mann, der sich seit mehr als drei Jahrzehnten fast ausschließlich mit der Bundesrepublik befaßt hat, überhaupt in die Schaltzentrale der SED aufsteigen durfte. Hier wollte Honecker offensichtlich „ein Zeichen setzen".

Dabei fügte es sich günstig, daß einer der prominentesten innerdeutschen „Hardliner", der 73jährige Paul Verner, aus Alters- oder sonstigen Gründen das Politbüro verlassen hat. Honecker selbst hatte den einflußreichen langjährigen Sicherheitsexperten 1981 auf der Leipziger Messe vor westdeutschen Zuhörern scherzhaft, aber durchaus ernst als „Falken" tituliert. Dazu paßte, daß Verner den vom SED-Chef stets pfleglich behandelten damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt rüde als „Raketenkanzler" attackierte.

Auf solche Töne braucht Honecker nun keine Rücksicht mehr zu nehmen. Bemerkenswert an dem von ihm nach oben gelotsten Professor Häber waren schon in vergangenen Jahren dessen enge Gesprächsbeziehungen zu führenden Bonner Unionspolitikern. Klaus Bölling, von 1981 bis 1982 Ständiger Vertreter Bonns in Ost-Berlin, hat etwas unwirsch angemerkt, Häber habe zu jenen Funktionären gehört, die „sich von einer Zusammenarbeit mit den konservativen Kräften für die DDR mindestens soviel Gewinn erhofften wie von der Kooperation mit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung". Häber habe sogar argumentiert, „daß mit einer CDU-Regierung manches leichter zu bewerkstelligen sei".

Kein Wunder, daß der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), erklärte,

DIE ANALYSE

wenn der Westexperte jetzt aufgewertet wird, haben wir nichts dagegen. Im Gegenteil, wir betrachten dies als ein positives Zeichen".

Allerdings darf sich niemand darüber täuschen, daß Häber – ebenso wie sein Parteichef – den Dialog mit Bonn aus rein egoistischen, primär wirtschaftlich bestimmten Motiven führt und dabei keineswegs die politischen Ziele Ost-Berlins aus dem Auge verliert. Das zeigte auch die Antrittsrede des neuen Politbüromitglieds, in der Häber zwar die Kooperationsbereitschaft gegenüber der Bundesrepublik betonte, gleichzeitig jedoch feststellte: „Auch eine Politik der Schadensbegrenzung kann an ihre Grenze stoßen, wenn fortwährend neuer Schaden erzeugt wird."

Im Bereich der Friedenssicherung, so fuhr Häber fort, gebe es in der Bundesrepublik „ein großes Defizit" und einen Mangel an eigenen Initiativen. Er kritisierte „großdeutsche Sprüche" und „gezielte Attacken gegen die DDR und ihre Verbündeten".

Ein ideologiefreier „Kontakt-Engel" ist Häber also gewiß nicht. Vielmehr folgt seine Kritik durchaus folgerichtig der vom Chefideologen Kurt Hager im Bericht des Politbüros bekräftigten Erinnerung an die Geraer Grundsatzforderungen Honeckers: „Feststellung des Verlaufs der Elbgrenze, Auflösung der Erfassungsstelle in Salzgitter, Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR".

Damit sind die Grenzpfähle der Zusammenarbeit abgesteckt. In ihrem Rahmen aber bejaht auch Hager – ebenso wie das von Honecker protegierte Politbüromitglied Egon Krenz auf dem Westberliner SED-Parteitag – den Willen zu „guter Nachbarschaft".

Die weiteren Veränderungen in der Zusammensetzung des Politbüros haben damit sicher keinen unmittelbaren Zusammenhang. Immerhin ist Honeckers Position auch durch die Berufung der „Technokraten" Werner Jarowinsky (55) und Günther Kleiber (53), sowie des Chefredakteurs des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland", Günter Schabowski (55), gestärkt worden. Und von Jarowinsky und Kleiber ist durchaus anzunehmen, daß sie in Übereinstimmung mit dem obersten Wirtschaftsexperten Günter Mittag der Kooperation mit Bonn aus ökonomischen Motiven positiv gegenüberstehen.

Ein großes Fragezeichen hingegen bleibt die Haltung Moskaus. Als Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in der letzten Woche gegenüber Andrej Gromyko im Kreml die „konstruktive Entwicklung der Beziehungen" zwischen Bonn und Ost-Berlin rühmte, unterschlug die „Prawda" diesen Satz.

Etats der Kommunen „insgesamt positiv"

Waffenschmidt: Auswirkung der Konsolidierungspolitik

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die Bundesregierung wird grundsätzlich keine neuen kostenwirksamen Gesetze mit wesentlichen finanziellen Auswirkungen zu Lasten der Kommunen beschließen. Dies ist eine wesentliche Aussage in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage von Abgeordneten der Koalitionsparteien zur Lage der Städte, Gemeinden und Kreise. Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Horst Waffenschmidt, dazu ergänzend mitteilte, mache die Antwort „die insgesamt positive Entwicklung der kommunalen Haushalte im letzten Jahr deutlich".

So sind nach den „Haushaltsdaten der Gebietskörperschaften", wie sie die hundertseitige Antwort darlegt, die Einnahmen der Gemeinden von 145 Milliarden Mark im Jahre 1982 auf 150,4 Milliarden Mark im Jahre 1983 angestiegen. Die Steuereinnahmen hätten sich danach im gleichen Zeitraum von 47 auf 49,5 Milliarden Mark erhöht, die Ausgaben seien von 152.7 auf 151,6 Milliarden Mark gesunken. Zu berücksichtigen ist bei den Einnahmen 1983 allerdings eine besorgniserregende Zahl: Die „Veräußerungserlöse", sonst um die fünf Milliarden Mark pro Jahr bei den Gemeinden, sind auf 25 Milliarden Mark hochgeschnellt – ein Zeichen der angestrengten Bemühungen, ausgeglichene Haushalte vorzulegen, und sei es mit dem Verkauf von Grundbesitz.

Was die Kommunalfinanzen betrifft, so verspricht die Bundesregierung in der Antwort auf die Große Anfrage nun, bei Steuerrechtsänderungen überproportionale Ausfälle der Länder und Gemeinden auszugleichen, „sofern die Finanzausstattung von Bund, Ländern und Gemeinden dies begründet". Ferner wird versprochen, daß weitere Eingriffe in die Gewerbesteuer in dieser Legislaturperiode zu Lasten der Gemeinden nicht zur Diskussion stehen. Ohne ein Konzept für die Neuordnung des Gemeindefinanzsystems, so heißt es, dem die Betroffenen zustimmen könnten, käme ein solcher Eingriff auch nicht in Betracht.

Insgesamt sollen Ländern und Gemeinden nach dem Willen der Bundesregierung, so betonte Staatssekretär Waffenschmidt vor der Presse in Bonn, „Handlungsspielräume zurückgegeben werden, die in der Vergangenheit durch ausufernde Rechtsetzung mit perfektionistischen Detailregelungen verlorengegangen sind". Als erster Schritt auf diesem Wege sei die inzwischen beschlossene Maßnahme zur Entbürokratisierung, Rechts- und Verwaltungsvereinfachung anzusehen, die vor allem im Baurecht zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung beitragen werde.

Die „insgesamt positive" Entwicklung der kommunalen Haushalte, so stellt Waffenschmidt fest, sei entscheidend auf die von der Bundesregierung eingeleitete Konsolidierungspolitik zurückzuführen.

Insgesamt nimmt die Antwort auf die Große Anfrage zu 47 kommunalpolitischen Einzelfragen Stellung. Wo die Grenzen der Hilfe des Bundes für die Kommunen verlaufen, wird bei der Erörterung um die Fortführung der Gemeindefinanzierungsreform von 1969 deutlich. Hier heißt es in dem hundertseitigen Antwort-Bericht unter Bezugnahme auf Mehreinnahmen von 1,2 Milliarden von Ländern und Gemeinden durch Steigerung des Anteils an der Umsatzsteuer für 1984 und 1985: „Hiermit ist die Bundesregierung bis an die Grenze ihrer haushaltwirtschaftlichen Möglichkeiten gegangen."

Haussmann: NRW hat vorerst den Vorrang

Sein Ziel: Rückkehr der FDP in Düsseldorfer Landtag

STEFAN HEYDECK, Bonn

Nach seiner Wahl zum Generalsekretär der FDP auf dem Parteitag der Liberalen am Freitag in Münster will Helmut Haussmann sich verstärkt um die Landesverbände kümmern. Ein entsprechendes „Angebot" will er insbesondere der nordrhein-westfälischen FDP machen. Gestern meinte Haussmann mit Blick auf die Landtagswahlen im einwohnerstärksten Bundesland, es sei sein „Hauptziel", den dortigen Liberalen bei der Rückkehr in den Düsseldorfer Landtag „zu helfen". Denn an diesem Wahlausgang „werden wir gemessen". Deshalb wolle er auch zur Vorbereitung und Unterstützung sich von einer Gruppe von sechs FDP-Politikern aus der Bundes- und Landespartei beraten lassen.

Haussmann räumte ein, daß es gerade in Nordrhein-Westfalen für die Partei Probleme gebe. So müßten führende Repräsentanten wie Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, Staatsminister Jürgen Möllemann und die bisherige Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer einen größeren Beitrag zur Unterstützung ihres Landesverbandes leisten.

Der von Genscher als Generalsekretär nominierte Haussmann, der bereits stellvertretender baden-württembergischer FDP-Chef ist, begründete dies damit, daß diese Hilfe der Bundespartei bei den letzten Stuttgarter Landtagswahlen nicht ausreichend gewesen sei. Die baden-württemberger Liberalen hätten „darunter gelitten". So hätten sie mit ihrem Wahlkampfprogramm auf die „alten, klassischen Themen" gesetzt, während „in Bonn weiterregiert" worden sei. Das hätte dazu geführt, daß sich Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) als Landesvater hätte profilieren können. Deshalb solle jetzt die Bundes-FDP bei ihren politischen Entscheidungen zum Beispiel auf nordrhein-westfälische Belange „Rücksicht nehmen", weil die beiden „Großparteien" den bevorstehenden Landtagswahlkampf offensichtlich zu einem „Bundstagswahlkampf" machen wollten.

Insgesamt gehe es darum, die Organisation so zu gestalten, daß es zu einer „viel engeren Verknüpfung" der politischen Führung in Bonn und den Landesverbänden komme. Die „Darstellungsmöglichkeiten" der Liberalen besonders auch in den Ländern, in denen sie nicht mehr in den Landtagen vertreten sind, müßten verbessert werden. „Ganz wichtig" sei es auch, daß die Bundestagsfraktion und die Partei wieder aneinander herangeführt würden. Haussmann zur Situation der FDP insgesamt: „Das Mißtrauen muß raus." Er begrüßte es deshalb ausdrücklich, daß die Landesvorsitzenden „voll antreten". Sie wollten, das habe sich auf den letzten Sitzungen gezeigt, gemeinsam erreichen, daß die Liberalen bei den nächsten Wahlen wieder in den Bundestag und die Landtage zurückkehren.

Zu der neuen Parteiführung, die in Münster gewählt werden soll, meinte Haussmann, es gebe „eine gewisse Gleichwertigkeit" der Kandidaten. So sei es von Vorteil, daß allein fünf der Bewerber für das elfköpfige Präsidium „um die 40 Jahre alt sind". Diese Verjüngung mache die Umsetzung der von Genscher angekündigten „Politik der Erneuerung eher leichter". Dies sei für ihn eine „reizvolle Sache auch in einer schwierigen Lage". Allerdings müsse der FDP klar sein, daß sie ihre Erneuerung „nicht gegen, sondern nur mit dem Vorsitzenden" verwirklichen könne. Deshalb dürfe es nicht der Umgangsstil sein, daß die Basis nur Kritik an dem Parteichef übe.

„Klassisches Widerstandsrecht ist auf Rechtsstaat nicht anwendbar"

Tagung in Berlin zum Thema „Dialektik von Bürgergehorsam und Widerstand"

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Vierzig Jahre nach dem Scheitern des deutschen Widerstandes gegen Hitler am 20. Juli 1944 ist in der Bundesrepublik eine heftige Diskussion über Fragen des Widerstandsrechts entbrannt. Die Thematik hat sich freilich geändert. Dies wurde auf einer Tagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in Berlin aus Anlaß der tragischen Ereignisse vor nunmehr 40 Jahren deutlich. Die „Dialektik von Bürgergehorsam und Widerstand", die Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit des zivilen Ungehorsams, stand im Mittelpunkt der Erörterungen.

Es war des Verdienst des Historikers Hans Mommsen, daß er in einem einleitenden Referat eine scharfe Trennung zwischen der Widerstandsbewegung gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und Formen des zivilen Ungehorsams der Gegenwart zog. Es sei „höchst problematisch", wenn man versuche, den Widerstand gegen Hitler mit dem zivilen Ungehorsam auf eine Stufe zu stellen. Das Recht des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft sei unbestritten. Hier habe es sich um die „klassische Form" des Widerstandsrechts gehandelt. Auf den freiheitlichen Rechtsstaat der parlamentarischen Demokratie sei das klassische Widerstandsrecht aber nicht anwendbar. Mommsen wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß bei der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 weniger das realpolitische Kalkül, sondern vielmehr die Auffassung im Vordergrund gestanden habe, daß mit dem Aufstand gegen Hilter „ein Zeichen" gesetzt werden solle.

Mit einem ähnlichen Argument versuchten allerdings auch die Befürworter des zivilen Ungehorsams die tatbestandliche Normverletzung zu rechtfertigen. Sie habe ihrem Wesen nach „appellativen Charakter". Im Akt des zivilen Ungehorsams appelliere eine Minderheit an die Mehrheit auf der Basis eines vorausgesetzten verfassungsethischen Grundkonsens, in einem bestimmten Punkt ihre rechtlichen und moralischen Auffassungen zu überprüfen, erklärte der Göttinger Staats- und Verfassungsrechtler Ralf Dreier. Ziviler Ungehorsam sei rechtlich gerechtfertigt, wenn durch ihn gegen schwerwiegendes Unrecht protestiert werde und der Protest verhältnismäßig sei. Normverletzungen unter diesen Bedingungen seien auf Grund der verfassungsrechtlich geschützten Meinungs- und Versammlungsfreiheit grundrechtlich gerechtfertigt.

Auf welchen bedenklichen Weg sich die Befürworter des zivilen Ungehorsams damit begeben, war in der Diskussion nicht zu überhören. „Unter welchen Bedingungen hätten die Mehrheitsentscheidungen überhaupt noch einen Sinn, wenn in einer komplizierten technisch-wissenschaftlichen Welt hochaktive, informierte Minderheiten in zunehmendem Maße nicht informierten Mehrheiten gegenüberstünden?" wurde aus dem Auditorium gefragt. Diese elitäre Auffassung der höheren und besseren Einsichten, mit denen die Vertreter des zivilen Ungehorsams Normverletzungen zu rechtfertigen versuchen, sind freilich nicht neu. So konnte es denn auch nicht überraschen, daß beispielsweise durch die angeblich besseren Einsichten hochaktiver Minderheiten die Aktivitäten solcher Gruppen gegen die Errichtung der Frankfurter Startbahn West und die Friedensbewegung angeführt wurden.

Demgegenüber sprach sich der Göttinger Verfassungsrechtler Christian Starck eindeutig gegen zivilen Ungehorsam aus. Der Bürger schulde auch dem unpopulären Gesetz Gehorsam. Er wandte sich in diesem Zusammenhang gegen die von den Befürwortern der Normverletzung gemachte Unterscheidung zwischen Kritik und Verweigerung. Der Staat schütze die Kritik, sei aber auf Gesetzesgehorsam angewiesen. Ziviler Ungehorsam sei auch nicht Widerstand im Sinne des klassischen Widerstandsrechts. Es bestehe faktisch keine rechtliche Möglichkeit Gesetzesverstöße zu rechtfertigen. Wer mit moralischen Argumenten Normverletzungen zu rechtfertigen versuche, beschwöre die Gefahr herauf, das Friedensziel des Staates zu untergraben.

Spezielles Gesetz soll MAD-Arbeit regeln

Die Höcherl-Kommission legt Abschlußbericht vor

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Arbeit des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) sollte durch ein spezielles Gesetz geregelt werden. Diesen Vorschlag hat die unabhängige Sachverständigenkommission unter Vorsitz des früheren Bundesinnenministers Hermann Höcherl in ihrem Abschlußbericht unterbreitet, in dem sie – ausgehend von der Affäre um General Kießling – Mängel bei dem Nachrichtendienst beschreibt. In Regierungskreisen wird damit gerechnet, daß diese Empfehlung auch Diskussionen über die Notwendigkeit eines Gesetzes für den Bundesnachrichtendienst (BND) auslösen wird.

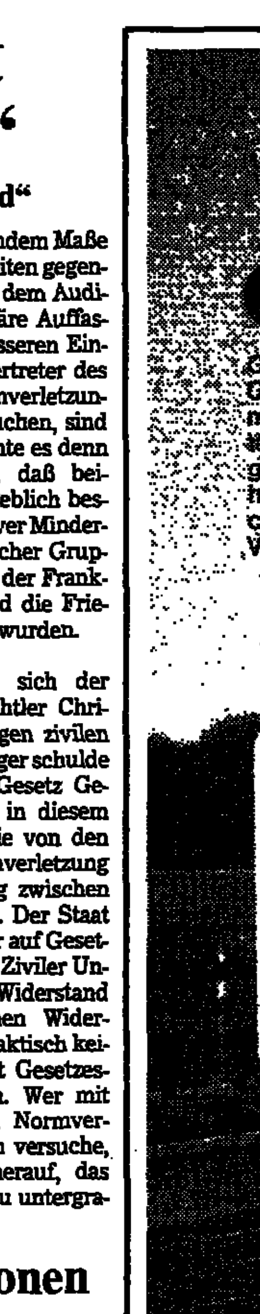
Neben einer gesetzlichen Rechtsgrundlage schlägt die Höcherl-Kommission weitreichende Strukturänderungen beim MAD vor, insbesondere eine Neuordnung der Informationswege. Danach soll der MAD direkt einem Staatssekretär auf der Hardthöhe zugeordnet werden, dem ein Kontrollgremium aus Zivilisten und Militärs dafür zur Verfügung gestellt werden soll. Neue Planstellen sind dafür nicht erforderlich. Außerdem sollen die verschiedenen MAD-Gruppen ihre Arbeit „straffen". Die Kommission hat festgestellt, daß es zum Beispiel zwischen einem ermittelnden Feldwebel des MAD und dem Minister, der letztlich dessen Ergebnisse rechtlich und politisch gewichten muß, 18 Zwischenstationen eingebaut sind. Eine „innere Revision" soll dafür sorgen, daß die Zustände innerhalb des MAD geordnet bleiben. Die Unabhängigkeit der dafür verantwortlichen Zivilisten soll unter anderem durch die direkte Zuordnung zur Amtsleitung sichergestellt werden. Die Höcherl-Kommission ist der Meinung, daß auch weiterhin ein Offizier an der Spitze des MAD stehen soll und plädierte für eine Höherdotierung, was besagt, daß künftig ein Generalmajor MAD-Chef sein soll. Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner folgt, wie es in Regierungskreisen heißt, den Grundlinien des Höcherl-Berichts. Er will dessen Vorschläge zunächst in der Parlamentarischen Kontrollkommission erörtern und dann Entscheidungen treffen. In der Frage eines MAD-Gesetzes ist das Votum des Kanzlers entscheidend, da hierdurch automatisch die Frage nach einem BND-Gesetz aufgeworfen werden dürfte.

Christen betonen gemeinsame Verantwortung

AP, Fulda

Als Mitglied einer Delegation des Deutschen Evangelischen Kirchentages hat sich der künftige Bundespräsident Richard von Weizsäcker am Wochenende in Eisenach aufgehalten. Nach Berichten der Kirchentagspressestelle in Fulda soll das Hauptthema der Beratungen mit Vertretern des Evangelischen Kirchentages in der „DDR" die gemeinsame Verantwortung der evangelischen Kirchen in beiden Staaten Deutschlands für den Frieden gewesen sein. Man habe darin übereingestimmt, daß die Kirchentage des Jahres 1983 als Ermutigung und Verpflichtung zu betrachten seien und angesichts der besonderen Gefahren der Gegenwart auch von den Kirchentagen alles getan werden müsse, um den Dialog zu fördern und Mißtrauen abzubauen.

Auf seiten der Bundesrepublik nahmen an den Gesprächen neben Weizsäcker unter anderem Kirchentagspräsident Wolfgang Huber sowie die Präsidiumsmitglieder Klaus von Bismarck, Hildegard Hamm-Brücher, Konrad Raiser und Eleonore von Rotenhan teil. Der Evangelische Kirchentag in der „DDR" war unter anderem durch seinen Vorsitzenden Bernhard Opitz vertreten.





Einigung in Paris über Hubschrauberprojekt

Gipfel: Hernu und Wörner unterzeichnen Abkommen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Das seit Jahren zwischen Industriellen und militärischen Stäben beider Länder vorbereitete Abkommen über den Bau eines gemeinsamen Panzerabwehrhubschraubers für die 90er Jahre ist von den beiden Verteidigungsministern Hernu und Wörner am Montagnachmittag im Pariser Verteidigungsministerium unterzeichnet worden.

Es ist das erste große gemeinsame Rüstungsvorhaben beider Länder seit dem Bau des Erdkampf- und Schulflugzeuges „Alpha-Jet" und dem Scheitern eines Planes zum Bau eines deutsch-französischen Kampfpanzers.

Beide Regierungen messen der Vereinbarung großen Symbolwert für die deutsch-französische Zusammenarbeit auf rüstungstechnischem und bündnispolitischem Gebiet bei und sehen in ihm einen wichtigen Schritt auf dem Wege zu einer selbständigeren europäischen Verteidigung. Der Unterzeichnungsakt war auch Höhepunkt des 43. deutsch-französischen Gipfels, der am Nachmittag mit einem Vier-Augen-Gespräch zwischen Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl im Elysee-Palais begonnen hatte.

Mit dem Abkommen geben sich die Streikräfte beider Länder ein modernes, schnell bewegliches, wetter- und tageslicht-unabhängiges Mittel zur Bekämpfung sowohl feindlicher Hubschrauber wie vor allem feindlicher Panzerkeile in die Hand. Der Bedarf beider Armeen wird vorerst mit 527 Hubschraubern angegeben, davon 212 für die Bundeswehr, lieferbar bis Ende 1992 und 315 für das französische Heer, das schon ein Jahr früher beliefert werden soll. 75 Exemplare will die französische Armee in einer Anti-Hubschrauber-Version haben, da sie der Ansicht ist, daß Panzerabwehrhubschrauber auch gegen feindliche Abwehr aus der Luft geschützt werden müssen.

Frankreich will mit dem neuen Helikopter vor allem seine in Aufstellung begriffene „schnelle Eingreifstreitkraft" (FAR) ausstatten, die mit vier aeromobilen Divisionen in Ost-Frankreich als strategische Reserve der NATO stationiert wird.

Das Projekt drohte bis zuletzt an zwei Hindernissen zu scheitern: dem Wunsch der Deutschen, ein amerikanisches Nachtsichtgerät zum Einbau zu bringen, das dann wegen seines hohen Preises eliminiert wurde.

Auch die ursprünglichen finanziellen Forderungen des deutschen Partners der gemeinsamen Rüstungsholding Aero Spaciale, MBB, in Höhe von 900 Millionen DM für die Entwicklungskosten drohten zeitweilig das Projekt zum Scheitern zu bringen. Aber nach hartem Verhandeln vom Bonner Verteidigungsministerium konnten diese Kosten auf 475 Millionen heruntergedrückt werden. Hinter den Bemühungen der Hardthöhe stand die begründete Befürchtung, daß das Projekt bei solchen Kosten von den zuständigen Parlamentsausschüssen nicht genehmigt worden wäre.

Ägypten profitiert vom Krieg am Golf

Mehr Waffen für Bagdad und mehr Geld für Sinai-Öl

PETER M. RANKE, Kairo

Unter den 30 bis 35 Frachtern, die jetzt wieder täglich vor dem jordanischen Hafen Aqaba auf Entladung warten, sind auch zwei ägyptische. Fast alle anderen Schiffe sind aus dem Ostblock. Sie bringen Waffen und Nachschub für den Golfkrieg.

Tag und Nacht rollen die Güter auf schweren Lkw von Aqaba nach Bagdad und an die irakische Front. Auch die Ägypter schicken über diesen Weg oder über Kuwait Waffen nach Irak. „Wir wissen, daß die Sowjets den Hahn für Irak groß aufgedreht haben. Da können wir natürlich nicht mithalten", sagt ein ägyptischer Wirtschaftsexperte.

Ägyptens Rüstungsindustrie und die Armee haben im letzten Jahr rund eine Milliarde Dollar an den Waffenlieferungen für Irak verdient. Bezahlt wird in bar von Saudi-Arabien und Kuwait, denn die Bagdader Kriegskasse ist leer. Und geliefert wird aus Kairo alles: vom Maschinengewehr bis zum nachgebauten Sowjetpanzer T-55 aus Rumänien oder Sam-7-Raketen gegen Tiefflieger.

Ägypten ist über die Waffenlieferungen indirekt am Golfkrieg beteiligt, so wie Jordanien. Da sich die Armee von 400 000 Mann mitten in der Umrüstung auf westliche Waffensysteme befindet und bisher schon 650 amerikanische M-60-Panzer eingetroffen sind, kann die Armee ausgemusterte sowjetische Waffen in Mengen abgeben und gegen Öl-Dollar an Irak liefern. Die eigene Rüstungsindustrie liefert vor allem Munition.

„Wir sind über den Krieg am Persischen Golf zwar besorgt", erklärt ein ägyptischer Diplomat, „aber das ist jetzt vor allem ein Ölkrieg. Und Öl haben wir genug." Natürlich hofft Kairo nicht nur auf weitere Rüstungsverkäufe an Irak, sondern auch auf das Steigen der Ölpreise infolge der Luftangriffe auf die Supertanker im Golf. Ägypten will 1985 täglich eine Million Barrel Öl fördern. Zur Zeit sind es rund 750 000 Barrel, von denen aber bei dem hohen Eigenbedarf nur ein Drittel für den Export zur Verfügung stehen.

Durch den Ausbau der Pipeline Suez–Mittelmeer soll die Kapazität von jetzt acht Millionen Tonnen jährlich auf zwanzig Millionen Tonnen bis 1986 gesteigert werden. Dabei kommt Ägypten auch den irakischen Plänen für einen gesteigerten Rohöl-Export entgegen. Denn so kann irakisches Öl, das über eine neue Pipeline durch Saudi-Arabien schon nächstes Jahr zur Ölpier von Yanbu am Roten Meer gepumpt werden soll, leichter das Mittelmeer erreichen.

Eine weitere Pipeline ist bis nach Aqaba geplant. Aqaba liegt fünf Kilometer vom israelischen Hafen Eilat entfernt, von dort führt eine Pipeline in die Nähe von Aschdod zum Mittelmeer. Wenn die fünf Kilometer „politisch" überbrückt werden, kann irakisches Öl zum Mittelmeer fließen, und die Tanker sparen Zeit und Suezkanal-Gebühren. Angeblich will Washington Gespräche über dieses Projekt zwischen Israel und Jordanien vermitteln. (SAD)

Reagan vor herben Stunden in der alten Heimat

Protestwelle in Irland vor dem Besuch des amerikanischen Präsidenten / Befürchtungen der Regierung in Dublin

FRITZ WIRTH, London

Ein geruhsamer, sentimentaler Familientrip auf den Spuren Reagan'scher Ahnen sollte es werden und zugleich ein sanfter Start zu den Höhen des bevorstehenden Wirtschaftsgipfels – so war der Irlandtrip des amerikanischen Präsidenten vom 1. bis zum 4. Juni ursprünglich geplant. Doch inzwischen hat diese Reise in die Vergangenheit unversehens schrille Akzente erhalten.

Eine irische Protestlobby hat sich auf die Fährte des amerikanischen Präsidenten gesetzt. Sie will ihm ein paar herbe Stunden in der alten Heimat bescheren. Dieser Protest startete zuerst bei der politischen Linken des Landes, der „Workers Party", und schien zunächst nichts weiter zu sein als die Reaktion politischer Minderheiten, die solche Anlässe nutzen, sich in die Schlagzeilen zu bringen.

Politisch relevant wurde der Protest jedoch, als weite Teile der irischen Labour Party sich ihm anschlossen, die zur Stunde als Koalitionspartner der „Fine Gael"-Partei mit in der Regierungsverantwortung steht. Die Partei verabschiedete auf ihrem kürzlichen Parteitag eine Entschließung, die ihren Parteichef und stellvertretenden irischen Premierminister Spring festlegte, bei seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten offiziell gegen die amerikanische Politik in Mittelamerika und gegen die Nachrüstung in Europa zu protestieren.

Die irische Anti-Nuklearbewegung CND schloß sich behende dem Protest an. Ihre Vizepräsidentin Ruth FitzGerald forderte die Regierung auf, zu verhindern, daß der amerikanische Präsident jenes Spezialzubehör mit im Reisegepäck führt, das es ihm erlauben könnte, von irischem Boden aus einen Befehl zum Nukleareinsatz irgendwo in der Welt zu geben. Der Präsident der irischen Sektion von „Amnesty International", Sean MacBride, warf dem amerikanischen Präsidenten Verletzung von Menschenrechten vor und nannte den Einsatz amerikanischer Kriegsschiffe im Libanonkonflikt, die Invasion Grenadas und die Verminung von Häfen in Nicaragua „Akte des internationalen Terrorismus".

Diese Protestbewegung fand bald auch ein Echo im katholischen Klerus Irlands, der stark in der Missionsarbeit in Mittelamerika engagiert ist. So hat sich der Bischof von Galway, Eamonn Casey, von der Pflicht befreien lassen, dem amerikanischen Präsidenten bei seinem Besuch in Galway vorgestellt zu werden. Zugleich haben 75 Jesuiten-Priester den Klerus aufgerufen, allen öffentlichen Funktionen im Zusammenhang mit dem Präsidentenbesuch fernzubleiben. In einer Reihe irischer Kirchen wurden für die Dauer des Besuchs Nachtwachen für den Frieden angesetzt. Zwei Ehrendoktoren der Universität Galway haben ihre Doktortitel an die Universität zurückgegeben , weil diese Ronald Reagan die Ehrendoktorwürde verleiht.

Inzwischen haben fünf Abgeordnete des irischen Unterhauses, des „Dail", und sechs Senatoren dem irischen Senat angekündigt, daß sie der Rede des amerikanischen Präsidenten vor den Abgeordneten beider Häuser des irischen Parlaments am 4. Juni fernbleiben werden. Der irische Premierminister Garret FitzGerald stoppte ein mögliches Ausbreiten der Protestewelle in der eigenen Partei mit der Zusicherung, daß er die Bedenken irischer Bürger gegen die Mittelamerika-Politik der amerikanischen Regierung dem Präsidenten vortragen werde.

Die Regierung FitzGerald ist über diese Protestwelle besorgt, weil sie fürchtet, daß sie amerikanischen politischen „goodwill" für Irland beeinträchtigen könnte. Sie erwartet von Ronald Reagan vor allem öffentliche Unterstützung für die kürzlich von ihr vorgelegte neue Initiative zur Lösung des Ulster-Konflikts im „Irland Forum". Außerdem befürchtet sie, daß die bisher betont freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern leiden könnten. Es gibt in den Vereinigten Staaten über 40 Millionen Bürger irischer Abstammung, die dankbar sind, in Amerika eine neue Heimat gefunden zu haben und die durch anti-amerikanische Demonstrationen in ihrer alten Heimat peinlich berührt würden.

Die USA sind nach Großbritannien Irlands zweitwichtigster Handelspartner. Außerdem gibt es 350 amerikanische Firmen in Irland, die eine Gesamtinvestition von 4,6 Milliarden Dollar repräsentieren und 37 000 Iren Arbeitsplätze verschafft haben.

Personalien

PRÄSIDIALAMT

Mit der Verleihung der neugeschaffenen Sportplakette des Bundespräsidenten an 15 der ältesten deutschen Sportvereine verabschiedete sich Bundespräsident **Karl Carstens** auf dem Bundestag des Deutschen Sportbundes in Bad Homburg am Ende seiner Amtszeit als Schirmherr des deutschen Sports. Die Auszeichnung, die auch symbolisch für die über 4000 Sportvereine in der Bundesrepublik Deutschland erfolgte, die über 100 Jahre alt sind, stellt nach den Worten des Bundespräsidenten eine Würdigung des Breitensportes dar.

AUSZEICHNUNGEN

Dem Ordinarius für Netzwerktheorie und Schaltungstechnik der TU München, Professor Dr.-Ing. **Rudolf Saal**, wurde anläßlich des hundertjährigen Bestehens des Institute of Electrical and Electronics Engineers (IEEE), New York, die „IEEE Centennial Medal" verliehen. Saal, derzeitiger Vizepräsident der Circuits and Systems Society, erhielt die Auszeichnung für seine außerordentlichen wissenschaftlichen Leistungen auf dem Gebiet der Schaltungssynthese.

*

Der Berliner Politikwissenschaftler Professor **Richard Löwenthal** erhält den Waldemar-von-Knoerigen-Preis 1984. Die Auszeichnung ist nach dem langjährigen bayerischen SPD-Landes- und ehemaligen stellvertretendenden Bundesvorsitzenden **Waldemar von Knoerigen** benannt und wird von der Georg-von-Vollmar-Akademie vergeben.

*

Der Bremer Pastor **Ulrich Finckh** ist von der Humanistischen Union in München mit dem Fritz-Bauer-Preis ausgezeichnet worden. Damit soll seine Arbeit in der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen anerkannt werden. Der Preis wird am 23. Juni im Bremer Rathaus übergeben. Die Humanistische Union hat den Preis 1968 in Erinnerung an ihren Mitbegründer **Fritz Bauer** gestiftet, einen sozial engagierten Juristen, der lange als Generalstaatsanwalt in Hessen tätig war.

KIRCHE

Bundesernährungsminister **Ignaz Kiechle** ist von **Papst Johannes Paul II.** in einer Privataudienz empfangen worden. Bei dieser Gelegenheit übergab Kiechle dem Papst einen Gutschein über die Lieferung eines Traktors und anderer landwirtschaftlicher Geräte, die für ein Entwicklungsprojekt in der Dritten Welt verwendet werden sollen.

VERANSTALTUNG

Die Stadt Friedrichshafen hat den Luftfahrtpionier **Claude Dornier** anläßlich seines 100. Geburtstags gewürdigt. Bis zum 17. Juni zeigt das Städtische Bodensee-Museum in Friedrichshafen die Ausstellung „Hundert Jahre Claude Dornier".

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Bild der geteilten Nation

„Liegt bald der Deutschen Vaterland verzichtend zwischen Rhein und Elbe?"; WELT vom 11. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Artikel von Prof. Diwald sollte Anlaß zu einer breiten Aussprache über das „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" in Bonn sein. Hier sollten nicht nur Experten und Zeitgeschichtler mitsprechen. Diwald ist nach meiner Meinung darin recht zu geben, daß die meisten bisherigen Konzeptionsentwürfe nicht der Aufgabe entsprechen, auch der „Geschichte der geteilten Nation" gerecht zu werden.

Nicht zu folgen vermag ich Diwald in seiner Meinung, daß 1945 und nachher alles auf Zerstückelung und Zertrümmerung Deutschlands aus war. Dafür gab es zwar Pläne. Dem aber steht zur Zeit des Sieges der Alliierten bereits entgegen Art. 1 des Londoner Abkommens von 1944, die Berliner Erklärung der Besatzungsmächte vom 5. 6. 1945, sogar die Feststellung in Potsdam vom 17. 7. 1945, der Deutschlandvertrag 1952/54, insbesondere sein Art. 7, den die Ostverträge von August und November 1970 bestätigen, ja sogar die Erklärung von Gromyko zum Moskauer Vertrag vom 29. 7. 1970 (wie überhaupt die sowjetische Haltung zur deutschen Frage ambivalent und von den jeweiligen Möglichkeiten eigener Expansion bestimmt ist), die fortdauernden Verantwortlichkeiten der vier Mächte, die vom Bundesverfassungsgericht wiederholt bekräftigte fortdauernde Mitverantwortung der Bundesrepublik Deutschland für Deutschland als Ganzes und die Verpflichtungen des Grundgesetzes (was Kohl noch in der Regierungserklärung vom 4. 5. 1983 als die Deutschlandpolitik bestimmenden Faktoren bezeichnete).

Nicht zu folgen vermag ich auch der Kritik Diwalds dahingehend, als seien Jahrzehnte des Aufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland nicht eine durchaus zu würdigende Leistung für die Freiheit, für Deutschland und Europa. Adenauers Haltung in der deutschen Frage ist nicht ein Beispiel tiefster Erniedrigung, sondern zähen Ringens um berechtigte deutsche Interessen. McCloy hat einmal deutschen Parlamentariern plastisch geschildert, wie Adenauer ständig jedem – übrigens durch politische Fehlurteile bedingtem – Druck auswich, auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße zu verzichten.

Ein guter Anwalt der deutschen Sache sollte vorhandene gesamtdeutsche und freiheitlich-europäische Argumente und Fundamente weder verschleiern noch preisgeben, sondern ausbauen und bekanntmachen. Dies müßte dem Besucher allerdings auch im „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" plastisch vorgeführt werden, damit er die Verpflichtung dazu aus diesem Hause mitnimmt.

Dr. Herbert Czaja, MdB

Realitäten des Streiks

„Stuttgarter Joch"; WELT vom 22. Mai

Sehr geehrte Redaktion,

wenn der SPD-Vorsitzende Brandt den Vorsitzenden der IG Druck, Ferlemann, ausdrücklich gegen Kritik an dessen skandalösen Zensurbekenntnissen auf dem SPD-Parteitag in Schutz *nimmt, ist für mich nur noch* eine Schlußfolgerung möglich: Brandt hat sich – nach seinem de-facto-Ausstieg aus dem westlichen Bündnis (bei anhaltenden Lippenbekenntnissen) – nunmehr auch vom demokratischen Rechtsstaat verabschiedet!

Mit freundlichen Grüßen
W. Kurth, Magstadt

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine CDU-Landesregierung – hier: die Baden-Württembergs – wird in ihrer Rechtspolitik unglaubwürdig, wenn sie es, vermutlich aus Opportunismus, zuläßt, daß in Verbindung mit dem Druckerstreik in Stuttgart-Möhringen radikalisierte Minderheiten das Grundgesetz mit Füßen treten und schwere Rechtsbrüche gegenüber der persönlichen Integrität von Mitbürgern begehen können, ohne daß die Polizei eingreift.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. J.-R. Groth, Gschwend

Sehr geehrte Damen und Herren,

über die Darstellung der IG-Metall Funktionäre von friedlichen Streikaktionen der IG-Metall kann ich nur sagen, daß die Wirklichkeit etwas anderes aussagt.

Die Gewerkschaften protestieren gegen die Aussperrungen der Unternehmerverbände, doch ihre Aussperrung soll hingenommen werden. Mehr noch – sie sei als Streikrecht anzusehen.

Arbeitswillige wurden, als sie am Mittwoch, dem 23. Mai 1984, zum erstenmal in dieser Woche das Werk betreten durften, beim Passieren der „Streikpostengasse" beschimpft. Mir wurde gedroht: „Komm' du nur wieder in die Firma, wenn wir auch wieder da sind, dann sollst du sehen, was passiert." Ein anderer Streikposten stellte, als ich an ihm vorbeigegangen war, mir ein Bein, so daß ich fast stürzte. Ein Mitglied dieser „Gassenmannschaft" krakelte: „Den hätten sie erschießen sollen." In der Mitte der „Gasse" stellte sich mir einer in den Weg, damit ich ihn wegschieben sollte. Ausweichen war nicht möglich, die „Gasse" war nur knapp einen Meter breit aber fünfzehn Meter lang.

Mit freundlichen Grüßen
W. Wenzel, Flörsheim

Verzicht ist kein Alibi

Der Verzicht auf eine Feierstunde im Deutschen Bundestag signalisiert einen nationalen Notstand: Europawahlen sind kein Alibi für erlahmenden Freiheitswillen und erfolglose Deutschlandpolitik.

Die Berliner Arbeiter des 17. Juni haben sich rückhaltlos für Deutschland und die Freiheit eingesetzt. Berlin bleibt exemplarisch für die Freiheit in Europa.

Prof. Volrad Deneke, Stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages, Bonn

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Befremden las ich Ihre Nachricht, die ich mir auf Seite 1 gewünscht hätte, daß im Bundestag keine Gedenkfeier zum Tag der deutschen Einheit gehalten wird!

Gerade zu den Europawahlen stünde es der Bundesregierung gut an, wenn sie die deutsche Geschichte nicht verleugnen würde. Wie kann man als Lehrer, allein auf weiter Flur, den Kindern Geschichtsbewußtsein vermitteln, wenn es hochdotierte Politiker vorziehen, jene Tage werbewirksam vor den Wahlurnen zuzubringen, anstatt das deutsche Volk, das sowieso immer lethargischer wird, mit der jüngeren Geschichte vertraut zu machen?

B. Lungmus, Samerberg

*

Der Ältestenrat im Deutschen Bundestag hat beschlossen, in diesem Jahr die Gedenkstunde zum Tag der deutschen Einheit am 17. Juni ausfallen zu lassen. Dieser Beschluß wird mit den Wahlen zum Europäischen Parlament begründet.

Stellt allein schon dieser Wahltermin einen Anschlag Westeuropas auf den Tag der deutschen Einheit mit seinem völkerrechtsbegründeten Anspruch dar, so muß das beschlossene Ausfallen der Gedenkstunde zugunsten einer in freier Selbstbestimmung herzustellenden Einheit Deutschland des deutschen Parlamentes am 17. Juni 1984 jedem die politische Abkehr von unserem Grundgesetz unleugbar verdeutlichen. Damit könnte zu keiner Zeit und an keinem Ort mehr der Tag des Inkrafttretens des Grundgesetzes an das Wiedervereinigungsgebot erinnern, da das Rechtswerk wie sein Gebot außer Kraft wären.

Solange unser Grundgesetz jedoch das staatliche Leben der Bundesrepublik Deutschland ordnet, ist die Prämisse „vor Gott und den Menschen, die staatliche und nationale Einheit des Deutschen Volkes zu wahren".

Hochachtungsvoll
Manfred Plöckinger, Berlin 31

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Es gibt keinen, der nicht in irgend etwas der Lehrer des andern sein könnte, und jeder, der andere übertrifft, wird selbst noch von jemandem übertroffen werden. Von jedem Nutzen zu ziehen verstehen, ist ein nützliches Wissen. Der Weise schätzt alle, weil er in jedem das Gute erkennt und weiß, wieviel dazu gehört, eine Sache gut zu machen. Der Dumme verachtet alle, weil er das Gute nicht kennt und das Schlechtere erwählt."

Balthasar Gracian, span. Moralphilosoph (1601–1658)

Im Umweltschutz gehen wir voran:

Jetzt müssen alle Europäer mitmachen.

Der Mensch ohne Natur, der Mensch in Beton. Ohne Bäume. Ohne Wald. Eine grauenvolle Vorstellung.

Der deutsche Wald ist nicht nur eine Sache für das deutsche Gemüt. Wir brauchen die Natur. Wir müssen unseren Wald gesundmachen.

Die SPD hat dem Waldsterben jahrelang zugesehen. Die Regierung Helmut Kohl hat sofort gehandelt.

Die Vorschriften für Industrieabgase wurden drastisch verschärft. Bleifreies Benzin wird ab 1.1.1986 eingeführt. Aber unsere Umweltprobleme lösen wir nicht allein an unseren Schornsteinen, nicht allein an unseren Autos. Unsere Nachbarn müssen mitziehen.

Wer ja sagt zum Umweltschutz, muß auch ja zu Europa sagen. Wählen Sie Europa. Wählen Sie CDU.



El Salvador schickt keinen Militärattaché

AP, Bonn

El Salvador hat offensichtlich nicht die Absicht, in seiner Bonner Botschaft den Posten eines Militärattachés einzurichten. Dies ist dem Bonner Auswärtigen Amt signalisiert worden. Ein Sprecher sagte gestern, es liege kein Antrag der salvadorianischen Regierung auf Einrichtung eines Militärattaché-Stabes vor. Noch in der vergangenen Woche hatte es geheißen, die Regierung in El Salvador wolle Nicolas Carranza zum Militärattaché in der Bundeshauptstadt benennen. Er ist als bisheriger Chef der Zollpolizei des Landes rechtsextremistischer Aktivitäten verdächtigt worden. Es hieß, er habe bei den Aktivitäten der sogenannten Todesschwadronen in El Salvador eine führende Rolle gespielt. Gerüchten zufolge hatte der neue salvadorianische Präsident Napoleon Duarte die Absicht, Carranza als Militärattaché nach Bonn zu schicken. Das Auswärtige Amt: „Personen sind für die Botschaft nicht benannt worden.

Ärger über die Grüne Fraktion

dpa, Bonn

Die Stimmenthaltung der Grünen bei der Verabschiedung der Sacharow-Resolution am vergangenen Freitag im Bundestag ist bei Teilen der Grünen-Basis auf Verwunderung gestoßen. Der Abgeordnete Milan Horacek berichtete gestern in Bonn von einer Reihe empörter Anrufer, die sich dagegen gewandt hätten, daß die Fraktion der Sacharow-Resolution nicht zugestimmt hatte. Horacek begründete die Stimmenthaltung der Grünen damit, daß diese Resolution „zu diplomatisch" gewesen sei. Dagegen hätten die Grünen einen eigenen Antrag eingebracht, der „deutlicher, klarer und schärfer" gewesen sei.

Die Verwunderung, die sich in den zahlreichen Telefonaten deutlich dargestellt habe, sei offensichtlich auf eine unzureichende Berichterstattung über den eigenen Antrag zurückzuführen. Damit konnte Horacek allerdings nicht ganz verdecken, daß viele Anrufer nicht nur ihrer Verwunderung Ausdruck gegeben, sondern zugleich Empörung verdeutlicht hatten.

Italiens Gewerkschaften zeigen viel Augenmaß

„Arbeitnehmer könnten Lohnminderung hinnehmen"

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Mit großer Aufmerksamkeit, aber offenbar ohne die Absicht, in absehbarer Zeit eine ähnliche Konfrontation wie in der Bundesrepublik zu provozieren, verfolgt die italienische Gewerkschaftsbewegung die deutsche Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung. Alle drei großen Gewerkschaften des Landes bekennen sich zwar zum „strategischen Ziel" der 35-Stunden-Woche auf europäischer Ebene, weisen jedoch auf die „besondere Lage" Italiens hin, die nur eine „artikulierte" Reduzierung der Wochen-Arbeitszeit zulasse.

Die kommunistisch-sozialistische Confederazione Generale Italiana del Lavoro (CGIL) als die größte Gewerkschaft des Landes hält jeden Versuch zur generellen Durchsetzung der 35-Stunden-Woche zum jetzigen Zeitpunkt für unangebracht. Sie plädiert für Teillösungen, die auf die Produktivität und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Industrie Rücksicht nehmen müßten. Ein CGIL-Sprecher erklärte gegenüber der WELT, bei den nächsten Tarifverhandlungen müsse geprüft werden, wo und in welchem Ausmaß eine Arbeitszeitverkürzung ohne wirtschaftichen Schaden möglich sei.

Eine ähnliche Position hat die sozialistisch geführte Unione Italiana del Lavoro (UIL) bezogen, in der neben sozialistischen auch sozialdemokratische und republikanische Arbeitnehmer vertreten sind. Verbandssekretär Silvano Veronese legte einen Bericht vor, in dem es heißt: „Die Arbeitszeitverkürzung kann und darf nicht unterschiedslos und gleichzeitig in allen Sektoren verwirklicht werden. Nur parallel zur Produktivitätssteigerung kann sie ohne Kompromittierung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Produktionssystems realisiert werden."

Den in gewisser Hinsicht radikalsten Standpunkt nimmt die christdemokratische Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori (CISL) ein. Auf einer Funktionärstagung in Sorent setzte sich in dieser Gewerkschaft die Überzeugung durch, daß mit der sofortigen Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden der Hebel zur Entwicklung der Beschäftigungspolitik angesetzt werden müsse. Um den gewünschten Erfolg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu haben, müsse man schlagartig und landesweit handeln. Allerdings räumt die CISL im Gegensatz zu den anderen beiden Gewerkschaften ein, daß die Kosten für die Arbeitszeitverkürzung vom Arbeitnehmer mitgetragen werden müßten.

Mario Colombo, einer der Funktionäre, die die Tagung von Sorent leiteten, erklärte dieser Tage : „Die Entwicklung der Wirtschaft und der neuen Technologien tendiert zur Reduzierung der Arbeitsplätze, besonders in der Industrie. Der grundlegende Unterschied zu den Erfahrungen früherer Jahre besteht darin, daß seinerzeit mehr Investionen mehr Beschäftigung bedeuteten, heute dagegen das Verhältnis umgekehrt ist: Mehr Investitionen , bedeutend weniger Beschäftigung" – durch mehr Automation.

Dieser Tendenz ist nach Ansicht der CISL nur durch allgemeine Arbeitszeitverkürzung zu begegnen. Eine schrittweise oder nur auf gewisse Sektoren beschränkte Reduzierung habe keinen Sinn, da dadurch, wenn überhaupt, viel zu wenig Arbeitsplätze frei würden.

Was die Kosten für die generelle und sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche angeht, erklärte Colombo: „In erster Linie muß die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit Hand in Hand gehen mit einer intensiveren Nutzung der Industrieanlagen und mit einer Steigerung der Produktivität ... Außerdem sagen wir nicht, wie die deutschen Gewerkschaften: 35 Stunden, aber 40 bezahlt!, sondern wir treten dafür ein, daß die Finanzierungskosten für diese Operation durch eine Vereinbarung zwischen Betrieben, Staat und Arbeitnehmern von allen drei Partnern mitgetragen werden." Die Arbeitnehmer könnten jedenfalls eine gewisse Lohnminderung hinnehmen.

Der ganze Komplex der Arbeitszeitverkürzung ist innerhalb der Gewerkschaftsbewegung noch keineswegs ausdiskutiert. Gewerkschaftsthema Nummer eins in Italien bleibt vorläufig die „Scala Mobile" ,die gleitende Lohnskala, deren von der Regierung verfügte Verlangsamung tiefgehende innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten provoziert hat.

Paris nimmt Abstand von den Sandinisten

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die französische Regierung teilt nicht amerikanische Auffassungen, wonach das sandinistische Regime in Nicaragua vor dem Zusammenbruch stehe und nur noch einen kleinen Teil des Landes um die Hauptstadt Managua kontrolliere. Statt dessen liegen in Paris Informationen vor, wonach die gegenerischen „Contras" untereinander über das weitere Vorgehen nicht einig sind. Der amerikanische Geheimdienst CIA soll Druck auf den im Süden operierenden Chef der revolutionär demokratischen Aktion (ARDE), Eden Pastora, ausgeübt haben, sich mit der im Norden von Honduras aus kämpfenden nationaldemokratischen Bewegung (MDN) zu einer Zangenbewegung gegen Managua zusammenzutun, was Pastora aber aus „ethischen Gründen" ablehnt. In dieser Lage hat Präsident Mitterrand seinen Sonderberater für lateinamerikanische Angelegenheiten, Regis Debray, vor einiger Zeit nach Managua entsandt. Debray hat der Junta eindringlich nahegelegt, die Guerrilla-Bewegung im benachbarten El Salvador nicht weiter zu unterstützen und dadurch den USA einen der Hauptgründe zur Unterstützung der „Contras" zu nehmen. Andernfalls sehe Frankreich sich gezwungen, seine politische und materielle Unterstützung für das sandinistische Regime zurückzuziehen. Ferner hat Debray auf die Notwendigkeit von Wahlen hingewiesen, die die Sandinisten für November versprochen haben, ohne sehr viel Liebe dafür verspüren zu lassen.

In Paris ist sowohl die Regierung wie die Sozialistische Partei inzwischen deutlich von den Sandinisten abgerückt. Man wirft ihnen einen „Hang zum Totalitarismus" und Unterdrückung der Opposition vor, die mit den Spielregeln der Demokratie nur wenig zu tun hätten. Eine Fortsetzung dieses Kurses werde, so die Sozialistische Partei in Paris, unvermeidlich zu einer Annäherung an Kuba und damit Moskau führen. Im Einvernehmen mit der Sozialistischen Internationale (SI) hat Paris Managua daher wissen lasssen, daß man nur noch helfen werde, wenn Nicaragua den „dritten Weg" einer sozialistischen Demokratie zwischen Unterwerfung unter die USA oder Moskau gehe. Dieser dritte Weg aber führe nur zu freien demokratischen Wahlen.

Botha wirbt in Europa für seine neue Politik

Wieder mehr Einfluß für den Westen im südlichen Afrika

MANFRED NEUBER, Kapstadt

Mit verhaltener Genugtuung tritt P.W. Botha als erster Ministerpräsident seit der internationalen Ächtung Südafrikas wegen seiner Apartheid-Politik in dieser Woche eine ausgedehnte Europareise an. Am Kap herrscht gute Hoffnung, daß in der westlichen Welt der Reformkurs im Inneren und der Entspannungsprozeß im südlichen Afrika anerkannt und zu einer Änderung in der Haltung gegenüber Pretoria führen werden. Auf dasselbe Ziel richten sich jetzt verstärkte Bemühungen der Vereinigten Staaten.

Ohne das „konstruktive Engagement" der US-Regierung wären die überraschenden Entwicklungen der letzten Monate nicht möglich gewesen: Südafrikas Vereinbarungen mit Angola über die Truppenentflechtung, seine Abkommen mit Moçambique über Sicherheit und Zusammenarbeit so wie erste Kontakte zwischen den verfeindeten Kräften Namibias. Der amerikanische Unterhändler Crocker sondiert gerade in Afrika, ob die Unabhängigkeit für das frühere Deutsch-Südwest in absehbrer Zeit erreicht werden kann.

Die Voraussetzungen dafür haben sich verbessert. Durch das Erstarken der pro-westlichen Widerstandsbewegung Sawimbis in Angola, wodurch die namibische Swapo-Guerrilla im Nachbarland gelähmt ist, und die Fühlungnahmen in Lusaka zwecks einer Verhandlungslösung fällt es Südafrika leichter, bisher eherne Positionen zu überprüfen.

Wie inoffiziell verlautet, ist der vollständige Abzug der Kubaner aus Angola vor Namibias Unabhängigkeit möglicherweise nicht mehr unverzichtbare Voraussetzung – sofern ein fester Zeitplan für ihren Abzug fixiert wird.

Namibia wird bei den Gesprächen Bothas in Bonn, London und in anderen Hauptstädten Westeuropas eine vorrangige Rolle spielen. Südafrika ist der militärischen Opfer in Namibia und der finanziellen Bürde von jährlich rund 2,8 Mrd. DM überdrüssig. Seine Regierung wünscht eine baldige Lösung. Sie schielt aber nicht nach einem leichten Abgang, sondern sie nimmt die Verpflichtung ernst, durch freie und faire Wahlen das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung in Namibia zu gewährleisten. Das erfordert auch das legitime Sicherheitsinteresse Südafrikas.

Der Weg des Ministerpräsidenten nach Westeuropa führt über Lissabon. Als ehemalige Kolonialmacht in Angola und Maçambique hat Portugal hinter den Kulissen zu den Abmachungen mit Pretoria beigetragen. Aber erst die Einladung von Bundeskanzler Kohl öffnete die Tür aus der Isolation. Für Premierministerin Thatcher bestand danach kein triftiger Grund, den ehemaligen Commonwealth-Partner abzuweisen. London dürfte freilich die lautstärksten Proteste der Apartheid-Gegner erleben, zumal die radikale Opposition Südafrikas dort ihr Hauptquartier im Exil hat.

Uneingeschränkte Unterstützung für die Initiative in Europa versichert die liberale Opposition in Pretoria. Ihr bisheriger Führer und außenpolitischer Sprecher, Colin Eglin, sagte der WELT: „Dadurch können Mißverständnisse auf beiden Seiten ausgeräumt werden". Die Europäer sollten zur Kenntnis nehmen, welche Veränderungen in Südafrika in Gang gekommen seien, und die Regierungspartei müsse sich eingestehen, daß nicht alle Kritiker der Apartheid als Feinde Südafrikas zu verteufeln seien.

Aufgeklärte Politiker im Buren-Lager widersprechen nicht länger den englisch sprechenden Liberalen, die zwei politische Legenden Südafrikas für überholt erachten: Die Wächterfunktion für den Westen an der Kap-Route (die Sowjets hätten es anderswo leichter, die Ölzufuhr zu unterbrechen) und die vorgebliche kommunistische Einkreisung Südafrikas (vielmehr läuft das Roll-Back vom Kap mit Erfolg).

Aus Enttäuschung über den Ostblock, der nur den Afrikanern fremde Ideologie und Waffen liefert, setzte in den vergangenen Monaten ein Umdenken in den Nachbarstaaten Südafrikas ein. Dem Westen bietet sich vielleicht eine einmalige Chance, wenn er zum gemeinsamen Handeln mit Südafrika bereit ist. Günstigster Ausgangspunkt im Moment ist Namibia, das mit verhältnismäßig geringem Aufwand eine lebensfähige Demokratie werden könnte.

Plant der RIAS künftig auch Fernsehen?

dpa, Berlin

Der Berliner Hörfunksender RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) soll möglicherweise auch ein Fernsehprogramm erhalten. Diese Überlegungen würden zur Zeit in Berlin, Bonn und Washington angestellt, sagte der Intendant des Senders Freies Berlin (SFB), Lothar Loewe, gestern in einer Anhörung zum Kabelpilotprojekt vor dem Ausschuß für kulturelle Angelegenheiten des Berliner Abgeordnetenhauses. Die Gespräche sollen, wie es in Berlin hieß, gegenwärtig von „hochrangigen Persönlichkeiten" geführt werden.

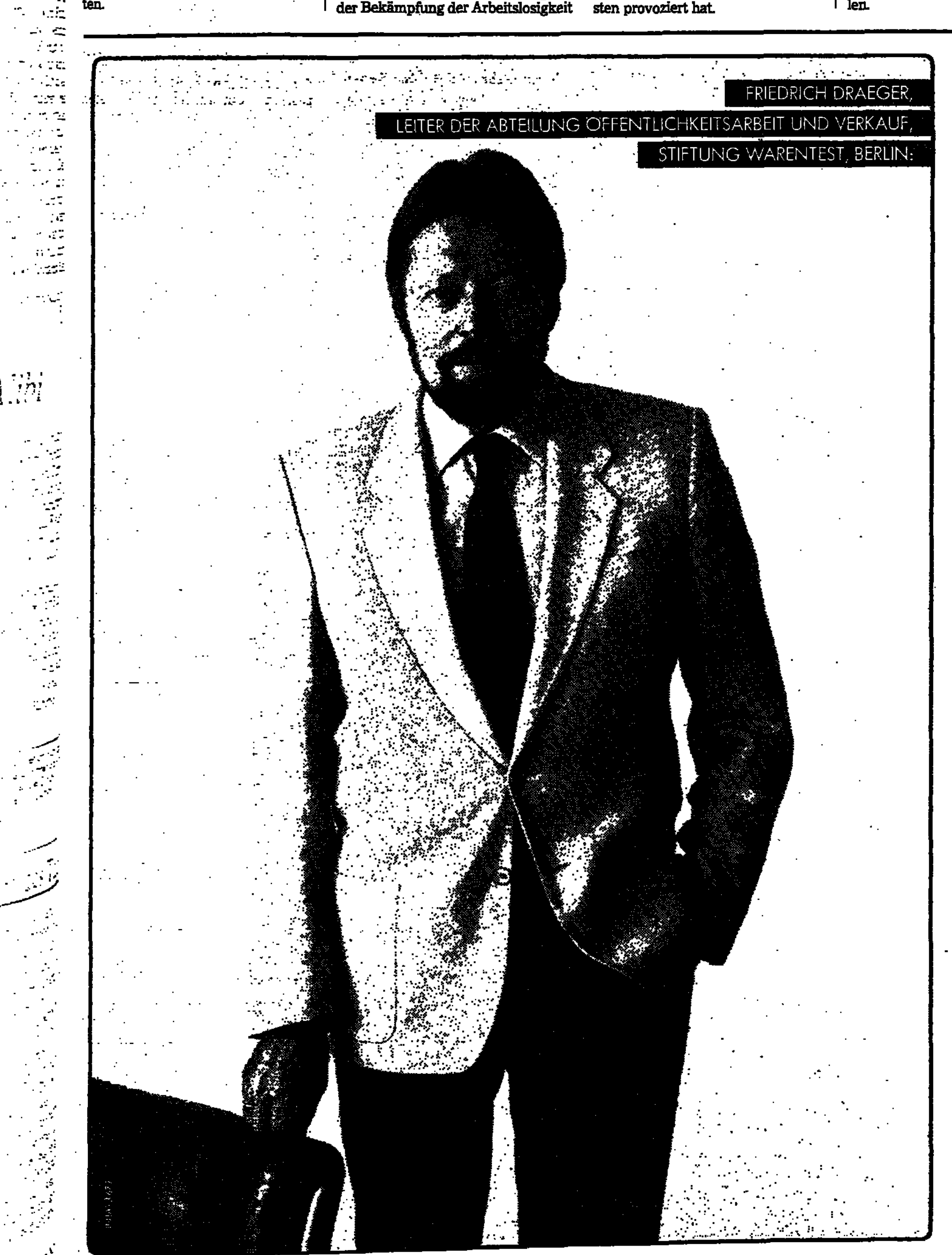
Der RIAS lehnte eine Stellungnahme zu diesen Spekulationen gestern ab. Nach den Worten des Vorsitzenden des RIAS-Aufsichtsgremiums, Patrick E. Nieburg, sind offiziell entsprechende Gespräche nicht geführt worden. Der RIAS steht unter amerikanischer Aufsicht, seine beiden Hörfunkprogramme werden von deutschen Mitarbeitern produziert. Der nach dem Kriegsende gegründete Sender soll unter anderem auch zur Information der Bevölkerung in der „DDR" beitragen.

Aktive Sterbehilfe scharf verurteilt

KNA, Lourdes

Gegen jede Form der aktiven Sterbehilfe hat sich Generalstabsarzt Hansjoachim Linde ausgesprochen. Weder die ärztliche Ethik noch die christliche Moral ließen dies zu, betonte Linde gestern in einem Gottesdienst von deutschen und Schweizer Soldaten bei der internationalen Militärwallfahrt nach Lourdes.

„Krankheit bedeutet keine Herabsetzung der menschlichen Würde", betonte Linde, der als Vertreter von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner an dieser Soldatenwallfahrt teilgenommen hatte. Es sei das sozial-ethische Ziel der Medizin, die Würde des menschlichen Lebens zu wahren. Weder ein Arzt noch ein Angehöriger hätten das Recht, über den Tod eines anderen Menschen zu entscheiden. „Jeder Mensch, mag er noch so krank sein, ist dennoch ein Mensch mit Würde", unterstrich der Generalstabsarzt in dem Gottesdienst in Lourdes.



„Die rund 500.000 „test"-Abonnenten haben wir zum größten Teil durch Direktwerbung gewonnen!"

Gibt es ein überzeugenderes Argument dafür, wie wichtig und erfolgreich Direktwerbung sein kann? Das hat sicherlich nicht nur für diese Branche Gültigkeit. Denn es gibt eigentlich keinen Bereich, für den Direktwerbung nicht geeignet wäre. Kaum ein anderes Werbeinstrument hat so persönliche Töne, ist so genau und aktuell zu dirigieren. Und der Erfolg (oder manchmal auch Mißerfolg) ist schnell und ziemlich genau meßbar. Also auch oder gerade für kleinere Unternehmen ist Direktwerbung ein gutes und vor allem effektives Instrument.

Übrigens: Mehr als zwei Drittel der geschäftlichen Empfänger haben mindestens schon einmal aufgrund einer Werbesendung etwas angefordert, bestellt oder gekauft. Das war ein Ergebnis einer umfassenden Untersuchung der Deutschen Bundespost. Post – Partner für Direktwerbung.

Post

Spannungen zwischen Shultz und Genscher?

DW. Bonn/Washington

Mit Nachdruck hat das Auswärtige Amt gestern Berichte aus Washington dementiert, nach denen es zwischen den Außenministern Shultz und Genscher im Vorfeld der NATO-Konferenz zu heftigen Meinungsverschiedenheiten über den Inhalt einer neuen Erklärung der NATO gekommen sein soll. Mit dieser Erklärung werden die Außenminister der NATO-Staaten auf ihrer Frühjahrstagung, die heute in Washington zusammentrat, der Sowjetunion erneut die westliche Bereitschaft zu Dialog, Abrüstung und Zusammenarbeit zum Ausdruck bringen und ihre Bereitschaft zur Fortsetzung der Raketenverhandlungen ohne Vorbedingungen wiederholen.

Erstaunen hat deshalb die Nachricht aus Washington ausgelöst, deutsche Änderungswünsche hätten Außenminister Shultz zu einem Brief an Genscher veranlaßt. Angeblich habe sich Genscher, dem es vor kurzem bei seiner Reise nach Moskau nicht gelungen war, eine Verbesserung der Ost-West-Beziehungen zu erreichen, um eine positivere Würdigung seiner Leistungen zur Zeit der Entspannungspolitik in den siebziger Jahren bemüht. Dies soll von dem Amerikaner strikt abgelehnt worden sein.

DLF erinnert an seinen Auftrag

DW. Köln

Rundfunkrat und Verwaltungsrat des Deutschlandfunks haben sich in Bonn gegen Überlegungen ausgesprochen, dem Sender die Fremdsprachenprogramme abzunehmen und künftig nur noch die auch in Köln beheimatete Deutsche Welle in Fremdsprachen senden zu lassen. „Der Rundfunkrat und der Verwaltungsrat sind mit dem Intendanten der Auffassung, daß sich der gesetzliche Programmauftrag des DLF auf Gesamtdeutschland und Europa richtet mit der Folge, daß er Sendungen in Deutsch und in Fremdsprachen veranstaltet", heißt es in einem Beschluß. Mit dieser Formulierung wollen die Gremien des DLF auf den konkreten Auftrag des Deutschlandfunks hinweisen, der sich von dem des Kurzwellensenders DW unterscheidet. Der Intendant wurde in seinen Bemühungen unterstützt, die Versorgungsmöglichkeiten des DLF durch Nutzung von UKW-Sendern und Beteiligung am Satellitenrundfunk zu verbessern. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Deutschen Welle halten die DLF-Räte vor allem im rundfunktechnischen Bereich für denkbar. Vor allem Politiker der Koalitionsparteien hatten erwogen, beide Anstalten zusammenzulegen oder Teile der Informationsprogramme zusammenzuführen.

Sharon: USA ordneten Israels Rückzug an

Bestätigung früherer Waffenexporte Jerusalems an Iran

AP/RS, New York/Bonn

Der ehemalige israelische Verteidigungsminister Ariel Sharon hat im amerikanischen Fernsehprogramm behauptet, daß die israelischen Streitkräfte 1982 ihren Vormarsch in Libanon nur auf massiven Druck Washingtons gestoppt hätten. Wenn die israelische Armee „nur noch ein paar Stunden mehr Zeit" gehabt hätte, wäre es ihnen gelungen, die syrischen Streitkräfte in Libanon in der Nähe der libanesisch-syrischen Grenze abzuschneiden. In dem WNBC-TV-Interview meinte Sharon, damit wären die Syrer zum Rückzug aus Libanon gezwungen worden. Wenn die Vereinigten Staaten Israel nicht zum Halt gezwungen hätten, dann wäre der weitere Vormarsch „ein echter Rückschlag für die Sowjets" gewesen. „Libanon könnte ein unabhängiges Land unter einer zentralen Regierung sein, ein Teil der Freien Welt", sagte Sharon.

Sharon wollte keine Angaben darüber machen, welcher amerikanische Politiker Jerusalem zum Stopp des Vormarsches gezwungen hatte. Er wolle nur sagen, die Anweisung sei „von der amerikanischen Regierung" an den damaligen israelischen Ministerpräsidenten Begin ergangen, der daraufhin nachts um 4.00 Uhr eine Sondersitzung des Kabinetts einberufen habe, auf der das Ende der Offensive beschlossen wurde.

Sharon deutete in dem Interview an, daß er es zugelassen hätte, daß die palestinensischen Gegner von PLO-Chef Yassir Arafat diesen getötet hätten, als Arafat mit seinen Kämpfern nach israelischer Einkreisung in Beirut eingeschlossen war. Der israelische Politiker gab den USA und Frankreich die Schuld, daß Arafat aus Beirut abziehen konnte. Es sei ein Fehler gewesen, den PLO-Chef entkommen zu lassen, denn „solange er sich herumtreibt, ist kaum zu erwarten, daß es mit dem Frieden vorangeht".

Bei anderer Gelegenheit erklärte Sharon, gegenwärtig Minister ohne Geschäftsbereich und schärfster Rivale von Premierminister Shamir in der regierenden Herut-Partei, Israel habe nach Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges zunächst Waffen an Teheran verkauft. Die Rüstungsexporte seien mittlerweile jedoch eingestellt worden. Diese Äußerungen Sharons haben in Israel für Aufregung gesorgt. Bislang ist von offiziellen Stellen stets Stillschweigen über Art und Umfang von Waffenlieferungen an andere Staaten gewahrt worden. Dies gilt insbesondere für politisch so umstrittene Exporte wie nach Iran. Sharon hat mit seiner Erklärung erstmals bestätigt, daß Israel Waffen an Teheran geliefert hatte. Führende israelische Politiker warfen Sharon nach Bekanntwerden seiner Äußerungen in den Vereinigten Staaten vor, er stelle seine persönlichen Ambitionen über das nationale Interesse.

China sucht Verbündete und Geschäftspartner in Europa

Ministerpräsident Zhao Ziyangs dritte spektakuläre Auslandsreise / Paris erste Station

dpa, Peking

Sechs europäische Hauptstädte stehen auf dem Programm des Besuchs, zu dem der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang heute von Peking aus aufbrechen wird. In Brüssel wird Zhao nicht nur mit der belgischen Regierung, sondern auch mit führenden Politikern der Europäischen Gemeinschaft konferieren. China will mit dieser Visite seines Regierungschefs vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa vertiefen. Zum anderen möchte Peking die europäischen Länder dafür gewinnen, stärker als bisher Front zu machen gegen Hegemoniebestrebungen der Supermächte.

Erste Station Zhao Ziyangs ist die französische Hauptstadt Paris, wo er morgen eintreffen soll. Es folgen Belgien, Schweden, Dänemark, Norwegen und Italien.

Die Bundesrepublik Deutschland fehlt auf dem Programm Zhao Ziyangs. Bonn und Peking hielten eine Visite am Rhein für wenig sinnvoll, weil Bundeskanzler Helmut Kohl ohnehin im Oktober dieses Jahres in die Volksrepublik China reisen wird. Als einziger Pekinger Ministerpräsident war im Jahre 1979 Hua Guofeng in Bonn gewesen. Von Huas Reise, die damals Chinas Öffnung zum Ausland symbolisierte, wird heute in Peking nicht mehr gern gesprochen. Hua Guofeng ist längst entmachtet und nahezu zur Unperson gemacht worden.

Es ist die dritte spektakuläre Auslandsreise von Zhao Ziyang (64), dem einstigen Provinzchef aus Südchina, der seit 1980 als Nachfolger Hua Guofengs die Regierungsgeschäfte leitet. Im vergangenen Jahr hatte Zhao elf Länder Afrikas besucht, im Januar dieses Jahres war er in Amerika. Auch seine jetzige Reise soll dazu dienen, Zhao als international bekannten Staatsmann aufzubauen, der eines Tages die Politik des Pekinger Spitzenfunktionärs Deng Xiaoping ohne Bruch weiterführen kann.


Zhao Ziyang (64) FOTO: POLY-PRESS

Premier Zhao Ziyang hat in den vergangenen Tagen gegenüber westeuropäischen Ländern nicht mit verlockenden Angeboten gespart. Sie seien als Partner bei chinesischen Großprojekten im Energie- und Verkehrswesen, in der Eisen- und Stahlindustrie, der Edelerzverarabeitung und des Nachrichtenwesens willkommen, meinte der Regierungschef und verwies auf den neuen Fünf-Jahres-Plan, den er zur Zeit ausarbeiten lasse. Er empfahl auch die Kooperation bei der Ölförderung vor Chinas Südküste und bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie, fügte aber in der Manier eines cleveren Geschäftsmannes hinzu, Vertragsabschlüsse seien nur bei günstigen Angeboten zu erwarten.

Bisher konzentriert sich die Volksrepublik China bei ihrer Kooperation mit dem westlichen Ausland auf Japan und Amerika. Westeuropa soll künftig der dritte Schwerpunkt sein. Pekinger Wirtschaftsfunktionäre versprechen sich davon zwei Vorteile: China gerät nicht in Abhängigkeit von Tokio und Washington und kann zum anderen vom Wettbewerb der Industrieländer untereinander profitieren.

Auf politischem Gebiet sieht Peking viel Gemeinsamkeiten mit Europa. China und Westeuropa hätten beide die Verpflichtung, Hegemoniestreben der Supermächte zu bekämpfen, schrieb gestern die Pekinger außenpolitische Zeitschrift „Ausblick" und ergänzte: „Ein starkes und geeintes Westeuropa ist ein wichtiger Faktor zur Bewahrung des Weltfriedens." Peking sieht in Westeuropa einen Partner, der sich – ebenso wie China – von sowjetischen SS-20-Raketen bedroht fühlt und ihren Abbau fordert.

Katholiken fordern mehr Hilfe für Alleinerziehende

AP, Bonn

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat zu mehr Verständnis für die eine Million alleinstehenden Männer und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland aufgerufen, die ihre Kinder allein erziehen. Sie sollten vor allem in den kirchlichen Gemeinden Unterstützung finden, betonte gestern das ZdK in einer Erklärung zur Situation der Alleinerziehenden und ihrer Kinder. „Wir sollten alles einsetzen, damit die Mütter und Väter, die die Verantwortung für ein Kind oder für mehrere Kinder allein zu tragen haben, die gesellschaftspolitische Rücksicht und Hilfestellung erfahren, die es ihnen möglich machen, ihre Kinder ohne dauernde Nachteile aufzuziehen", heißt es in der Erklärung.

Das ZdK würdigte das Engagement Alleinstehender bei der Betreuung ihrer Kinder. Sie verdienten mehr Respekt, weil sie durch ihren Einsatz Staat und Gesellschaft nicht zusätzlich belasteten. Das ZdK wies daraufhin, daß die Alleinerziehenden zur Zeit einen Anteil von etwa 11 Prozent aller Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren bilden. Um sie zu entlasten, fordern die Katholiken unter anderem mehr Tagespflegestellen für Familien und Kinderkrippen.

Grüne: Appell an „DDR"-Bewohner

AP, Stuttgart

Die Grünen haben an „DDR"-Bewohner, die in die Bundesrepublik Deutschland umsiedeln wollen, appelliert, ihren Staat nicht zu verlassen, sondern am Prozeß des „Umdenkens und der Erneuerung" in der „DDR" mitzuarbeiten. Den „Stuttgarter Nachrichten" erklärte der deutschlandpolitische Sprecher der Grünen in Bonn, Dirk Schneider, es sei schlecht, wenn der „DDR" durch die Ausreise vieler tausender Menschen „unruhige Geister verlorengehen" und damit auch die Möglichkeit sinke, die Gesellschaft der „DDR" zu erneuern. Deshalb sei es „nicht gut", daß jetzt so viele aus der „DDR" in die Bundesrepublik Deutschland gekommen seien und ihr Land „entvölkerten".

Schneider forderte SED-Chef Honecker auf, den „DDR"-Bewohnern mehr Freiraum zu gewähren. Nach seinen Worten setzen die Grünen Hoffnungen in den neugewählten Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Er verwies auf frühere Äußerungen Weizsäckers und meinte, daß das künftige Staatsoberhaupt „im Grunde genommen die bundesrepublikanische Deutschlandpolitik als überholt ansieht und neue Wege anpeilt". Weizsäcker sei in deutschlandpolitischen Fragen „alles andere als ein kalter Krieger".

DGB-Chef Breit droht

● Fortsetzung von Seite 1

wie vor ab: „Auch wenn der Schritt in kleinen Portionen gegangen wird, ist es der falsche Weg".

In vergangenen Tarifrunden hatten sich Unternehmer im Südwesten kompromißbereiter gezeigt als die Führung des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall in Köln. Einige der Arbeitgebervertreter sind nach Gewerkschaftermeinung anscheinend jetzt auch bereit, über den vom Stuttgarter IG Metall-Bezirksleiter Ernst Eisenmann eingebrachten Vorschlag nachzudenken, die Kosten des Arbeitgeber-Angebots – 3,3 Prozent mehr Lohn, Tarifrente mit 75 Prozent des letzten Monatsbruttogehalts von 58 Jahren an und zusätzliche Freizeit für flexible, betriebsgerechte Arbeitszeitgestaltung (die kostenneutral sein sollte) – zu akzeptieren und diese Summe von 4,6 Prozent mehr Einkommen dann „anders aufzuteilen". Wenn dann noch das Inkrafttreten des „Einstiegs" in die Wochenarbeitszeitverkürzung (von Einführung der 35-Stunden-Woche auf einen Schlag ist schon lange nicht mehr die Rede) zeitlich hinausgeschoben werde, müsse ein Kompromiß möglich sein. Falsch sei in jedem Fall die Vermutung, die Bonner Kundgebung gestern solle nur dazu dienen „Dampf abzulassen", damit heute oder morgen ein Kompromiß leichter zu vermitteln sei. Genau darauf wiederum setzen Teile des Unternehmerlagers und auch führende Politiker der Regierungsparteien.

Kritik an den Begleitumständen des „Marsches auf Bonn" der IG Metall äußerte der stellvertretende CDU / CSU-Fraktionschef Karl Miltner. Wenn Meldungen richtig seien, daß die Gewerkschaft die für die Zahlung von Streik-Ausfallgeld nötigen „Streikstempel" erst in Bussen und Sonderzügen nach Bonn ausgebe, um möglichst viele Metaller zu mobilisieren, so gebe das zu ernster Besorgnis Anlaß. Damit würden die Mitglieder mit dem „goldenen Zügel" zur Teilnahme an der Kundgebung veranlaßt, was deren Bedeutung herabsetze.

„Agitation der DKP"

ms. Bonn

Linksextremistische Parteien und Gruppen, vor allem die DKP, haben sich nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden mit „großem agitatorischen Einsatz" dem Kampf der Gewerkschaften um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich angeschlossen. In einem Bericht dieser Behörden heißt es, übereinstimmend betonten die DKP und andere Gruppen die „strategische Bedeutung" dieses Kampfes, der erstmals seit Jahrzehnten den Rahmen des „marktwirtschaftlichen Verteilungskampfes" verlasse und die gesellschaftliche „Machtfrage" tangiere. Zu Beginn des Arbeitskampfes in Hessen sei der DKP-Vorsitzende Herbert Mies bei den Streikenden aufgetaucht und habe seine „Solidarität" bekundet. „Es gibt Hinweise darauf, daß die DKP-Hausdruckerei Plambeck & Co., Neuss, die von sechs Gewerkschaften in Düsseldorf herausgegebene „35-Stunden-Zeitung" zu besonders günstigen Bedingungen herstellt", heißt es in dem Bericht.

Zusammenarbeit mit RTL

Bertelsmann verstärkt sein Fernsehengagement

dpa, Luxemburg

Die Bertelsmann AG und Radio Luxemburg haben ihre auf mehrere Jahrzehnte angelegte Zusammenarbeit zur Gestaltung eines deutschen, aus Werbung finanzierten Fernsehprogramms besiegelt. Nach mehrmonatiger Vorbereitungsphase unterzeichneten der Generaldirektor des Luxemburger Privatsenders, Gustav Graas, Bertelsmann-Vorstandsmitglied Manfred Lahnstein und John Jahr jun. für die Bertelsmann-Tochter Gruner+Jahr in Luxemburg einen Vertrag, mit dem sich der zweitgrößte Medienkonzern der Welt mit 40 Prozent an dem deutschsprachigen Luxemburger Fernsehen beteiligt, das seit Jahresbeginn im Saarland, in Rheinland-Pfalz und Teilen Nordrhein-Westfalens empfangen werden kann.

In dem Vertrag werden sowohl das terrestrische Fernseh-Programm „RTL-Plus" als auch die Pläne für ein bundesweites deutsches Satelliten-Programm erfaßt. Dafür wird nach den Worten Lahnsteins von Frühjahr 1986 an ein Kanal des französischen Fernseh-Satelliten TDF 1 zur Verfügung stehen. Zu diesem Zeitpunkt soll dann das zur Zeit fünfstündige Programm auf sechs Stunden täglich und am Wochenende auf acht Stunden ausgeweitet werden.

Bei der Vertragsunterzeichnung sagte Lahnstein, angesichts solch europäischer Zusammenarbeit „relativieren sich nationale Kategorien". Lahnstein hob auch hervor, daß Bertelsmann mit seiner Klage gegen den Ausschluß aus dem deutschen Satelliten-Konsortium keineswegs eine Beteiligung an dem Europäischen Fernmeldesatelliten ECS erzwingen wolle. Die Klage ziele lediglich darauf, eine Unrechtmäßigkeit des Ausschlusses feststellen zu lassen.

Über die Kosten des langfristigen Bertelsmann-Engagements in Luxemburg machte Lahnstein keine Angaben. Er sprach von einer „auf Dezennien" angelegte Zusammenarbeit mit RTL.

COMMERZBANK

25 Jahre Privatkunden-Kredite.

Wir geben Ihnen einen größeren finanziellen Spielraum.

In 25 Jahren erfolgreicher Zusammenarbeit mit unseren Privatkunden im Kreditgeschäft haben wir unsere Leistungen wesentlich verbessert:

	1959	1984
Höchstsumme	2000 DM	50 000 DM
Laufzeit	bis 24 Monate	bis 72 Monate
Kreditzusage	nach mehreren Tagen	sofort möglich
Verwendung	zweckgebunden	nach Ihrer Wahl
Rückzahlung	nur in Monatsraten	individuell nach Vereinbarung oder in Raten
Risikovorsorge	keine	Sicherheit bei Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Tod

Kommen Sie zur Commerzbank und sprechen Sie mit einem unserer Kundenberater über die Vorteile eines größeren finanziellen Spielraumes.



Commerzbank. Die Bank an Ihrer Seite.

Optimismus verfrüht

dos. – Der Optimismus, den die in der vergangenen Woche erfolgte Paraphierung des Ems-Dollart-Vertrags auslöste, ist zwar verständlich, ganz sicher aber nur zum Teil gerechtfertigt. Verständlich deshalb, weil nach jahrelangen vergeblichen Bemühungen die holländische Seite endlich eine Art Vorab-Zustimmung zum Bau des Dollart-Hafens vor Emden gab, nur teilweise gerechtfertigt, weil der paraphierte Vertragstext nicht gleichbedeutend ist mit der Ratifizierung. Nach wie vor nämlich fehlt das erforderliche Votum des niederländischen Parlaments. Und Beobachter in Den Haag melden ernste Zweifel an, ob die Willenserklärung der Regierung in absehbarer Zeit vom Parlament nachvollzogen wird. Die Front gegen das Projekt steht unverändert fest. Anschauliches Beispiel für diese Einschätzung waren die Protestaktionen am Wochenende in Emden.

Tatsächlich äußern sich auch Befürworter des Dollart-Hafens immer zurückhaltender zur Notwendigkeit des 1,3-Milliarden-DM-Projekts. Die zahlreichen Zugeständnisse der deutschen Seite haben von dem ursprünglichen Dollart-Konzept nurmehr wenig übriggelassen.

Fraglich ist zudem, ob die in den vergangenen Jahren verzeichneten Umschlagseinbußen des Emde-Hafens jemals wieder kompensiert werden können. Die Entwicklung in anderen deutschen Häfen spricht eher dagegen. Bleiben also die Impulse, die von den eigentlichen Baumaßnahmen ausgehen. Rund 1000 Arbeitskräfte würden in der strukturschwachen Region über Jahre hinweg beschäftigt. Dies aber darf allenfalls als Nebeneffekt des Neubaus betrachtet werden.

Ausgeklinkt

Mk. – Warnungen von Experten sollten in der EG-Agrarpolitik angesichts der eklatanten Fehlentwicklungen rechtzeitig ernst genommen werden. So weist der Fruchthof Bremen darauf hin, daß die Maßnahmen der Gemeinschaft, die am 1. Juni in Kraft treten, zum einen dazu führen, daß noch größere Mengen Obst und Gemüse „aus dem Markt genommen" werden müssen, was die EG-Kasse entsprechend belasten wird. 1982/83 seien bereits 1,5 Millionen Tonnen Obst und Gemüse interveniert „und wohl zum größten Teil vernichtet" worden. Zum anderen werde die Zufuhr frischer Früchte aus Nicht-EG-Ländern weiter erschwert. Sie dürfte in rund fünf bis sechs Jahren „völlig zum Erliegen kommen". Auch diese Vorstellung muß schrecken. Wohin wollen die EG-Staaten noch exportieren, wenn sie ihre Einfuhren einschränken? Sollte auch noch der Zollschutz für hochtechnologische Produkte kommen, dann hätte sich die EG bald vollständig aus der Wirtschaftsgemeinschaft ausgeklinkt.

Zimmermanns Dilemma

Von HEINZ HECK

Als Innenminister Friedrich Zimmermann im letzten Sommer – übrigens ohne jede Abstimmung mit den übrigen Ressorts – für 1986 die Einführung des umweltfreundlichen Autos ankündigte, hat er den dritten Schritt vor dem ersten getan. Spätestens seit dem 16. Mai, als die EG-Kommission ihre Vorschläge an den Ministerrat beschloß, müßte es unser Umweltminister auch wissen.

Denn die zwingende Einführung abgasarmer Autos ist im nationalen Alleingang nicht möglich. Das verbietet geltendes EG-Recht. Hätte das Innenministerium sich vor des Ministers Überraschungscoup mit den übrigen Ressorts, etwa dem Wirtschaftsministerium, beraten, so wäre dies auch kein Geheimnis geblieben.

Angesichts der unterschiedlichen Interessenlage in der EG konnte die Entscheidung der Kommission Mitte Mai gar nicht anders ausfallen, als sie ausgefallen ist. Sie bedeutet im Kern, daß die Mitgliedstaaten in zwei Schritten bis 1995 amerikanische Abgaswerte und außerdem 1989 bleifreies Benzin einführen müssen.

Sicher: Ohne deutschen Druck wäre es vielleicht nicht einmal zu so – aus deutscher Sicht jedenfalls – bescheiden anmutenden Beschlüssen gekommen. Außerdem: Der deutschen Autoindustrie hätte unter Wettbewerbsgesichtspunkten nichts Besseres als die möglichst rasche verbindliche Einführung amerikanischer Abgaswerte widerfahren können.

Nur: Die Verhältnisse, die sind nicht so. Denn für einstimmige Beschlüsse in der Gemeinschaft braucht man Bundesgenossen, sogar ziemlich viele. Voll auf deutscher Seite war nur Dänemark, als Autoproduzent bekanntlich nicht der gefürchtetste Konkurrent am Weltmarkt. Großbritannien ließ Skepsis gegen die Einführung von Katalysatoren auch auf höchster politischer Ebene erkennen. Wußte Zimmermann das nicht?

Der Hauptwiderstand kommt aber aus Frankreich und Italien. Beide Länder wären mit ihrem hohen Anteil kleinerer Fahrzeuge (die von der erforderlichen Umstellung überdurchschnittlich belastet werden) besonders benachteiligt, zumal da sie ohnehin um ihre Marktanteile in der EG kämpfen müssen, den amerikanischen Markt aber schon weitgehend aufgegeben haben. Außerdem ist die wirtschaftliche Lage der zum Teil staatlichen Auto- und Mineralölindustrie in beiden Ländern nicht dazu angetan, rasch die gewaltigen Investitionen zu verkraften. Die deutsche Autoindustrie mit prominenter Präsenz auf dem amerikanischen Markt verfügt hingegen über Katalysatorerfahrung, die sie aus dem Stand in die Lage versetzt hätte, mit Wettbewerbsvorteilen den Franzosen und Italienern das Leben schwer zu machen. Wie man in dieser Konstellation auch nur einen Moment von einstimmigem EG-Zuspruch träumen kann, bleibt in der Tat Zimmermanns Geheimnis.

Seine einzige Chance war, daß Brüssel einen deutschen – allerdings nicht verbindlichen – Alleingang toleriert. Das hat ihm die Kommission jetzt (der Ministerratsbeschluß ist nicht vor Jahresende zu erwarten) mit dem selbstverständlich anmutenden Hinweis zugestanden, daß die Hersteller bei der Inanspruchnahme des EG-Rechts (mit weniger scharfen Grenzwerten) nicht behindert werden dürfen.

Das heißt im Klartext: Umweltverschmutzer und abgasarme Autos können auf Jahre hinaus nebeneinander antreten und um die Käufer werben. Angesichts der Aufgeschlossenheit in der deutschen Bevölkerung für diese Frage, die Zimmermann sich vorsorglich noch einmal durch eine Meinungsumfrage hat bestätigen lassen (über 90 Prozent für abgasarme Autos), brauchte ihm bei diesem edlen Wettstreit nicht bange zu sein.

Dazu hätte er aber in einem zweiten Schritt mit den Finanzministern aus Bund und Ländern zum Beispiel über steuerliche Anreize reden – und sich einigen – müssen, bevor er in einem dritten Schritt mit seiner publikumswirksamen Ankündigung an die Öffentlichkeit gegangen wäre. Dies erst recht, als Steuerbefreiungen und -ermäßigungen aus zahlreichen Gründen nur wenig Spielraum für Anreize lassen. So hat zum Beispiel eine Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes keine Chance, die der Mineralölsteuer könnte zum Panschen anregen. Auch dürfen nur die nachweisbaren Mehrkosten ausgeglichen werden, da andernfalls die betroffene Konkurrenz gegen die Wettbewerbsbenachteiligung klagen würde.

Was bleibt zu tun, nachdem bereits ohne Not Porzellan zerschmissen wurde, wie der Auftragseingang in der Autoindustrie zeigt? Zimmermann, der sich in seiner Anfangszeit als Umweltminister durch umsichtiges und entschlossenes Handeln wohltuend von seinem Vorgänger unterschieden hat, sollte so rasch wie möglich die Kurve zu seiner alten Linie finden und Schüsse aus der Hüfte künftig unterlassen.

FINANZPOLITIK / Stoltenberg: Der anhaltende Streik gefährdet die Erholung

Staatsanteil kann bei konsequenter Ausgabendisziplin verringert werden

HARALD POSNY, **München**

Die mehrheitlich mit einem negativen Akzent versehenen Wirtschaftsdaten des Monats März sind nach Ansicht von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg „möglicherweise als erste Zeichen der schlimmen Folgerungen zu werten, die ein lang anhaltender Streik für die Fortsetzungdes Aufschwungs haben würde". Auf der Mitgliederversammlung des Verbands der Lebensversicherungs-Unternehmen bezeichnete er die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und den Aufruf zum Streik für ihre Durchsetzung einen „gefährlichen Irrtum".

Flexible, der individuellen Lage der Unternehmen angepaßte Wochenarbeitszeiten ohne vollen Lohnausgleich könnten dagegen durchaus ein diskutabler Ansatz und ein gangbarer Weg zum Kompromiß im andauernden Tarifstreit sein. Der anhaltende Streik gefährde die wirtschaftliche Erholung. Stoltenberg hob in diesem Zusammenhang hervor, daß eine Reihe von Gewerkschaften im Gegensatz zur IG Metall und zur IG Druck und Papier in den letzten Wochen maßvolle Tarifverträge abgeschlossen hätten.

Bis gegen Ende dieser Legislaturperiode hält es Stoltenberg für möglich, „bei Fortsetzung einer ganz konsequenten Ausgabendisziplin" den Staatsanteil von 50 Prozent (1982) auf etwa 45 Prozent zurückzudrängen. Dazu müsse jedoch auch die Neuverschuldung der öffentlichen Hände erheblich abgesenkt werden. Vor dem Hintergrund hier und dort wiederauflebender Ausgabenwünsche und der gegenwärtigen Debatte über die Senkung des Lohn- und Einkommensteuertarifs sagte Stoltenberg, diese dürften die Gesundung des Staatshaushaltes nicht gefährden.

Stoltenberg, der sich ausdrücklich zum Dreisäulenkonzept von staatlicher, privater und betrieblicher Altersversorgung bekannte, äußerte sich nicht zur Frage der steuerlichen Begünstigung von privaten Aufwendungen für Lebensversicherungen und zu den Steuervorteilen, sieht man von dem letzten Satz seiner Rede ab, die Bundesregierung werde bei ordnungspolitischen Regelungen, die den Geschäftskreis der Lebensversicherungen berühren, deren gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Bedeutung immer die gebührende Beachtung schenken. Stoltenberg war damit nicht direkt auf Äußerungen des Vorsitzenden des Verbandes der Lebensversicherer, Professor Robert Schwebler, eingegangen, der es als „entscheidende Voraussetzung für eine Entlastung des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung" bezeichnet hatte, „daß die Politik die private Vorsorge als Ergänzung der Grundversorgung ernst nimmt und ermutigt". Damit könne langfristiges Investitionskapital gebildet werden.

Die Versicherer erwarteten, daß ihre früher schon vorgestellte Vermögensbeteiligungspolice in der zweiten Ausbaustufe des novellierten Vermögensbildungsgesetzes berücksichtigt werde. Sie soll über einen eigenen Deckungsstock die angesammelten Mittel ausschließlich der gewerblichen Wirtschaft zur Verfügung stellen und wäre besonders geeignet, kleine und mittelständische Betriebe mit Risikokapital auszustatten.

Zu den notwendigen staatlichen Signalen zur Stärkung von Vorsorgebewußtsein und Eigeninitiative gehören nach den Worten Schweblers auch anregende steuerrechtliche Maßnahmen. Eine Signalwirkung bleibe aus, wenn die für die Vorsorgeaufwendungen zur Verfügung stehenden Höchstbeträge weitestgehend durch Beiträge zu den Pflichtverscherungen in Anspruch genommen würden.

Auch das derzeit nur geringe Wachstum der Direktversicherung als Form der betrieblichen Altersversorgung führt Schwebler auf den im allgemeinen ausgeschöpften Höchstbetrag von 2400 DM jährich zurück.

Die steuerliche Förderung von Lebensversicherungsbeiträgen halten die Versicherer nicht für „Vergünstigungen oder gar für Subventionen im Sinne des Haushaltsrechts, sondern als Verwirklichung des Grundsatzes, daß sich die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen zu richten hat".

GRUNDEIGENTÜMER

Bonn sollte Wohnungsbau nicht mehr direkt fördern

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Der Wohnungsbau dürfe nicht länger als Instrument der Konjunkturpolitik mißbraucht werden. Die Wohnungsmärkte seien, so der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer vor der Presse in Bonn, vielfach gesättigt, zum großen Teil übersättigt. Eindeutige Belege seien der Preisverfall und Mietsenkungen in zahlreichen Regionen. Daher plädiert der Präsident des Verbandes, Theodor Paul, für ein Umdenken in der Wohnungspolitik.

Der Bund solle sich unverzüglich aus der direkten öffentlichen Förderung des Mietwohnungsbaus zurückziehen. Er solle sich darauf beschränken, langfristig gültige ordnungspolitische Rahmenbedingungen zu setzen, die den Bürgern verläßliche Entscheidungsgrundlagen für Investitionen im Wohnungsbau bieten. „Soziale Marktwirtschaft, jüngst noch auf dem Parteitag der CDU in Stuttgart beschworen, darf in der Wohnungspolitik nicht zum reinen Schlagwort verkümmern", schreibt der Verband.

Bei übersättigten Märkten sei es das Gebot der Stunde, der Wohnungsbestandspolitik eine größere Aufmerksamkeit zu widmen als der Neubaupolitik. Der Stadt- und Dorferneuerung und der Energieeinsparung kämen in Zukunft größere Bedeutung zu. So könne auch in der Bauwirtschaft ein angemessenes Beschäftigungsniveau aufrechterhalten werden. Paul fordert, die öffentliche Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus auf der Grundlage des Kostenmietprinzips unverzüglich einzustellen, um weitere Fehlinvestitionen von Steuergeldern in Milliardenhöhe zu vermeiden.

Darüber hinaus sollte der Bestand an Sozialmietwohnungen schrittweise in die freien Wohnungsmärkte überführt werden. Dadurch zurückfließende öffentliche Mittel könnten für eine gezielte Absicherung sozialschwacher Mieter auf der Grundlage des Wohngeldgesetzes eingesetzt werden.

Überdies plädierte Paul für ein „vernünftiges Mietrecht". Wenn das Angebot an Wohnungen die Nachfrage übersteigt, brauchten weder Mieter noch Vermieter den Staat als Vormund bei der Vertragsgestaltung.

In den vergangenen Jahren sei die Zahl der Zwangsversteigerungen von Häusern oder Eigentumswohnungen sprunghaft nach oben geschnellt. Daher fordert Paul jetzt ein staatliches Hilfsprogramm von Bund und Ländern, um in wirtschaftlichen Krisen den Erhalt des Eigentums zu sichern. Es bedürfe einer Hilfe zur Selbsthilfe, die auf den einzelnen Fall bezogen, zeitlich begrenzt und rückzahlbar ausgestaltet werden sollte.

Nachdem 1983 der durchschnittliche Mietpreisanstieg mit 5,3 Prozent deutlich über der Erhöhung der Lebenshaltungskosten gelegen hatte, registriert der Verband in diesem Jahr wieder eine Abflachung. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat lag im März bei 3,8 Prozent.

AUF EIN WORT



„Investitionsbereitschaft heißt Risikobereitschaft. Die dazu nötige Zuversicht wird den Unternehmen heute wahrlich nicht leichtgemacht."

Hans Graf von der Goltz, Vorstandsvorsitzender der Altana Industrie-Aktien und Anlagen AG, Bad Homburg FOTO: DIE WELT

Großhandel setzt mehr um

VWD, **Wiesbaden**

Der Großhandel in der Bundesrepublik setzte im April rund 64 Milliarden um, das waren rund drei Milliarden Mark oder nominal fünf Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat, besagen vorläufige Ergebnisse des statistischen Bundesamtes. Real ergab sich eine Zunahme von einem Prozent.

Bei Rohstoffen und Halbwaren betrug der Umsatz rund 33 Milliarden Mark (nominal: plus drei, real: minus zwei Prozent), bei Fertigwaren wurde mit einem Umsatz von rund 32 Milliarden Mark das Ergebnis des Vorjahresmonats um nominal acht und real vier Prozent übertroffen.

In den Ersten vier Monaten setzte der Großhandel rund 258 Milliarden Mark um, das bedeutet Steigerugnsraten von nominal sieben und real drei Prozent.

VERSCHULDUNGSKRISE

Warnke: Bedrohung wird noch viele Jahre andauern

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Verschuldungskrise der Dritten Welt ist „eindeutig ein langfristiges Problem", mit dem „wir noch über viele Jahre zu leben haben". Das erklärte Entwicklungsminister Jürgen Warnke gestern vor dem HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg. Er rechnet weiterhin mit krisenhaften Zuspitzungen und kurzfristigen Umschuldungsaktionen.

Damit bleibe für alle Beteiligten – Entwicklungsländer, internationale Organisationen (vor allem IWF), private Geschäftsbanken und Industrieländer – „die Gefahr bestehen, daß es durch unkontrollierte Entwicklungen zu Kettenreaktionen mit der Folge einer weltweiten Wirtschaftskrise kommt. Auslöser könnten Staatsbankrotte in der Dritten Welt oder Bankenzusammenbrüche bei uns sein". Eine Weltwirtschaftskrise heute würde die der zwanziger und dreißiger Jahre in den Schatten stellen.

Die Ursache der heutigen Krise sieht Warnke in politischen Fehlern aller Beteiligten in den siebziger Jahren, nicht dagegen in einer fehlerhaften Weltwirtschaftsordnung, die durch eine „Neue Weltwirtschaftsordnung" ersetzt werden müßte. Die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer müsse wieder in Einklang mit ihrer Schuldendienstfähigkeit gebracht werden.

Den Weg dorthin sieht Warnke über eine „Strategie aus Anpassung und Finanzierung". Er lobte die Bemühungen einiger Entwicklungsländer wie Mexiko und forderte, daß die Anpassungsbedingungen für die Schuldner erträglich bleiben müßten. Zu den negativen Faktoren gehört allerdings die Kapitalflucht. Neben der zentralen Rolle des IWF wies Warnke auch auf die Notwendigkeit der Industrieländer zur Haushaltskonsolidierung hin.

PROGNOS

Deutsche Produktion wird 1985 langsamer steigen

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Einen Anstieg des Bruttosozialprodukts von „reichlich drei Prozent" gegenüber dem Vorjahr sagt die Baseler Prognos AG der Bundesrepublik für 1984 voraus. Von dem damit erreichten Niveau aus würden jedoch Nachfrage und Produktion dann 1985, im dritten Jahr des Aufschwungs, voraussichtlich nach und nach etwas langsamer steigen. Aus heutiger Sicht dürfte das gesamtwirtschaftliche Wachstum im nächsten Jahr bei etwa 2,5 Prozent liegen.

Eine ähnliche Entwicklung erwartet Prognos in der jüngsten Konjunkturvorausschätzung auch für die Weltwirtschaft. Im laufenden Jahr dürfte sich der Aufschwung weltweit fortsetzen.

Dabei werde aus europäischer Sicht die Ausfuhr als treibende Kraft noch an Bedeutung gewinnen. Für das kommende Jahr spreche aber alles für ein allmähliches Abflauen.

So dürfte in den Vereinigten Staaten die Konjunktur, bedingt durch das Abklingen fiskalischer Impulse und durch das Bestreben der Notenbank, den beschleunigten Preisanstieg einzudämmen, an Schwung verlieren. Das dämpfe den Exportzuwachs der europäischen Länder.

Italien und Frankreich könnten zwar dann in der Lage sein, ihren vorerst noch notwendigen Restriktionskurs zu lockern. Die Bundesrepublik und Großbritannien würden die monetären Bremsen auch aus binnenwirtschaftlichen Gründen eher anziehen müssen, freilich nicht in einem Maße wie Anfang der achtziger Jahre.

Die wirtschaftlichen Bedingungen in den Industrieländern hätten zu besseren Exportmöglichkeiten der Dritten Welt geführt. Für eine Reihe dieser Staaten habe sich damit der Zwang verringert, die Importe weiter einschränken zu müssen, um mit den Schuldenproblemen fertig zu werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Appell von Franke

Hamburg (AP) – Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Heinrich Franke, hat einen dringenden Appell an alle Betriebe gerichtet, „über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden." In einem Interview der „Welt am Sonntag" äußerte Franke die Auffassung, daß dies im eigenen Interesse der Betriebe liege. „Gegen Ende des Jahrzehnts bereits wird die Zahl der Schulabgänger deutlich zurückgehen, so daß es wieder schwer werden wird, Fachkräfte zu bekommen, fügte er hinzu. Präsident Franke bezifferte die Zahl der jungen Menschen, die in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz suchen, auf 715 000 bis 735 000. Dies sei die bisher größte Nachfrage nach Lehrstellen.

Produktionsrekord

Tokio (VWD) – Die japanische Produktion an Video-Recordern erreichte im April mit 2,283 Millionen Stück ein neues Rekordniveau. Nach Angaben des Herstellerverbandes wurde das des Vorjahresmonats um 58 Prozent übertroffen. Die Auslieferungen übertrafen das Vorjahresergebnis mit 2,087 Millionen DM um 46 Prozent. Davon gingen 1,663 Millionen Geräte in den Export. In den ersten vier Monaten war die Produktion mit 7,67 Millionen Geräten um 60 Prozent größer als zur gleichen Vorjahreszeit. Auch die Produktion von Farbfernsehgeräten erreichte im April mit 1,329 Millionen einen neuen Monatshöchststand. Zum Vorjahr ergibt sich eine Steigerung um 24 Prozent. Von den 1,216 Millionen ausgelieferten Geräten gingen 487 000 in den Export.

Neuer Präsident

Bonn (dpa/VWD) – Karl Schneider (56) Vorstandsmitglied der Süddeutschen Zucker AG Mannheim, wurde zum Präsidenten des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde, dem Bonner Spitzenverband der Deutschen Lebensmittelwirtschaft, gewählt. Sein Stellvertreter wurde Klaus Schröter (48), Geschäftsführer der Maizena GmbH (Hamburg).

Wachstumsbranche

München (dpa/VWD) – Die Umweltindustrie zähle weiterhin zu den Wachstumsbranchen, erklärte die Münchner Messegesellschaft nach Abschluß der 7. Internationalen Fachmesse für Entsorgung IFAT 84. Zu der Fachmesse, auf der 805 Aussteller aus 19 Staaten ihre Produkte für die Bereiche Abwasser, Abfall, Stadtreinigung sowie Straßenbetriebs- und Winterdienst gezeigt hatten, waren 39 000 Fachbesucher aus 71 Ländern gekommen. Drei Viertel der Messebesucher äußerten für die nahe Zukunft konkrete Investionsabsichten.

Ölexport gesunken?

Manama (VWD) – Entgegen der iranischen Darstellung mußte das Land aufgrund der zugespitzten Lage in der Golfregion in den vergangenen Tagen eine deutliche Einbuße bei seinen Ölexporten hinnehmen. In arabischen Industriekreisen wird die derzeitige Exportmenge auf etwa 1,2 Millionen Barrel je Tag geschätzt gegenüber noch 1,8 Millionen in den ersten Maitagen. Seit dem 21. Mai hätten nur noch fünf Tanker auf der Insel Kharg Rohöl aufgenommen gegenüber 28 bis 30 Schiffen Anfang Mai.

Konsortialkredit für China

Tokio (VWD) – Ein internationales Konsortium von sieben Banken hat mit Carveston Co in Hongkong den Vertrag über einen syndizierten Kredit von 160 Mill. HK-Dollar unterzeichnet, der von der chinesischen Provinz Guangdong garantiert wird. Er soll zur Finanzierung eines Geschäfts- und Ausstellungszentrums in der Stadt Guanzhou verwendet werden. Der Kredit hat eine Laufzeit von zehn Jahren und wird mit 0,75 Punkt über der Prime Rate in Hongkong verzinst. Dem Konsortium gehören Fuji Bank, Lloyds Band International, Canadian Imperial Bank of Commerce, Bank Indosuez, Hongkong and Shanghai Banking Corp, Orion Royal Pacific und Hang Seng Bank an.

Leistungsbilanz-Defizit

Wiesbaden (VWD) – Mit einem Fehlbetrag von 0,4 Milliarden Mark schloß im April die Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland ab. Im März dieses Jahres hatte sich ein Aktivsaldo von 1,9 Milliarden Mark und im entsprechenden Vorjahresmonat eine ausgeglichene Bilanz (revidiert) ergeben. Die Handelsbilanz weist einen Überschuß von 2,555 Milliarden Mark aus gegenüber 4,535 Milliarden Mark im Vormonat und 2,7 Milliarden Mark (revidiert) im April 1983.

Mit TWA nach & durch die USA.

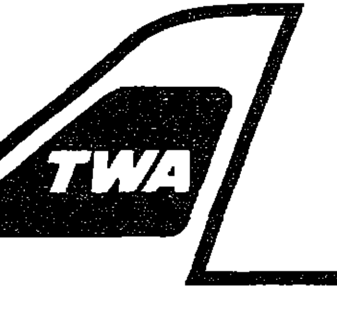
Jetzt gibt's New York im Sonderangebot.

Auf dieses Angebot werden Sie fliegen:
mit dem Holiday Tarif von TWA bequem und preiswert nach New York. Und mit American Express gibt's die aufregende Stadt dann im Sonderangebot. Z.B. 2 Tage Milford Plaza incl. Stadtrundfahrt ab 200 Mark. Oder 4 Tage mit vielen Extras und zweitägiger Busreise zu den Niagarafällen ab 931 Mark (Preise ohne Flug).
Mehr erfahren Sie in Ihrem American Express Reisebüro.

TWA, die I♥NY Fluglinie



Sie sollen sich bei uns wohlfühlen



OECD

Das Wachstum schwächt sich ab

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik hat während der letzten *Monate an Kraft verloren.* Nach der derzeitigen Stabilisierung der Wachstumsrate dürfte sie sich in der zweiten Hälfte dieses Jahres abschwächen. Diese Auffassung vertritt das Sekretariat der OECD in einer Presseinformation, die es im Hinblick auf seinen für Ende Juni angekündigten nächsten „Outlook" herausgegeben hat.

In dem letzten „Outlook" von Ende Dezember 1983 war angenommen worden, daß die deutsche Wachstumsrate im ersten wie im zweiten Halbjahr 1984 jährlich zwei Prozent erreichen würde. Tatsächlich aber hatte sie diese Marke zu Beginn des Jahres deutlich übertroffen. Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich in den USA. Auch dort wie auch in einigen kleineren OECD-Staaten wurde der positive Trend inzwischen unterbrochen.

Ursache dafür ist nach Auffassung der OECD-Experten vor allem in den USA der Wiederanstieg der Zinssätze, der zu einem Vertrauensschwund der Wirtschaft führte.

Der Bericht unterstreicht den Tendenzumschwung in der Verbrauchsentwicklung in der Bundesrepublik. Die mengenmäßigen Verkäufe des Einzelhandels, die noch im Januar um 6,5 Prozent gestiegen waren, schrumpften im Februar um 1,0 und im März um 6,1 Prozent. Der deutsche Export allerdings war weiterhin nach oben gerichtet. Demzufolge blieb die Entwicklung der Industrieproduktion im Jahresvergleich des ersten Quartals noch positiv. Im März allerdings unterschritt sie das Niveau des vierten Quartals 1983.

Die Zahl der deutschen Arbeitslosen erreichte im März und im April mit 9,1 Prozent der aktiven Bevölkerung wieder die Quote des vierten Quartals 1983 nach 9,0 Prozent im ersten Quartal. Der Preisanstieg schwächte sich zwar in den ersten drei Monaten von 0,5 auf 0,3 und 0,1 Prozent ab. Er blieb aber im Jahresvergleich mit 3,2 Prozent unverändert.

NAMEN

Horst Kramp, Vorstandsmitglied der Schering AG, wurde in den Aufsichtsrat der Berliner Bank gewählt. **Willi Hoerkens,** früheres Vorstandsmitglied der Hoechst AG, ist aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Dr. **Johannes Peters,** von 1949 bis 1967 Direktor des Verbandes ländlicher Genossenschaften der Provinz Westfalen, des heutigen Westfälischen Genossenschaftsverbandes, vollendet heute das 85. Lebensjahr.

Horst-Hermann Ilg, Inhaber der Ilg-Werbegruppe, Stuttgart, wurde zum Vorsitzenden des Fachverbandes Außenwerbung e.V., gewählt. Er ist Nachfolger von **Axel Küster.**

Dr. **Karl Schneider** (56), Vorstandsmitglied der Süddeutschen Zucker AG, Mannheim, wurde zum Präsidenten des Bundes für Lebensmittelrecht *und Lebensmittelkunde,* gewählt. Zum Stellvertreter wurde Dr. **Klaus Alfred Schroeter** (48), Geschäftsführer der Maizena GmbH, Hamburg, bestellt.

Dieter Schabacker wird zum Jahresende aus der Geschäftsführung der Electronicpartner GmbH & Co. KG ausscheiden, um die Geschäftsführerung der Didacta Ausstellungs-GmbH und des Deutschen Lehrmittelverbandes, Frankfurt, zu übernehmen.

KRAUSS-MAFFEI / Gewinn vor Steuern mehr als verdoppelt – Zurückhaltender Ausblick auf das laufende Jahr

Wehrtechnik brachte kräftigen Umsatzsprung

DANKWARD SEITZ, München

Das Hochlaufen der Kampfpanzerfertigung des „Leopard 1" und des „Leopard 2", aber auch die spürbare Konjunkturbelebung in einzelnen Zivilbereichen haben bei der Krauss-Maffei-AG, München, im Geschäftsjahr 1983 zu einem deutlichen Umsatzanstieg und einer erheblichen Ertragsverbesserung *geführt.* Insgesamt konnte die AG ein Umsatzwachstum von 59,3 Prozent auf 2,04 Mrd. DM verzeichnen und die Gruppe von 43,5 Prozent auf 2,25 Mrd. DM. Einen wesentlichen Beitrag lieferte dazu das Exportgeschäft, dessen Anteil sich in der AG auf 55,4 (28,9) Prozent und in der Gruppe auf 55,3 (31,7) Prozent erhöhte.

Bestimmender Faktor der Geschäftsentwicklung 1983 der zum Flick-Konzern gehörenden Gesellschaft war wiederum die Wehrtechnik, die zum Gruppen-Umsatz rund 1,88 Mrd. DM (plus 53,2 Prozent) beisteuerte. Im umfangreichen Zivilprogramm konnte zwar noch eine Zunahme von 7,1 Prozent auf 363 Mill. DM verzeichnet werden. Die Entwicklung verlief hier allerdings, wie es im Geschäftsbericht heißt, sehr differenziert, und in nicht allen Sparten konnte ein befriedigendes Ergebnis erzielt werden.

Während die Kunststofftechnik Auftragseingänge und Umsätze erheblich steigern konnte, wurde in der Verfahrenstechnik wegen des geringen Auftragsbestandes zum Jahresbeginn das Umsatzniveau von 1982 nicht erreicht. Weiterhin unzufrieden ist man mit dem verkehrstechnischen Bereich.

Zufrieden kann auch die Muttergesellschaft, die Buderus AG in Wetzlar, mit ihrer Tochter sein. Der Gewinn vor Steuern wurde mit 9,49 (4,4) Mill. DM mehr als verdoppelt. Entsprechend *aufgestockt wurde mit 7,0 (2,9)* Mill. DM die Gewinnabführung, nachdem Buderus 1981 noch einen Verlust von 25,8 Mill. DM hatte übernehmen müssen. Die freien Aktionäre erhalten aus dem darauf zugeschnittenen unveränderten Jahresüberschuß von 0,098 Mill. DM wieder die Garantiedividende von 15 Prozent.

Investiert wurden von Krauss-Maffei 1983 in Sachanlagen 24,1 (25,8) Mill. DM bei Abschreibungen von 27,9 (23,0) Mill. DM. Beschäftigt wurden zum Jahresende fast unverändert etwas über 4600 Mitarbeiter. Ende 1983 verfügte die AG über einen Auftragsbestand von 2,59 Mrd. DM (minus 22,3 Prozent) und die Gruppe über 3,06 Mrd. DM (minus 16,6 Prozent). Durch den Auftrag über das 5. Los „Leopard 2" habe sich der Auftragsbestand im Januar 1984 aber wieder erhöht.

Ansonsten ist der Vorstand beim Ausblick auf das laufende Jahr recht zurückhaltend. Im zivilen Bereich wird bei anhaltend positiver Konjunkturentwicklung mit einer weiteren Zunahme des Auftragseingangs gerechnet, was bei höheren Umsätzen und einigen Rationalisierungsmaßnahmen ein besseres Ergebnis in dieser Sparte bringen werde. In der Wehrtechnik wird hingegen mit einem Umsatzrückgang wegen des Auslaufens der „Leopard 1"-Lieferungen an Griechenland und die Türkei gerechnet.

MANAGEMENT-SYMPOSIUM / Nach der Columbo-Methode mit den Leuten am Arbeitsplatz sprechen

Schwachstellen-Analyse bleibt ständige Aufgabe

HEINZ STÜWE, St. Gallen

Nach Jahren der sprachlichen Verbannung ist der Begriff „Elite" wieder hoffähig geworden. Seit Monaten beherrscht er die hochschulpolitische Diskussion. Daß ohne wissenschaftliche Elite der schnelle technologische Wandel nicht zu bewältigen ist, stand für die Teilnehmer des 14. Internationalen Management-Symposiums in St. Gallen außer Frage. Bei dem dreitägigen Gedankenaustausch zwischen Wissenschaftlern, Praktikern und Studenten ging es denn auch weniger um die Hochschulausbildung als um die Möglichkeiten von Unternehmensführungen, die Voraussetzungen für Spitzenleistungen zu schaffen.

Das Tagungsthema lieferte ein *Bestseller. Den Titel „In Search of* Excellence", unter dem sich Thomas J. Peters und Robert H. Waterman 1982 auf die Suche nach den bestgeführten amerikanischen Unternehmen gemacht hatten, wandelte das veranstaltende Studentenkomitee ab in „A Need for Excellence". Mitautor Waterman von McKinsey & Comp. in San Francisco erläuterte in St. Gallen die nach seiner Ansicht wesentlichen Stärken der Spitzenunternehmen: Sie pflegen den Kontakt zu ihren Kunden, gehen auf Probleme ihrer Mitarbeiter ein und motivieren sie, indem sie Anregungen ernst nehmen, und sie haben eine Unternehmenskultur, das heißt Ziele und Werte, die alle Beschäftigten verbinden.

Für besonders wichtig hält Waterman eine ständige Schwachstellen-Analyse. Dazu empfahl der Unternehmensberater die „Columbo-Methode": „Sie müssen in Ihrem Unternehmen herumwandern, mit den Leuten am Arbeitsplatz über ihre Probleme sprechen und sich Zeit lassen." *Erst im nächsten Schritt könne* das Management darangehen, zu analysieren und entdeckte Fehler abzustellen.

Ähnlich sollte die Unternehmensführung bei Innovationen verfahren, meinte Waterman. Allein auf die Forschungsabteilung zu vertrauen, hieße viele Ideen abblocken. Es komme darauf an, auf allen Ebenen des Betriebs Anregungen und Kritik zu sammeln.

Genau in diesem Punkt der Förderung der Kreativität der Mitarbeiter sieht Yoshio Ohno, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Kosmetikkonzerns Shiseido Comp. Ltd in Tokio, eine Stärke seines Unternehmens. Das mittlere Management sei zudem bei der Festlegung der Geschäftspolitik einbezogen.

Aus europäischer Sicht beleuchtete Kaspar Cassani, Präsident von IBM Europa, das Thema „unternehmerische Zukunftssicherung". Die Arbeitsplatzverluste in Europa seien nicht das Ergebnis vollzogener, sondern das Resultat verpaßter Innovationen. Daher müßten die Unternehmer alles tun, um einen öffentlichen Konsens über die Notwendigkeit des technischen Fortschritts herbeizuführen und selbst mehr in neue Produkte zu investieren, forderte Cassani. Der Erfolg hängt dabei nach seiner Ansicht vor allem von der Motivation der Mitarbeiter ab. Materielle Anreize *allein reichten nicht* aus, wichtig seien „klar erkennbare kurzfristige Erfolgserlebnisse". Die Beschäftigten müssen nach Auffassung des IBM-Managers offen über Ziele und Strategien des Unternehmens informiert werden.

Bestand bei Managementfragen in St. Gallen noch weitgehend Einmütigkeit, so gab es, als es um ethische und gesellschaftliche Bezüge von „Excellence" ging, bewußt provozierende Töne. Der wissenschaftliche Mitarbeiter Ralph Schmitz-Dräger, ein Vertreter der jungen Generation, der traditionell ein Beitrag vorbehalten bleibt, kritisierte die „eigenartige Staatsgläubigkeit", die ausgerechnet die stärksten Verfechter der Marktwirtschaft an den Tag legten. Warum Umweltschutzmaßnahmen nicht freiwillig ergriffen würden, ohne jedesmal auf den Druck des Gesetzgebers zu warten, fragte Schmitz-Dräger.

KARLSRUHER LEBEN / Spürbare Zurückhaltung im Firmen-Gruppen-Geschäft – Wieder 18 Prozent

Hohes Überschußwachstum hält weiterhin an

HARALD POSNY, Karlsruhe

Nach einem entgegen dem Markttrend außerordentlich starken Wachs*tum im Jahr zuvor, verlief das Neuge*schäft der Karlsruher Lebensversicherung AG (KLV), Karlsruhe, 1983 wesentlich verhaltener, auch im Vergleich zur Gesamtbranche. Vorstandsvorsitzender Prof. Robert Schwebler begründet dies mit spürbarer Zurückhaltung der Unternehmen im Firmengruppengeschäft, dem die KLV traditionell stark verbunden ist.

Entgegen dieser *Entwicklung* verlief das Geschäft in den klassischen Sparten der Kapitalversicherung parallel zum Markt. Sie war es, die auch mit den bei jungen Kunden stark nachgefragten Tarifen mit gestaffelten Auszahlungsterminen wesentlich zum Wachstum beitrug.

Die Bestandsentwicklung litt nicht nur unter den nach 12jähriger Bindungsfrist abgelaufenen vermögensbildenden Lebensversicherungen, sondern auch unter Rückkäufen, obwohl einerseits auslaufende Versicherungen in neue Verträge übergeleitet, also für den Markt „gerettet" wurden, andererseits erhebliche Anstrengungen zur Bestandserhaltung unternommen wurden. Von 355 (249) Mill. DM Versicherungsleistungen betrafen 1983 rund 105 (75) Mill. DM Rückkäufe. Allerdings, so Schwebler, sei eine Tendenz zur Entspannung sichtbar.

Die während der letzten vier Jahre überdurchschnittlich gewachsenen Kapitalanlagen verzeichneten mit 75 Prozent des Neuzugangs Schwerpunkte bei Hypothekendarlehen (31 Prozent des Bestands) und Schuldscheindarlehen (38 Prozent). Verstärkt wurden auch die Immobilienanlagen, die zwar im Bestand leicht auf 12,7 Prozent zurückfielen, aber immer noch deutlich über dem Verbandsdurchschnitt (8,9 Prozent) liegen. Die wegen des hohen Immobilienanteils gering erscheinende Durchschnittsverzinsung der Anlagen *ist jedoch bei Immobilien mit* 5,45 (5,25) Prozent recht beachtlich.

Kaum verschoben haben dürften sich 1983 die Quellen des auf 287 (238) Mill. DM gestiegenen Rohüberschusses: 90 Prozent Zinserträge, Risiko- und Kostenergebnis 14 Prozent abzüglich 4 Prozent Steuern. Rund 281 Mill. DM des Überschusses (97,8 Prozent) gehen in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung. Nach Rücklagendotierung von 4 (4) Mill. DM erhalten die Aktionäre (10 Prozent Streubesitz neben Allianz und Münchener Rück) wieder 18 Prozent Dividende (Hauptversammlung: 13. Juli). Im ersten Tertial 1984 lag das Neugeschäft um 20 Prozent über dem Vorjahr, bis Jahresende werden 3,5 Mrd. DM erwartet. Der Bestand überschritt bereits die 25-Mrd.-DM-Marke.

Die Sachtochter Kalrsruher Versicherung AG hat ihren Wachstumskurs verstärkt fortgesetzt. Der Anstieg von 7,3 Prozent auf 105 Mill. DM verdiente Nettobeiträge wurde diesmal von allen Sparten auch von der Kfz-Versicherung getragen, die immer noch 59 (61) Prozent der Gesamtbeiträge bringt. Die anderen privaten Sachsparten wuchsen zweistellig. Ganz so freundlich sah, so Vorstandsvorsitzender Walter F. Schickinger, die Schadenentwicklung nicht aus. Die auf 79,2 (75,5) Prozent gestiegene Brutto-Schadenquote rührte in erster Linie aus einer höheren Anzahl von Großschäden.

Der technische Verlust nach Zuführung von 3,2 (3,5) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung und einer erstmals gebildeten Rückstellung für drohende Verluste von 2 Mill. DM erreichte 2,2 Mill. DM. Ohne die beiden Einflußgrößen hätte ein Gewinn von 3 (4,6) Mill. DM ausgewiesen werden können. So mußten die Kapitalerträge für Ausgleich sorgen. Die 1,4 (2,3) Mill. DM Jahresüberschuß ermöglichen Rücklagendotierung (0,8 Mill. DM) und 6 Prozent Dividende. Im 1. Tertial 1984 sind die Beiträge über alle Sparten um 8,8 Prozent gewachsen.

Karlsruher Leben	1983	±%
Versicherungsbestand (Mill. DM)	24 504	+ 5,7
Eingel. Neugeschäft	3324	+ 4,8
Beitragseinnahmen	770	+ 7,7
Aufw. f. Vers. Fälle	249	+ 43,1
Kapitaleinlagen [1])	5164	+ 10,9
Kapitalerträge [2])	381	+ 11,1
Aufw. f. Beitr. Rückerstattung	281	+ 21,0
Rückst. f. Beitr. Rückerstattung	572	+ 24,3

	1983	1982	1981
Stornoquote [3])	6,5	6,5	6,1
Verw. Kostenquote [4])	6,1	6,9	6,6
Abschl. Kostenquote [5])	37,9	38,2	38,8
Überschußquote [6])	37,3	33,3	28,9

[1])ohne Depotford.; [2])netto Durchschnittsrendite: 7,8 (7,8) Prozent; [3])Rück. Umwandlg. in Beitr. freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4])sonst. Aufw. d. Vers. Betr. in % d. Beiträge; [5]) in Promille d. eingel. Neugesch.; [6])Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

DIERIG / Für 1984 winkt wieder Dividende

Hoher Auftragsbestand

DANKWARD SEITZ, Augsburg

„Wenn der Himmel nicht einstürzt", können sich die Aktionäre der Augsburger Dierig Holding AG Hoffnungen machen, für das Geschäftsjahr 1984 wieder einmal eine Dividende zu erhalten. Das Grundkapital war zuletzt 1978 mit 4 Prozent bedient worden. Das laufende Jahr hat nach den Worten von Firmenchef Christian Dierig sehr gut angefangen. Der Gesamtumsatz der Gruppe lag Ende April mit 149,0 Mill. DM um 6,2 Prozent über dem Vorjahresniveau, und der Auftragsbestand, der eine mehrmonatige Beschäftigung sichere, stieg um 28 Prozent.

Schon für 1983 wäre, so Dierig, die Ausschüttung einer Dividende möglich gewesen, doch sei es ratsam erschienen, nach den verlustreichen Jahren *und der Neuorientierung,* nicht zuletzt wegen der steuerlichen Mehrbelastung, damit noch einmal zu warten. Ganz offensichtlich wollte der Vorstand auch nicht mit einer Mini-Dividende vor die Aktionäre treten. *Welcher Satz möglich gewesen* wäre, wollte Dierig genauso wenig sagen, wie über die avisierte Dividendenhöhe 1984. Als sicher kann jedoch erscheinen, daß es nicht weniger als 6 Prozent sein werden.

Das Geschäftsjahr 1983 war für die Gruppe, so Dierig, zwar ein schwieriges, aber dennoch erfolgreiches Jahr. Bei einem um rund 9 Prozent höheren Auftragseingang seien die Produktionsanlagen voll ausgelastet gewesen. Der Gruppen-Umsatz nahm um 2,1 Prozent auf 412,8 Mill. DM zu, obwohl die Exportquote auf 25,1 (29,7) Prozent fiel. Verursacht wurde dieses Exportminus überwiegend durch einen Rückgang der Damast-Exporte nach Afrika auf 11 (28) Mill. DM, das nur zum Teil durch Lieferungen in europäische Länder ausgeglichen werden konnte.

Die Erfolgsrechnung des Teilkonzerns schließt bei 348,2 (349,5) Mill. DM Außenumsatz noch mit einem Fehlbetrag von 2,4 (2,8) Mill. DM und einem auf 3,0 (5,7) Mill. DM reduzierten Bilanzverlust. Deutlich gestiegen ist allerdings der Steueraufwand mit 6,9 (4,5) Mill. DM. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden auf 2,8 (14,9) Mill. DM abgebaut, allerdings stehen jetzt Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen mit fast 15 (2,6) Mill. DM zu Buche.

Davon betreffen 7,5 Mill. DM die Textil-Treuhand GmbH (Familie Dierig), die diesen Betrag aus der Rückzahlung von 10 Mill. DM aufgrund einer Kapitalherabsetzung auf 30 (40) Mill. DM im Unternehmen beließ. Die Holding, die erneut keine Verlusteübernehmen muß, erzielte einen Jahresüberschuß von 0,13 (0,11) Mill. DM und einen Bilanzgewinn von 0,5 (0,37) Mill. DM.

COMPACT DISC / Philips und Polygram zuversichtlich

Kräftiges Wachstum erwartet

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Das vor gut einem Jahr auf den Markt gebrachte „Compact Disc"-System (CD) rechtfertigt für die Zukunft hohe Erwartungen. Srpecher der Philips GmbH, Hamburg, und des Musikkonzerns Polygram, Hannover, beurteilen die bisher erzielten Verkaufserfolge der laserabgetasteten Schallplatte angesichts der Anlaufschwierigkeiten als durchaus zufriedenstellend. Gegenüber vergleichbaren Produkten der Unterhaltungselektronik verzeichne CD einen „sehr steilen Anlauf". Philips geht davon aus, daß CD-Abspielgeräte ihren Anteil am Gesamtmarkt der HiFi-Geräte von derzeit 3,5 Prozent bis 1987 auf 15 Prozent steigern werden.

Das von Philips entwickelte System sei im Fachhandel auf großes Interesse gestoßen. Insgesamt wurden in den neun Monaten 1983 rund *60 000 Geräte an den Handel geliefert.* Davon seien allerding nur 35 000 Geräte verkauft worden. Die Marktforschung geht für 1984 von einem Geräteabsatz von 120 000 Stück aus; bis 1987 soll diese Zahl auf 800 000 steigen. Dies würde zu Endverbraucherpreisen einem Umsatz von 3,1 Mrd. DM entsprechen. Eine Stabilisierung des Preisniveaus verspricht sich Philips, wenn die „zweite Generation" nach der Düsseldorfer Fachmesse „hifivideo '84" auf den Markt kommt. Derzeit spiele sich das Hauptgeschäft in den Preisklassen zwischen 1000 DM und 1500 DM ab.

Das in den vergangenen Monaten kräftig gesunkene Preisniveau bei niedrigen Stückzahlen lasse weder den Herstellern noch dem Handel „ausreichende Spannen". Philips gehe davon aus, daß frühestens 1985 bei CD-Geräten der break-even-point erreicht wird. Bei höheren Stückzahlen sei ein Endpreis von rund 1000 DM realistisch. Philips produziert die Abspielgeräte in Belgien („hohe sechsstellige Zahl"). In Europa sei die Bundesrepublik der wichtigste Markt *(Anteil ein Drittel).*

Auf die divergierenden Preis-Interessen zu den Geräte-Herstellern verweisen Sprecher des „soft-ware-Produzenten" Polygram, an dem Philips mit 50 Prozent beteiligt ist (der Siemens-Anteil soll in Kürze an den US-Medienkonzern Warner Bros. übergehen). Erst erschwingliche Gerätepreise, so CD-Koordinator Werner Hay, werde auch die Plattennach*frage ansteigen lassen.*

Polygram rechnet im laufenden Jahr mit einer Produktion von rund 14 Millionen Platten, 1985 mit 18 Millionen. Derzeit werden im Handel CD-Pop-Platten für 29 DM und Klassik-Platten für 39 DM verkauft. Derzeit habe Polygram rund 500 Titel im Angebot. Insgesamt werden auf dem deutschen Markt im Sommer dieses Jahres etwa 1200 Titel verfüg*bar sein. Der Anteil klassischer Musik* liege bei 41 Prozent. Um kostendeckend arbeiten zu können, werde eine Mindestauflage von 2500 Stück benötigt. Die Rekordauflage eines CD-Titels liegt bisher bei 40 000 Platten.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bayreuth: Nachl. d. Wolfgang Beierlein, Kulmbach; **Duisburg:** Romano BauelementeGmbH, Oberhausen 12; **Frankfurt/M.:** Hans Bernhard Büchi, Inh. d. Tankschutz-Reparaturen; **Hannover:** Vera Schollmeier, Friseurmeisterin; **Köln:** Stumpf GmbH, Bauunternehmung; **Tettnang:** Bleicher KG, Allingen-Berg, Friedrichshafen 5.

Vergleich eröffnet: Deggendorf: *Manfred Schnelldorfer,* Bauunternehmer, Ruhmannsfelden; **Gelnhausen:** Christian Peter Möbel-Einkaufszentrum OHG.

Vergleich beantragt: Hof: Hans Rigauer, Kaufmann, Marktredwitz; **Soest:** VAMA *Kessel-* u. *Behälterbau* GmbH, Rüthen.

Amway-Information Nr. 2

WIR GEBEN DEN KUNDEN GARANTIEN, DIE VERBRAUCHER ANDERSWO VERGEBLICH FORDERN.

Amway ist ein international bedeutendes Unternehmen, das weltweit Jahresumsätze von 3 Mrd. DM erzielt.

Allein in Deutschland mehr als 150 Mio. DM. Das Angebot von Amway umfaßt alle Bereiche des Haushalts – von praktischen Reinigungsmitteln über hochwertiges Kochgeschirr bis zu gepflegten Kosmetik-Serien.

Diese Produkte werden nicht auf gewöhnlichem Weg verkauft, sondern im Direktvertrieb: zu Hause bei den Kunden. Das ist aber nicht das einzig Besondere an Amway. Wer bei Amway kauft, kann mit der Ware garantiert zufrieden sein. Denn Amway gibt auf jedes seiner Produkte die Amway Zufriedenheits-Garantie.

Wer nicht zufrieden ist, der kann bei Amway seine Ware jederzeit gegen Erstattung des vollen Preises, gegen Gutschrift oder Ersatzlieferung zurückgeben. Auch dann, wenn die Ware schon angebraucht ist. Das sind mehr Garantien, als sie von Rechts wegen sein müssen. Das sind auch mehr Garantien, als die Verbraucher sie normalerweise im Einzelhandel bekommen. Solche Garantien kann sich natürlich nur ein Unternehmen leisten, das von der Qualität seiner Produkte überzeugt ist. Ein Unternehmen wie Amway.

Amway ist nämlich nicht nur Verkäufer, sondern vor allem auch selbst Hersteller. Für die Forschung und Produktion in den eigenen ausgedehnten Fabriken werden hochmoderne Techniken und Maschinen eingesetzt. Dort werden alle Amway Produkte nach strengsten Qualitätsmerkmalen hergestellt.

Beweise für die Qualität dieser Produkte sind „gute" und „sehr gute" Test-Beurteilungen in verschiedenen Ländern. Die besten Empfehlungen sind aber die sehr guten Erfahrungen von Amway Kunden und die guten Erfolge von Amway Beratern in Deutschland.

Denn wer den deutschen Verbrauchern erfolgreich was verkaufen will, der muß schon etwas bieten: Solide Qualität. Mit Garantie.



Amway GmbH, Abt. Information, Landsberger Straße 65, 8034 Germering

HAMBURGER BANK / Zusammenbrüche vermieden

Einbußen im Ergebnis

JAN BRECH, Hamburg

Bei unverändert ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Wirtschaftsraum Hamburg hat sich das Geschäft der Hamburger Bank Volksbank eV nicht über das Maß der letzten Jahre ausgeweitet. Die Bilanzsumme und das Geschäftsvolumen stiegen jeweils um 5,4 Prozent auf 1,1 beziehungsweise 1,2 Mrd. DM. Durch intensive Zusammenarbeit mit vereinzelt in Schwierigkeiten geratenen Kundenunternehmen sei es wiederum weitgehend gelungen, so betont der Vorstandsvorsitzende Rolf Lürig, Firmenzusammenbrüche und Vermögensverluste bei den Mitgliedern zu verhindern.

Im Ergebnis hat die Bank das Niveau des Vorjahres nicht gehalten. Ein um 7,4 Prozent auf 39,1 Mill. DM gesunkener Zinsüberschuß und erhöhte Sachaufwendungen prägten die Ertragsentwicklung. Im zinsabhängigen Geschäft, so erklärt Lürig, habe die Ende 1982 eingeleitete Zinssenkung die Kreditnehmer der Bank schneller und in größerem Umfang erreicht als die Einleger. Das Teilbetriebsergebnis ging um 33,6 Prozent auf 8,3 Mill. DM zurück. Nach angemessener Risikovorsorge weist die Bank einen Jahresüberschuß von 3 (3,2) Mill. DM aus, aus dem 2 Mill. DM den Rücklagen zugeführt und 1 Mill. DM in Form von 6,25 Prozent Dividende ausgeschüttet werden.

Unter den um 2,8 Prozent auf 876 Mill. DM gestiegenen Anlagemitteln weisen die Emissionen eigener Schuldverschreibungen mit fast 90 Prozent auf 73 Mill. DM den höchsten Zuwachs aus. Die Spareinlagen wuchsen um 10,3 Prozent, während die Termineinlagen um 14,6 Prozent zurückgingen.

HAGEDA / Weiter ohne Dividende

Pharma-Handel unter Druck

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die seit 1979 dividendenlose Hageda AG, Köln, weist für 1983 einen auf knapp 0,8 (1) Mill. DM gesunkenen Jahresüberschuß aus, der den Verlustvortrag aus den Vorjahren auf 0,8 Mill. DM halbiert. Im Geschäftsbericht beklagt das zu den führenden deutschen Pharma-Großhändlern gehörende Unternehmen den anhaltend scharfen Wettbewerb im Arzneimittelmarkt. Kennzeichnend dafür seien die durch weitere Apotheken-Vermehrung und gesetzliche Kostendämpfungsmaßnahmen gebremsten Arzneimittelumsätze der Apotheken sowie die fortschreitende Konzentration im Großhandel, deren Betriebsstätten sich bei Trend zu größeren Betriebseinheiten im letzten Jahr von 126 auf 121 verringerten.

Während der Pharma-Großhandel 1983 ein Umsatzplus von 9 (real 3) Prozent bei leicht auf 14,4 (14,6) Prozent gesunkener Handelsspanne hatte, erhöhte sich der Hageda-Umsatz um 0,6 (5,2) Prozent auf 541 Mill. DM. Dabei wurden 2 von 5 Niederlassungen geschlossen und nicht kostendeckende Umsätze aufgegeben. Rationalisierungsmaßnahmen ergaben ein wiederum verbessertes Betriebsergebnis, wobei sich Kosteneinsparungen im Bereich Zinsen (5,2 nach 7,3 Mill. DM) und Personalaufwendungen (26,6 nach 27,8 Mill. DM) ergaben. Einmalige Aufwendungen im Rahmen der Umstrukturierungen beeinflußten das Ergebnis erheblich.

Die bisherige Entwicklung im laufenden Jahr zeigt nach Angaben des Vorstands einen „branchengleichen Umsatzuwachs". Von einer „weiteren planmäßigen Entwicklung" sei auszugehen. Die Lage läßt eine baldige Wiederaufnahme der Dividendenzahlung (zuletzt 2 DM je 50-DM-Aktie) kaum zu (HV.: 28. 6.).

AKTIENMARKT / Kursbewegungen und Umsätze lagen auf niedrigem Niveau

Zum Schluß leicht abbröckelnd

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Nach dem Rückschlag am Freitag machte die deutsche Aktienbörse gestern einen recht widerstandsfähigen Eindruck, wenn auch die Notierungen im Verlauf vielfach etwas abbröckelten. Zwar herrschte immer noch Unsicherheit auf dem parkett, doch wäre eine Entkrampfung unverkennbar, nachdem sich die Gerüchte über drohende Bankzusammenbrüche in den USA als falsch herausgestellt hatten. Andererseits war die Kurserholung in New York am Freitag zu gering, als daß sie in Europa gestern hätte nennenswerte Rückkäufe hervorrufen können. Die Anleger hielten sich allgemein sehr zurück, weil sie die weitere Entwicklung in Wall Street abwarten wollten. Als Grund für die flaue Geschäftstätigkeit wurde auch der Feiertag in New York und London genannt, sa daß von diesen Plätzen gestern keine Impulse ausgehen konnten.

Auch vom Devisenmarkt gingen keinerlei Einflüsse auf die Aktienbörse aus. Der Dollarkurs hat sich gut behauptet; er wurde amtlich mit 2,7285 notiert und damit geringfügig höher als am Freitag (2,7256DM).

Der Streik in der Metall- und Druckindustrie spielte für die Meinungsbildung am Aktienmarkt gestern keinen nennenswerte Rolle. Dennoch hat man in Börsenkreisen die Hoffnung nicht aufgegeben, daß sich die Tarifpartner in der Metallindustrie in dieser Woche einigen werden. Sollte es zu einem aus gesamtwirtschafdtlicher Sicht akzeptablen Kompromiß kommen, rechnet man mit einer Aufhellung des Börsenklimas und einem Wirksamwerden der aufgestauten Nachfrage.

Wegen des streikbedingten sehr frühen Andrucks der WELT kann heute leider nur ein Teil des üblichen WELT-Kursteils veröffentlicht werden. Die Redaktion hat sich um soviel Aktualität wie möglich bemüht. Sie bittet die Leser um Verständnis.

Die Kursbewegungen und Umsätze waren auf fast allen Marktgebieten gestern nur minimal. Selbst von dem bislang lebhaften Interesse für Porsche-Aktien war nichts mehr zu spüren. Bei Umsätzen von lediglich 700 bis 800 Stück in Frankfurt lag der Kurs unverändert bei 1005 DM. Ansonsten haben sich am Automarkt Daimler und Mercedes gut, BMW und VW nur knapp behauptet.

Für Nixdorf-Aktien nannte man Kurse zwischen 450 und 460 DM, also gut zehn Mark mehr als am Freitag. Die Händler haben bisher keinen Mut zu größeren Transaktionen. Über die Höhe der Zuteilung besteht nach wie vor Ungewißheit. Man rechnet mit einer starken Repartierung. Darum riskiert der Handel auch noch keine Leerverkäufe. Bankaktien hatten sich zu Börsenbeginn bis um drei Mark erholt; sie konnten ihre Gewinne jedoch im Verlauf nicht halten; BHF Bank zogen allerdings um 5 Mark an.

DEUTSCHE SCHIFFSBELEIHUNGSBANK / Kleine Fortschritte bei Raten

Überangebot an Tonnage steigt noch

JAN BRECH, Hamburg

Ausmaß und Dauer der seit drei Jahren anhaltenden Frachtenbaisse stellen für die deutsche Schiffahrt eine schwere Belastung dar. Nach Aussage der Vorstandsmitglieder der Deutschen Schiffsbeleihungsbank AG, Hamburg, Hans-Rudolf Noritz und Conrad von Sydow, hat die dringend erhoffte Verbesserung des Ratenniveaus bisher nur sehr kleine, auf Teilmärkte beschränkte Fortschritte gemacht, so daß die Einfahrergebnisse der Reedereien insgesamt unbefriedigend sind.

Trotz Konjunkturbelebung und leicht positiver Tendenz beim Ladungsaufkommen sei das Problem des Überangebots an Tonnage ungelöst und nehme eher zu denn ab. Angesichts dieser Lage in der internationalen Schiffahrt habe die Bank im Rahmen der für sie vertretbaren Möglichkeiten vermehrt mit Tilgungsstreckungen und -verlagerungen behilflich sein müssen. Während sich die planmäßigen Tilgungen von 230 auf 199 Mill. DM verringerten, stiegen die außerplanmäßigen Tilgungen um fast 50 Prozent auf 151 Mill. DM.

Der Darlehensbestand der Bank hat sich dennoch um 8,8 Prozent auf 1,9 Mrd. DM erhöht. Hier schlägt sich das Rekordergebnis bei den Neuauszahlungen nieder, die um 18,4 Prozent auf 504 Mill. DM stiegen. Das kräftige Neugeschäft, so der Vorstand, sei nicht zuletzt das Ergebnis der Hilfsmaßnahmen für deutsche Werften. Das gesamte Kreditvolumen der Bank weitete sich einschließlich Avale um 6,9 Prozent auf 2,1 Mrd. DM aus, die Bilanzsumme erreichte 2,2 Mrd. DM, das Geschäftsvolumen 2,3 Mrd. DM.

Als Bruttoüberschuß aus dem Bankgeschäft weist das Spezialinstitut 32,5 Mill. DM aus; im Vergleich zum Glanzergebnis des Vorjahres bedeutet das einen Rückgang um 2,1 Prozent. Auf eine Dotierung der offenen Rücklagen wird wegen der Priorität der Vorsorgepolitik verzichtet. Der Jahresüberschuß von 3,2 Mill. DM ist auf eine unveränderte Dividende von 10 Prozent auf das um 5 Mill. auf 30 Mill. DM erhöhte Kapital zugeschnitten.

WIENERWALD / Vergangenheit scheint bewältigt

Wieder neue Zuversicht

DANKWARD SEITZ, München

Gut zwei Jahre nach dem finanziellen Zusammenbruch der Wienerwald-Gruppe, der dann im August 1982 in Vergleichsverfahren über das schweizerische Stammhaus Wienerwald Holding AG und die deutsche Wienerwald GmbH in München einmündete, ist die Sanierungsarbeit des 1983 von den Gläubigerbanken neu eingesetzten Führungsteams inzwischen so weit gediehen, daß sogar schon wieder an eine vorsichtige Expansion gedacht werden kann. Wie Andreas Kersten, Mitglied des Verwaltungsrates der neuen Wienerwald Holding AG und Vorsitzender der Geschäftsleitung der Gruppe, mitteilte, sollen spätestens Anfang 1985 neue Restaurants eröffnet werden.

Daß es so weit gekommen ist und der Vergleich Anfang Juli dieses Jahres erfüllt sein wird, ist selbst für Kersten „fast ein Wunder". Nach Angaben von Vergleichsverwalter Joseph Füchsl hat das Münchner Konkursgericht das Vergleichsverfahren über die Wienerwald GmbH inzwischen schon aufgehoben. Bisher sind den Gläubigern (Vergleichsquote 40 Prozent) etwa 40 Mill. DM in sechs Raten zugeflossen. Ein letzter Betrag von rund 10 Mill. DM wurde Ende Juni überwiesen. Einschließlich weiterer 10 Mill. DM für den Fiskus habe die GmbH damit über 50 Mill. DM aus eigener Kraft aufgebracht. Verbindlichkeiten gegenüber Banken bestünden nicht.

Zur Bewältigung dieses Kraftaktes mußte die Gesellschaft erheblich Federn lassen. Der gesamte Immobilienbesitz wurde für 68 Mill. DM veräußert, darunter auch das Tourotel München für 13 Mill. DM. Die eigene Restaurant-Kette wurde um 38 auf 132 Betriebe verkleinert und die Zahl der Franchise-Restaurants um 17 auf 185 Gaststätten abgebaut. Allein im Geschäftsjahr 1983 ergaben sich dadurch außerordentliche Erträge von 26 Mill. DM, so Kersten, die zur Vergleichserfüllung verwendet wurden.

Ein auch für die Zukunft des Wienerwald positives Zeichen sieht Kersten darin, daß die Kundschaft in diesen schwierigen Monaten die Restaurants nicht gemieden hat. Nach einem anfänglichen Umsatzeinbruch im ersten Halbjahr 1983, der aber branchentypisch gewesen sei, habe sich die Geschäftslage bis zum Jahresende so weit gebessert, daß im vierten Quartal wieder ein Umsatzplus erzielt werden konnte. Insgesamt verblieb aber noch ein Minus von 9 Prozent (vergleichbar gemacht) auf 195 Mill. DM in den eigenen Restaurants. Die Umsätze der Franchisenehmer gab Kersten mit rund 180 Mill. DM an.

Zufrieden zeigte sich Kersten damit, daß der Betriebsverlust 1983 auf 6 Mill. DM einschließlich einer Zuführung von 1,5 Mill. DM zu den Pensionsrückstellungen eingedämmt werden konnte. Den steuerlichen Verlustvortrag bezifferte er auf 27 Mill. DM. Nach Verrechnung mit dem Stammkapital von 28 Mill. DM verfügt die Wienerwald GmbH damit über ein Netto-Eigenkapital von 0,3 Mill. DM bei einer Bilanzsumme von 99,6 Mill. DM. Zu Buche steht ein Umlaufvermögen von 37,5 Mill. DM und ein Anlagevermögen von 28,3 Mill. DM. Das Fremdkapital gab er mit 41,6 Mill. DM an.

Schon für das laufende Geschäftsjahr erwartet Kersten ein ausgeglichenes Betriebsergebnis. Dies sei schon alleine dadurch zu erreichen, daß in nächster Zeit 20 weitere Restaurants („hartnäckige Verlustträger") geschlossen werden. Zuversichtlich stimme außerdem die äußerst positive Umsatzentwicklung in den ersten vier Monaten 1984 mit Zuwachsraten von 4,5 Prozent.

Nur noch als Führungsorgan fungiert nach Angaben von Kersten die neue Wienerwald Holding AG in Luzern, nachdem die alte ihre wesentlichen Aktivitäten an die Gläubiger abgetreten hat. Ferner wurde ihnen ein Genußscheinkapital über 30 Mill. DM und das Aktienkapital von 5 Mill. DM zur Verfügung gestellt.

	28.5	25.5
H Aach M Betell. 9	1005	1000
H Aach.M. Vers. 6+1	305 G	305
D Aach. Rück 9	920 G	920
D Asseg *4	265 T	280
M Ack-Gögg 0	117	117
H Adca 0	122	121
D Adler 9	298 G	298 G
F Adt AG 4	110 bG	110,5
F AEG-Telef. 0	95,1	92,5
D AEG-Kabel 7,5	273	272 G
S Aesculap 8	327	330
F AGAB 5	129,5 G	129,8
D Agrippina *7	580 T	590 T
M Agrob 9	260 bG	260
M dgl. Vz. 0	220	220
M Aigner	287	279
M Akt. Kaulb. *18	1400 B	1400 B
H Agiv 9	312 G	317 G
H Albingia 7	565 G	560 G
D Alexanderw. 0	117 T	118
Hn Allerthal *0	185 G	182 G
S A.Re.**6,3+1,75	1530 TB	1545
S d.NA**6,3+1,75	1040,91	1040 TG
S d.35%E.6,3+1,75	1751	1690 bB
D Allianz Leb. 9	4125 bB	4100 T
D Allianz V. 10	762	762
S Allweiler St. 8	302 G	302 G
S dgl. Vz. 9	204 B	240 B
F Altana 9,5	311,5	310,5
F Andreae-N.Z. 0	163	162
H Audi NSU 0	270 G	271 bG
M Augsburger Kg. 0	109 bB	105 bB
S Badenwerk 6	133,1	135
F Bd.Württ.Bk. 9+1	419	419 G
D Balcke-Dürr 0	191	191
F Bankg.v.1899 *10	438	450 G
D Banning ** 20	850 T	950 T
H BASF 5	164	164,3
H Bavaria 3	185	185
D Bayer 4	168,5	168,5
F B. Br. Sch.-J. 6	290 bB	290 G
M Bayer. Hdlb. 10	308 G	305
M Bayer. Hartst.*12	1190 B	1190 B
M Bayer. Hypo 9	287	285,5bG
M Bayer. Lloyd 0	280 bB	270 TG
H BMW 10	384	385
M Bayer. Vbk. 10	319	317
H Beiersdorf 8	339	339
F BHF-Bank 9	266	264
B Berl. Kindl 4	130,5	131,5
B Bekula 5+1	94,5	95,8
B Berthold 0	270,5	270 bG
S Bilf.+Berg. 10	190 G	190
F Binding 7	219	219
M Blattmetall 9,5	1080 B	1080 B
D Boch.Gels. St.0	290 T	285 G
D Bonner Zement 2	210 B	210 B
F Brau AG 3	187 G	187 G
M Brem. Amb. *5	750 G	740 G
F Braun Vz. 15,2	465 G	465 G
H Br.H.Hypo 9	328 G	333 G
Hn Brsch.Jute *0	104 G	104 G

	28.5	25.5
H Breitenb.-C. **28	580 G	580 G
H Br. Straßb. *0	435 B	445 B
H Br. Vulkan 0	63,2	63,2
F BBC 6	209,5	211
S BSU Textil % 28	1280B	1280 B
D Buckau-W. 0	146 T	148
D Buderus *12	410 G	410 G
M Bgl.Br.Ing.*11+1	740 G	740 G
S Bgl.Brh.Rav.*0	360 G	360 G
S Calw D. **18	722 G	720 G
F Casella *7	440,1	447,5
F Ceag 0	107,6 G	112
F Chem. Vw. *0	299,8	–
D Colonia 5	315	315
D Commerzb. 0	163,5	165,8
D Cobk.Resza RM	12 T	13 T
D Conc. Chem.*7+8	242	242
B Conc. Sp.*0	390 B	390 B
D Contigas 7,5	287 G	288 G
D Conti Gummi 0	125	125,7
D Dahlb. St. 6,825	289,5	282 T
D dgl. Vz. 12,9	445 G	445 G
S Daimler 10,5+1	569,5	570
M Deckel AG 0	138,5	140 bG
D Dt. Atl. Tel. 9	408	405 T
H Doag 0	297,5	298,5
D Dt. Babcock St.0	156	155,8
D dgl. Vz. 0	156	155
F Dt. Bank 11	356	356
D Dt. Centrb. 12	520 T	520 G
D Dt. ContiRück 0	3900 G	3900 G
D dgl. NA 0	1270 T	1310
F Dt. Eff.+Wbs. 8	346 bB	345bB
F Degussa 9	376,3	377
H Dt. Hyp.H.-Bln.9	245 G	245
H Dt.Hp.F.-Br.10+2,5	417 G	417 G
S DLW 10	279	279
Hn Dt. Spezialgl. 8	204	207
F Dt. Steinz. *6	238 G	239
H DeTeWe 8	392 T	–
F Dt. Texaco 7,7	222 bG	226
B Dt. Eisenh. *0	175 G	175 G
M Diamalt 0	119 bG	110 bG
D Didier 5,5	167	165
F D.bl. Quellen 7,5	270 G	270 G
D Dierig Hold 0	177	177
D Dittm. & N **60	4000 G	4000 G
D DAB 3	119,5	118,9
D Dm. Ritter 7,7	265 G	265 G
D DUB-Schulth. 7	247	247
D Duewag 5	121	124
D Dresdn. Bank 4	160,5xD	167
D Dyckerh. Z 5	239	240 G
D dgl. Vz. 5	226	230
F Dywidag 8	173	171
D Edelst. Witten.*0	205 T	210 T
F Eichbaum-Br. 5	170 bG	170,3
D Elb. Verk. 10	252 G	252 G
M Elektr.-Ried. 5	10,1	10,5bG
H Elbschloß 5,5	397 G	397 G

	28.5	25.5
M En. Oberfr.N 4,5	300 TB	308 G
M En. Ostb. 5	171BxD	285
H Elkraft 0	38	38
B Engelhardt 7	240 T	243 T
D Enka 2,67	212	212
M Erlus 10	465 bG	460 G
M Erste Kulmb. 8	824 G	824
S espi *0	17,8	17,5 G
S Essl. Masch. *5	237	235 G
M Esterer **16	515 bGr	510 TG
D Farb. Liqu. RM 0	8,7	8,7
F Flachglas 8	246	246
D Ford 0	1125 G	1125 G
B Forst. Ebn. *4	2400 T	2250 T
M Fr. Oberl. Wk. 5	325 G	325 G
F Frankf. Hypo 12	520 G	525 G
F Frankona R. 5	350 G	350 G
F dgl. NA 5	286 G	286 G
F dgl.50 % E. 2,5	286 G	286 G
H Geestm. Bk. 0 0	161 G	161 G
M Gehe *4	280,5 B	G84
D Gelsenw. 6+0,5	157,5	157,2
D Gerresh. Gl. 0	137	138
F Gestra	152	150,2
D Gildem. 8	65	67,9
D Girmes 0	164,2	167,2
D Glas & Sp. *11	240 G	240 G
D Goldschm. 4	167,2	168,5
M Glow. Frk. *7	255 B	258 bG
F Grünzw. H. 4	130 bG	130,2
H Guano *0	475 G	460 T
D GHH St. 5	148,5	150
D GHH Vz. 5	138,5	139
M Hack.-Pschorr 25,	1300	1315
H Hageda 0	119 G	117 bG
D Hagen Batterie	125,1	127,8
H Hall.-Meurer *0	140,1	140 bG
D Hamborner 7	262 G	263 G
H Hbg. Hochb.*4,64	91 G	91 G
H HEW 5	95,1	96,1
H Hdl. Lüb. 7,5	285 G	285 G
H Hanmstorf 3	111 bG	110,5
D Harpener 9	296	295
F Hartm. & B.St.N 3	375	370
F dgl. Vz. 3	290	285
M Hasen-Bräu 9	–	1050 G
S Heidelb. Zem. 6,5	495 bG	396
M Heilit & W. 5	280 G	280 G
D Hein. Lehm. *0	192 bG	192 T
D Heinr. Ind. *8+2	336	338
H Hemmoor 12,3	280 G	280 G
F Henninger 0	126 G	227,8
B Herlitz 8	210	210,5
B dgl. Vz. 9	208,5	208,5
B Hermes 4	320 G	310 G
S Hesser *14,5	385 G	385
D Hindr. Auff. *5	190 T	195 T
D Hochtief 9+2	516 G	520
D Hoechst 5,5	173,7	173,5
D Hoesch 0	115,8	115,9
M Hofbr. Cbg. 2	630 G	360
D Hoffm. St. 4	180 G	180
S Hohner *0	285,1	285,1

	28.5	25.5
H Holsten-Br. 6+1	261	264,9
F Holzmann 10	424,5 G	426
D Horten 0	194	194
B Hw. Kayser *12	290 G	290 G
D Hussel 7	253	251,5
D Huta Hegerfeld 0	76 T	73 T
M Hutschenr. 9	259bBra	259 bG
H Hypo Hbg. 10+2,5	430	430 G
D IKB 7	182	182
S IWKA 0	219	220,5
M Isar-Amper 6	290 bG	290 bG
D Isenbeck *9,5	315 G	315 bG
H Jacobsen *8	615 G	615
H Jute Bremen 3	178 G	195 T
D Kabelmetal 2,5	149	149,5
D Kali Chemie 7,5	335 G	335
D Kali u. Salz 3	201,5	201
D Karstadt 6	257	255
D Kaufhof 6,5	233	233
B Kempinski 3,5	206	203
D Keramag 0	165	161
F KSB 0	159	158
F dgl. Vz. 2	146,5	147,2
Hn KWS 6	354	357
D KHD 7,5	243,5	247,5
D Klöckner-Wk. 0	60,5	61,5
D Kochs-Adler *12	360	360 T
D Köln-Ddf. *10	365	355 G
D Köln. Rück. *18	775 B	775
B Kötitzer *0	196 G	195 G
S Kolb & Sch. 0	146 G	146 G
S Kolbenschmidt	164,5	162,7
F Kr. Rheinf. 6,5	205,5	206
S Kraft Altw. *14	528 G	528 G
M Krauss-Maffei *15	1850	1830
D Kromschr. 4	188 bB	188 bG
D Krupp-Stahl *0	78	78
H Kübtr. *3	600 G	600 G
D Küppersb. *0	250 G	250 G
D KKB 10	435 T	437 G
F Kupferberg *16	670 T	665 T
F Lahmeyer 10	332	344
D Langenbr. 10	1400 G	1375 G
D dgl. Vz. 10,5	1375 G	1375 G
F Lech Elektr. 7,5	291 G	291 G
D Leifers 11	257,5	260
B Lehmann 0	73 T	73 T
M Leon. Drahtw. 10	320,2	321
F Linde 9	372	374
Hn Lind. Gildem. *13	501	501 G
M Löwenbräu 16+3	1450 bG	1450
D Lufthansa 2,5	134	133,5
D dgl. Vz. 2,5	138,5	137,5
D Magd. Feuer 7,5	450 G	450 G
H Maihak 3	148 B	148
F Mainkraft *15	492 G	492 G
F MAB 6,5	375 B	380 bG
F dgl. Vz. 6,5	430 B	430 B

	28.5	25.5
D Mannesmann 6	143	143,5
F Mannh. Vers. 8	460 bG	459
H Marks & K. *4	525 B	325
F MAN St. 4	147	149
F dgl. Vz. 4	141,2	142,8
F MAN-Roi. 16+4,2	349 G	350 bB
S M.Mill.Weing.*8	255,5	255,5bG
D Mauser 0	87	90
F Mercedes 10,5+1	484	497
F Metallges. 0	240	241
S Met. u. Lack 0	115 bG	105 G
S Mlag 6,5+1	367 bG	365,5
F Moenus 0	61	62,6
F Monachia 5	–	–
Hn Mühl. Rün. 5	163	163 G
M Mü. Rück. Inhab.9	1050	1057
M dgl. 50% E. 9	642	641 bG
M NAK Stoffe 0	86,8	88,4
S Neckarw. Essl. 7	275	284 bG
F Neckermann 0	136,5	136,5bG
M N. Bw. Hof 8	204,9	204,8
M Niedermeyr *4	228	225 bG
H Nordcement 2,5	185	185
H Nord. Steing. 0	85	85 G
D Nordstern A. *10	770	770
D dgl. NA *5 *10	760	760 G
B Nordst. Leb. *16	3500	3400
H NWK St. 7	209,5	209,5
H dgl Vz. 7	181,2	181,5
H Old. Ldbk. 7+1	256	756
D O & K *0	195	199
H Otavi 3	96	95
F PWA 0	88,2	88,6
F Parkbräu *14	410	400 G
M Patrizier-Br. 0	270	270 bG
M Paulaner 34	1775 G	1760 G
D Pegulan 4	244	244
D dgl. Vz. 4,5	245	246 T
F Pfälz. Hypo 10+7,5	475	470 G
F Pfaff 5	152,2	153
D Philips Kom. 5	389	389
H Phoenix G. 3	133	133,1
F Pittler Masch. 0	55	56
D Pongs & Z. 0	–	–
S Porsche	1007,5	1007
M Porz. Walds. 0	175	175 G
H Preussag 8	266,5	265
S Progress. 7	243,5	265
M Rathgeber *8	390	396 G
D Rav. Spinne 0	205	207 bG
F Reichelbräu 7,5	370	370 G
H Reichelt 0	-	125
S Rheinel. 10	451	449 G
F Rhein. Hypo 9	450	450
D Rhein. Textil *6	400	403 T
D Rhein. Boden 6	162	163 T
D RWE St. 8	162,2	162,5
D dgl. Vz. 8	162,1	162,1
D RWK 0	270	270 G
D Rheinmetall 6	290	286

	28.5	25.5
D Rhenag 7	295	295 T
Hn Ried. d. H. *11	424	420 G
H Rind. Sth.A **0	825	825 T
H dgl. Lit. B **0	630	630 T
F Rosenthal 8,5	250	229,5
H Ruberoid 5,5	750	750 G
D Rütgers 7	315	311
S Salamander 7,5	183	183,2
H Scheidem. *5,1+1,2	140	145 T
D Schering 10,5	337,5	337,5
D Schiess 4	114,5	113
M Schlenk 4	170	165,5 G
F Schloßqu.H. *14	–	–
D Schub. & Salz 0	92 B	93 G
S Schw. Zellst. *0	252	252 G
H Securitas *0	430	430 G
F Seitz Enz. N. 3	189,5	189,9
S SEL 10,5	379,5	383,5
S Sekt. Wach. *16	798	798 G
H Siemens 8	388,5	389,5
F Sinalco * 13	485	482 G
F Sinner 12	295	295 G
H Sloman Nept.* 0	117	117 T
M Sp. Kolbm. *14	731	731 bG
S Sp. Piersee *16	610	620 bG
D St. Bochum *6	180	189 G
H P & S *8	155	155 G
F Steigenb. *12	1450	1450 G
F Stempel 4	155	155,8
D Stern-Br. 0	187	188
D Stinnes 18	610	620 bG
B Stock 1,92	305	305 G
D Stöhr 0	87	97
D Stolb. Zink 20	960	970 bG
D Stollwerk 6,5+2,5	499	490
D Strabag 10	188	188
M Stumpf 0	127 bGr	121,5bG
M dgl. Vz. 0	130 B	130 G
M Stürtz **80	4430 G	4430 G
S St. Bäckerm. *0	245 TB	250 TB
S ST. Hofbr. 7,5+4	467 bB	470 B
S dgl. Vz. 8,5+4	385	385 G
M Süd-Chemie 9	385 bB	380
M Südboden 10	385	381
S Südz. 10	318,1	318 G
B Temp. Feld. *4	600	600 G
B Terr. Rud. **9	2000 B	2000 G
Hn Teut. C. Vz. 3+3	161	161 G
D Thür. Gas. 7,5	328	326 G
F Thuringia 10	770	770 G
D Thyssen 2	83,8	84,2
D Thyssen Ind. 1,2	64,5	66
H Triton- Belco 4	128	128 G
M Triumph-Adler 0	387	387 G
M Oberl. Ufr. 5	325 bG	328 G
H Ostra Hann. V 1	120	120
F Varta 4	176	175,3
D Veba 7,5	168,5	168,5
F Veith-Pirelli 6	215	225
M Ver.Aach.-Bln.*13	920 T	910 G
M dgl. N.A. *13	885	885 G
S V. Alt.u. Str.*0	170 B	170 G
F VDM 6,666	170 G	175 bB

	28.5	25.5
D V. Dt. Nickel *0	122	121,5
D VEW 6	119,9	120,8
S Ver. Filz *0	132 G	132 G
F VGT 2	143,8	140
H V. Kammgarn 0	26 G	–
M V. Kunstm. 5	160 G	160
D V. Rumpus *0	155 bG	155 bG
D V. Seidenw. St. 0	112	113
H V. Werkst. 0	132 T	134 B
H Vereins-Westb. 10	299	298
M Vbk.-Nürnbg. 10	360 bB	355 bg
D Vict. Leben *16	3800	3850 bG
D dgl. 50% E. *8	5080	3200
F Vögele	132,5	133
M Vogtl. Bwsp. 8	180 bB	180
D VW 0	187,8	191,5
M Wanderer *8	505 bB	305x BA
D Wedag 3	170 G	171
F Wella	410	410,5
D Westag & Get. 0	76	76
F Wickrath *6	340 G	350 bB
Hn Wilke *0	9,5 bB	9,5 B
S Wolld. Well 0	140 G	140 G
S Württ. Cattun 10	375 TB	382
S Württ. El. 9	410 G	410 G
S Württ. Feuer 9	522	528 x D
S Württ. Hypo 10+1	500	500
S Württ. Lein *16	1600 G	1600 G
S WMF 0	157	157
S dgl. Vz. 3	158 G	158 G
S Württ. Bd. *18	1360	1300TG
M Würzb. Hofb. *0	335 G	335 bG
M Zahnr. Renk. 7	234,5	235 B
D Zanders	170	172
S Zeag Zement 8	331 bG	328
S Zeiss Ikon *10	235 G	238
M Zucker & Co. *0	390 bB	380 G
S ZWL Gr. & Bet. 8	505 G	505 G

Freiverkehr

	28.5	25.5
Br AG Weser *0	57,5 G	56 G
Hn Allbank 5	238,5 G	239
F Alldephi G.*7,87	121	120
F Asko 6	880	930
H Audi Gen. **0,16	0,60 G	0,60 G
H Autania 10	455 B	435 G
F Bad. Salzschl. *0	480 G	480 G
Br Bkv. Bremen 5	202 G	200 G
D Bw. Gronau **0	330 T	370 T
H Bau-V.Hbg *2,56	440 B	440 B
H Behrens J.F. 0	86,2	86,2
B Bergmann 7	310 G	310 G
S Br. Cluss 5	270 B	270 B
Hn Br. Felds. **66	5080 G	5070 G
F Br. Moninger 0	139 B	139 B
Hn Brschw.M. 3	107 G	108 G
Br Brem. Lager 4	92,5	91 G
Br Brem. H.Es. **0	6150 G	6150 G
B Babcock BSH *0	353 T	353 T
Hn Ch. Oker *8	-G	-G

	28.5	25.5
B Chem. Brockh. 6	275 G	275 G
H Delmo 4	180 G	180 G
S Dinkelacker 7,5	–	870 bG
D Dol.-Basalt *10	330 G	330 G
D Dorst. Masch. *0	503 G	500 G
H Drägerw. Vz. 7	230	230
H dgl. Gen.	130 G	131
Hn Einb. Br. 10+1,5	457 G	457 G
D Ek. u. Hütt. *8+	260 bB	260 bG
M Electronic 2000 20	870 bG	870 bG
Br Elsfl. Werft 0	111	110 G
B Eschweil. Berg *0	100 G	100 G
D Germ.AG *2,56	340 T	340 T
M Germ. B.W. *3,84	114	114
B Gruschwitz *4	345 T	345 T
B Günther *0	320 B	320 B
H Hacke-B. *16	785 G	770 G
H Hbg. Getr. 6	128 G	128 G
H dgl. Vz. 6	115 G	115 G
H Hann. Papier 0	126	126
H Hapag-Lloyd 0	65,2	65
Hn Hbrh. Wolt. *12	568 G	570 G
F Hornschuch 0	142,1	143
F Katz Werke 0	133 G	-
M Kerkerbachb. 25+5	210	230
S Knoeckel 2,50	124 B	124 G
M Kraft-Mech. 6	128 bB	128 bG
F Koepp 3,5	120	118,2 B
M Kraftw. Haag *12	995 TG	995 TG
H Kühlhaus *0	385 G	380 G
F KKK St. 8	278	275 xD
F dgl. Vz. 8,5	268	265 xD
D Lehnkering 7	218 T	218 bB
Hn Meinecke *24	-G	575 G
H NY H. Gummi 0	54,5 B	57 B
H Nordd. Hypo 3	160 G	158
H Oelmühle 10	225	225
Hn Phywe *6	175 G	175 G
B Pomm. Zucker 15	835 T	835 T
F Rieb. Mont.**1,1	292	290
D Rösler 3	275 G	275 G
D Rückforth 17	280 T	282
H Schichau Uw.0	105 G	105 G
S Schloßg. St. *22	1510 G	1515
D Schuschlag *15	430 T	430 T
S Schwabenvert. *6	260 G	260 G
F Seilwolf 0	71	71 G
M Solenhofer *12	1360 G	1360 G
B Spinne Z. **47,85	1505 G	1505 G
S Swd. Salzw. 5	280	282
M Triumph Int. 7,5	133,5 G	133,5 G
M dgl. Gen. 3,75	67 bB	66,9
M Triumph-Inv. *10	205 G	205 G
D VA Verm. *0	389	390
M VFS Verm. *20	700 B	750 B
Hn V. Schmirgel *12	810 G	810 G
D Vict. Feuer *16+2	1900 T	1900 T
D Walther 13,5	440 T	440 T
D Wasag *0	360 T	365
D Wf. Kupfer *7	315 T	320 T
D dgl. Vz. *9	630 T	650 T
D W. Zellstoff 0	142	140 T
Br Wilkens *18	455 G	455

Ungeregelt. Freiverkehr

	28.5	25.5
M A. Alpenm. 14%	390 bBr	390 bBr
F Algusa	950	950 G
F Alte Leipziger	465 G	465 G
F dgl. 50% NA	448 G	448 G
M BAT	205,5	208 bB
F Berl. AG Ind.	220 G	220 G
D Berl. Leben	810 G	810 G
M Bernard	3150 G	3150 G
F Bibl. Institut	540	530 G
F Bürst. Kränzl	320 G	320 G
D Dachz. Idunah.	650 T	650 T
F Deere Lanz	180 G	180 G
F Diskusw.	77 B	79 B
F DM Hansa	210 G	210 G
D Garbe, Lahm	192 T	192 T
D Gas, K'laut.	345	325 B
F Georg A.	181 G	180 G
F Gerling	1395 G	1995 G
F dgl. NA	140	140 B
F dgl. Vz.	130 G	130 G
D Germ. Epe	76	76
F Gossm.	250 G	250
F Hanfw. Obera. *0	150 G	150
D Koenig & B.	184 G	185 G
D dgl. NA	190 T	190 T
D Köln Verw.	320 T	320 T
F Karl Stahl	10,4	10,3
F Langbein	78 G	78 G
F M. Fahr	505	505 G
S Min. Oberk.	410 G	410
Hn Nwd. Hefe	439 G	439 G
Hn Osn. Bierbr. *0	265 G	265 G
F Papier Weiss 0	130 T	140 B
Fq Sarona V.	230	250
D Schött	55	55
F Schwab	340 G	340 G
M SM Software	410 bG	405 bG
M Tewidata	140 bG	130 bB
F Tonw. Wiesl.	820 xD	830
F Veritas G.	700 G	400 G
F Westafr. Vict.	103 G	101
F Wibau 4	7,5	7,1 G

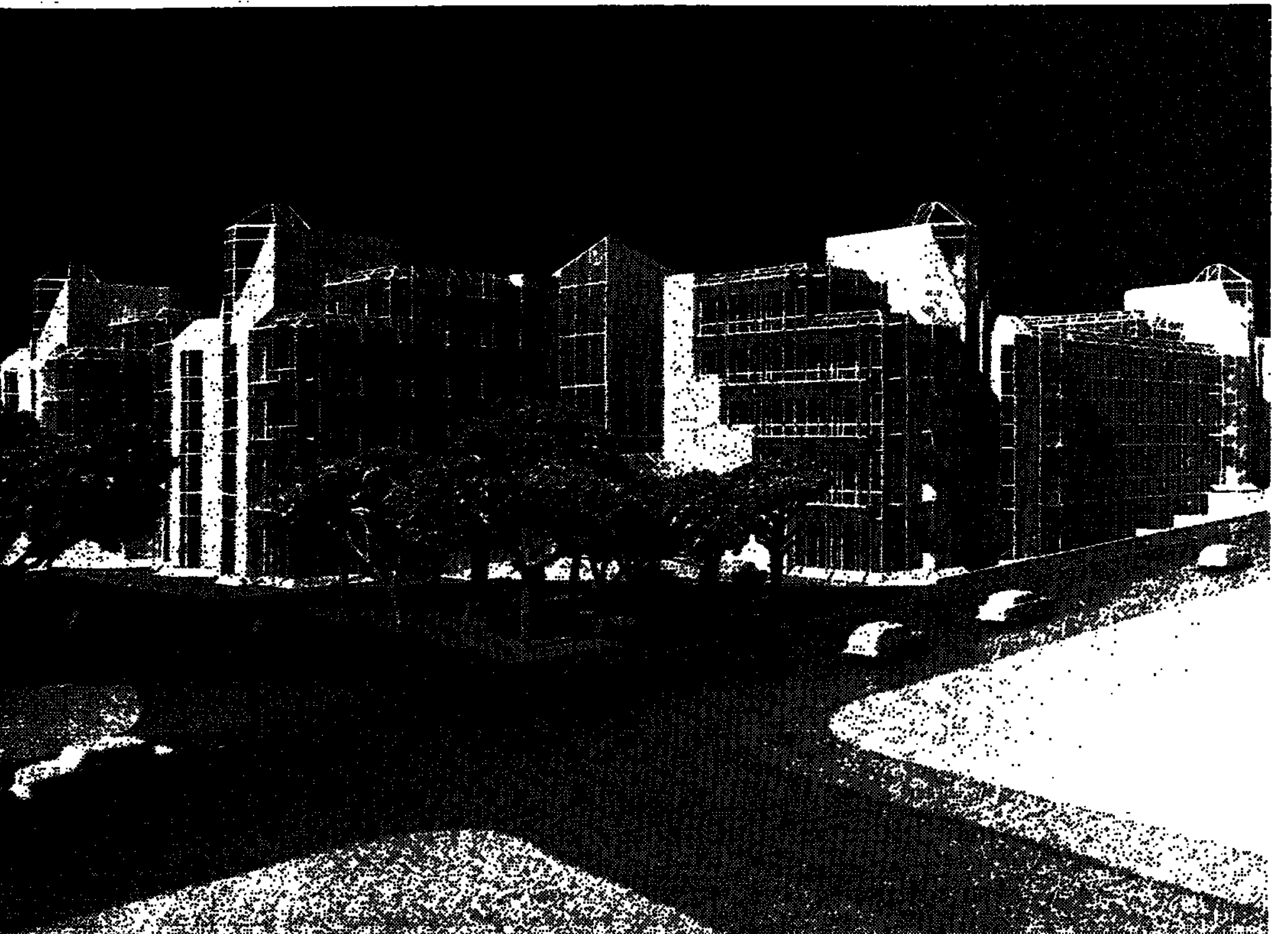
Unnotierte Werte

F Global Nat **0	15,6	15,6
F Henninger Con	2,59	2,59
F Properties Int.	-	-
F Liac **0	-	-

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. *Stücke in 100 DM, **abweichende Stückelung, kein Zeichen = Stücke in 50 DM. (Kurse ohne Gewähr)

Renten nur leicht nachgebend

Da sich in den USA die Renditen am Wochenende für Bonds nur bruchteilig ermäßigt hatten, fehlte es am deutschen Rentenmarkt an Anregungen. Das Geschäft blieb schleppend. Bundesobligationen und öffentlicher Anleihen wurden zum Teil bis zu 0,10 Prozentpunkte zurückgenommen. Da sich die öffentlichen Hände dank ihrer guten Finanzierung ebenso zurückhalten können wie die Daueremittenten, drückt kaum neues Material auf den Markt. In Kreisen der Rentenhändler wird die Meinung vertreten, daß für eine Diskonterhöhung angesichts des schwächeren Dollar kein zwingender Handlungsbedarf besteht. Die kursregulierenden Stellen gaben Titel im Nennwert von 7,7 (Aufnahme am Freitag 3,4) Millionen Mark an den Markt ab. Das Geschäft am Markt für DM-Auslandsanleihen verlief ebenfalls in sehr ruhigen Bahnen. Dabei bröckelten die Kurse überwiegend ab.



Wenn Sie mit der Deutschen Leasing bauen, können Sie Ihre individuelle Planung auch verwirklichen

Schon zum Zeitpunkt Ihrer Investitionsplanung stellt sich die Frage, ob Sie die Immobilie kaufen oder leasen werden. Genau dann sprechen Sie am besten mit der Deutschen Leasing. Denn wir geben Ihnen das sichere Gefühl, die richtige Entscheidung zu treffen.

Welche Objekte Sie auch planen, Verwaltungs- oder Fabrikationsgebäude, Lagerhallen, Märkte: Die Deutsche Leasing findet die wirtschaftlichste Lösung und bereitet sachlich ausgewogene Investitionsentscheidungen vor.

Dazu gehören beispielsweise der Dialog vor Ort während der Planungsphase und eine Darstellung betriebswirtschaftlich objektiver Kostenvergleiche. Alles mit dem Ziel freier Kreditlinien und erhöhter Liquidität.

Sprechen Sie deshalb vor Ihrer Investitionsentscheidung mit einem Berater der Deutschen Leasing.

Deutsche Objekt-Leasing GmbH, Telefon (0611) 1529365
Deutsche Leasing AG, Hungener Straße 6–12, 6000 Frankfurt/M. 60, Telefon (0611) 15291
Geschäftsstellen: Hamburg (040) 201661, Hannover (0511) 345814, Bielefeld (0521) 68090, Düsseldorf (0211) 80434, Köln (0221) 624051, Frankfurt (0611) 6664011, Nürnberg (0911) 37173, Karlsruhe (0721) 22952, Stuttgart (0711) 299681, München (089) 5027061

Deutsche Leasing



FINANZANZEIGEN





Zusammengefaßte Bilanz zum 31. Dezember 1983

AKTIVSEITE	DM
Langfristige Ausleihungen	14 799 478 117,02
Ausgleichs- und Deckungsforderungen	24 162 619,56
Wertpapiere	10 020 529,02
Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben, Schecks	13 465 309,51
Kurz- und mittelfristige Forderungen	503 019 385,61
Eigene Schuldverschreibungen	129 366 182,73
Zinsen für langfristige Ausleihungen	300 918 890,60
Durchlaufende Kredite	76 726 068,68
Beteiligungen	586 501,00
Grundstücke und Gebäude	7 436 384,93
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 433 500,00
Sonstige Vermögensgegenstände	631 329,83
Rechnungsabgrenzungsposten	73 256,00
	15 867 318 074,49

PASSIVSEITE	DM
Begebene Schuldverschreibungen (einschl. Lieferverpflichtungen)	14 189 599 530,73
Aufgenommene langfristige Darlehen	473 205 667,41
Kurz- und mittelfristige Verbindlichkeiten	98 873 212,99
Zinsen für begebene Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen	537 321 285,85
Durchlaufende Kredite	76 726 068,68
Rückstellungen	42 720 511,81
Sonstige Verbindlichkeiten	937 730,43
Rechnungsabgrenzungsposten	*86 556 097,08*
Sonderposten mit Rücklageanteil	413 000,00
Grundkapital	44 000 000,00
Offene Rücklagen	298 300 000,00
Bilanzgewinn	18 664 969,51
	15 867 318 074,49

Zusammengefaßte Gewinn-und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1983

AUFWENDUNGEN	DM
Zinsen für Schuldverschreibungen und Darlehen	1 060 016 241,93
Andere Zinsen	25 622 070,30
Einmalige Aufwendungen im Emissions- und Darlehensgeschäft	35 043 559,79
Abschreibungen und Wertberichtigungen	32 660 482,04
Personalaufwendungen	20 416 172,62
Steuern	52 211 632,53
Sonstige Aufwendungen	10 134 437,13
Einstellung in offene Rücklagen	18 600 000,00
Jahresüberschuß nach Rücklagenzuführung	18 622 331,20
	1 273 326 927,54

ERTRÄGE	DM
Zinsen von Hypotheken- und Kommunaldarlehen	1 075 855 588,36
Andere Zinsen	132 516 984,57
Einmalige Erträge aus dem Darlehensgeschäft	62 789 523,94
Sonstige Erträge	2 164 830,67
	1 273 326 927,54

Der vollständige, mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers versehene Jahresabschluß wurde am 16. Mai 1984 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die ordentliche Hauptversammlung am 9. Mai 1984 beschloß für das Geschäftsjahr 1983 die Ausschüttung einer **Dividende von DM 10,–, eines Bonus von DM 2,50 je Aktie zu DM 50,–** (Wertpapier-Kenn-Nr. 807.800) und die weitere Dotierung der Rücklagen mit 7,65 Mio. DM.

AUFSICHTSRAT: Dr. Wolfgang Röller (Vorsitzender), Dr. Wolfgang Leeb (stellv. Vorsitzender), Dr. Heinz Gerhardt, Dr. Friedhelm Gieske, Dr. Alfred Hetzel, Peter Hoffmeister, Hans-Joachim Kraus, Werner Rotermund, Dr. Wilhelm Scheider, Waltraud Scherer, Dr. Louis Storck, Prof. Dr. Friedrich Thomée, Dr. Hans-Otto Wieschermann, Dr. Gerd Wollburg, Eberhard Zeiger.

VORSTAND: Dr. Claus Bingold, Rudolf Fabian, Dr. Rainer Jaeckle, Paul-Ernst Penndorf, Hermann Schnüll.

Frankfurt am Main - Bremen, im Mai 1984

DER VORSTAND

CASSELLA AG

Zusammengefaßter Jahresabschluß 1983

Aktiva

	TDM
Sachanlagen	*92.171*
Beteiligungen	25.513
Lang- und mittelfristige Forderungen	3.882
Vorräte	91.384
Kurzfristige Forderungen	83.884
Flüssige Mittel	3.873
Bilanzsumme	300.707

Passiva

	TDM
Grundkapital	*34.100*
Rücklagen	60.760
Sonderp. m. Rücklageanteil	10.206
Rückstellungen	86.485
Lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten	72.336
Kurzfristige Verbindlichkeiten	33.371
Bilanzgewinn	3.449
Bilanzsumme	300.707

Gewinn- und Verlustrechnung

	TDM
Umsatzerlöse	*460.171*
Gesamtleistung	469.187
Materialeinsatz	181.799
Beteiligungserträge	3.669
Sonstige Erträge	13.517
Personalaufwendungen	136.432
Abschreibungen	35.663
Zinsaufwand	5.810
Steuern	5.383
Zuweisg. zu Sonderposten	922
Sonstige Aufwendungen	116.126
Jahresüberschuß	4.238
Gewinnvortrag	11
Einstellung in Rücklagen	800
Bilanzgewinn	3.449

Der Jahresabschluß der Cassella AG hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deutschen Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, erhalten.

Der Jahresabschluß wird in vollständiger Form im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Hauptversammlung der Cassella AG vom 28. Mai 1984 hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1983 eine Bardividende von 10% zu verteilen. Die Auszahlung erfolgt nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer auf den Gewinnanteilschein Nr. 29 über die im Bundesanzeiger Nr. 101 vom 29. Mai 1984 genannten Zahlstellen.



Der Abzug der Kapitalertragsteuer entfällt bei solchen Aktionären, die ihrer Depotbank eine „Nichtveranlagungsbescheinigung" eingereicht haben. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben durch die auszahlende Bank vergütet.

Cassella Aktiengesellschaft · Frankfurt am Main 61

Bogen-erneuerung

Für nachstehend aufgeführte Schuldverschreibungen werden ab sofort neue Zinsscheinbogen ausgegeben:

5 % Hypotheken-Pfandbriefe
Emission 62 A/O –241 016–

5,5 % Kommunal-Schuldverschreibungen
Emission 66 A/O –241 310 –

6 % Hypotheken-Pfandbriefe
Emission 114 M/N –241 047–

Die Bogenerneuerung wird gegen Einreichung der Erneuerungsscheine mit Stücknummernverzeichnis in doppelter Ausfertigung und arithmetischer Reihenfolge durchgeführt. Einreichungen können bei unserer Gesellschaft in Bremen bzw. Frankfurt am Main sowie bei allen Banken im Bundesgebiet und West-Berlin vorgenommen werden.

Frankfurt am Main - Bremen, im Mai 1984

DER VORSTAND

Kurs auf die Zukunft

Ein international anerkanntes Unternehmen stellt Navigationssysteme, Kreiselgeräte und Stabilisierungen für die Schiffahrt her. Der Entwicklungsbereich sucht eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter als Dipl.-Ing. TU für die Abteilung Technische Systemanalyse. Diese Tätigkeit ist ausbaufähig. Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 2. Juni, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Beiersdorf AG BDF●●●●

Wertpapier-Kennummer: 520 000

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch eingeladen zu der

Ordentlichen Hauptversammlung

am Dienstag, dem 26. Juni 1984, um 10.30 Uhr,
im Großen Saal des Hotel Atlantic,
Hamburg 1, An der Alster 73.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 1983 mit dem Geschäfts- und Konzerngeschäftsbericht des Vorstands und dem Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983.
2. Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 1983.
3. Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats.
4. Neuwahl des Aufsichtsrats.
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984.

Die vollständige Einladung mit den Vorschlägen zur Beschlußfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 91 vom 15. Mai 1984 veröffentlicht worden. Außerdem verweisen wir auf die unseren Aktionären von ihren Depotbanken zugehenden Unterlagen. Diejenigen Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen wollen, müssen ihre Aktien während der üblichen Geschäftsstunden bei folgenden Banken
Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Hamburg,
Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Hamburg,
Marcard & Co., Hamburg,
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg,
oder bei der Gesellschaft bis zum Schluß der Hauptversammlung hinterlegen.
Sie erhalten dafür Eintrittskarten, auf denen die Zahl der dem Inhaber zustehenden Stimmen verzeichnet ist. Letzter Hinterlegungstag ist der 22. Juni 1984.
Die Hinterlegung der Aktien kann auch bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank erfolgen. Sie ist auch dann ordnungsgemäß, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einem Kreditinstitut bis zum Ende der Hauptversammlung im Sperrdepot gehalten werden. Spätestens einen Tag nach Ablauf der Hinterlegungsfrist ist die Bestätigung über die erfolgte Hinterlegung der Gesellschaft einzureichen.

Hamburg, den 10. Mai 1984 Der Vorstand

INTER-AMERICAN DEVELOPMENT BANK

– Inter Amerikanische Entwicklungsbank –
Washington, D. C.

7% Deutsche Mark-Anleihe von 1969
– WKN 453 635 –

Resteinlösung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wird die letzte Tilgungsrate von nom. DM 10.000.000,– Teilschuldverschreibungen am 1. August 1984 fällig. Zur Rückzahlung gelangen die noch im Umlauf befindlichen Stücke der Nummernkreise

28901 – 36390
40981 – 64304
93340 – 93343
97231 – 97232 zu je DM 1.000,–.

Die Teilschuldverschreibungen werden vom 1. August 1984 an gegen Einreichung der Wertpapiermäntel bei den inländischen Niederlassungen der nachstehend genannten Banken zum Nennbetrag eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
ADCA-Bank Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Bankhaus H. Aufhäuser
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Deutsch-Südamerikanische Bank Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Merck, Finck & Co.
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen endet mit Ablauf des 31. Juli 1984.

Die am 1. August 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den in den Vorjahren ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Nummernkreise 1 – 28900, 64305 – 71850, 87395 – 93339 und 97233 – 100000 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Washington, im Mai 1984

INTER-AMERICAN DEVELOPMENT BANK

VGZ VERMÖGENSVERWALTUNGS GESELLSCHAFT ZÜRICH

Nutzen auch Sie die Informationen der

›Gnomen‹ von Zürich

durch ein Probeabonnement (6 Monate nur DM 70,–) der seit 26 Jahren erscheinenden

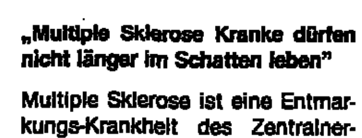
Briefe an Kapitalanleger

VGZ, Schulhausstr. 55, 8827 Zürich.

SCHWARZ

2 HH 90, Großmoorring 17, (040) 77 27 37
in Berlin rufen Sie: (030) 853 20 98

Wand- u. Park-Laternen
gemütlich und romantisch
Automatic für alle Tore
funkgest. Schutz u. verdienter Komfort
Schmiedegitter u. Tore
Schön, sicher u. von bleibendem Wert
V2A Schornsteinhauben
Schornsteinschutz von oben bis unten
Bitte Prospekt anfordern!



„Multiple Sklerose Kranke dürfen nicht länger im Schatten leben"

Multiple Sklerose ist eine Entmarkungs-Krankheit des Zentralnervensystems mit Lähmungserscheinungen unterschiedlichen Schweregrades, sowie Seh- und Hörstörungen.



Veronica Carstens, Ärztin und Frau des Bundespräsidenten, Schirmherrin der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft

Die MS-Krankheit kann jeden von uns treffen.

Die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft berät und betreut MS-Patienten und fördert die medizinische Forschung über diese rätselhafte Krankheit.

Ihre Spende hilft uns, den Kranken zu helfen.

Spendenkonto Nr. 313131
PSA Köln/Stadtsparkasse München





NACHRICHTEN

Samaranch nach Moskau

Moskau (dpa) – Das sowjetische Nationale Olympische Komitee (NOK) hat bestätigt, daß Juan Antonio Samaranch, Präsident des Internationalen Olympischen Komites (IOC) am Mittwoch nach Moskau kommt. Der IOC-Präsident will in Moskau über die Nichtteilnahme der UdSSR an den Olympischen Spielen in Los Angeles sprechen.

Essen legt Protest ein

Gelsenkirchen (dpa) – Rot-Weiß Essen, Absteiger der Zweiten Fußball-Liga, legte Protest gegen die Wertung des 0:5 bei Schalke 04 ein. Ab der 55. Minute umlagerten die Schalker Fans das Spielfeld und verletzten auch den Torwart Hallmann, worauf die Essener mit zehn Mann zu Ende spielen mußten.

Radprofi gedopt

Cava die Tirreni (sid) – Dem portugiesischen Radprofi Acacio da Silva (23) ist der Gebrauch einer verbotenen Doping-Substanz nachgewiesen worden. Das Ergebnis der ersten Kontrolle nach den Internationalen Schweizer Meisterschaften am 6. Mai in Zürich wurde durch die von da Silva geforderte zweite Untersuchung bestätigt.

Meyfarth über 1,94 m

Madrid (dpa) – Die LG Bayer 04 Leverkusen gewann in Madrid zum vierten Mal in Folge den Europacup der Leichtathletinnen für Vereinsmannschaften. Leverkusen siegte mit 166 Punkten vor Turin (153) und London (135). Für die beste Leistung sorgte Ulrike Meyfarth, die mit 1,94 m im Hochsprung eine neue deutsche Jahresbestleistung aufstellte.

ZAHLEN

TENNIS

77. World-Team-Cup in Düsseldorf, Finale: USA – CSSR 2:1. Einzel: McEnroe – Lendl 6:3, 6:2, Arias – Smid 6:4, 6:7, 4:6. Doppel: McEnroe/Fleming – Lendl/Smid 6:1, 6:2.

REITEN

55. Deutsches Spring-Derby in Hamburg: 1. Simon (Österreich) auf Gladstone 0 Fehler/51,78 Sekunden, 2. Broome (England) Queensways Royal 0/53,08, 3. Smith (England) Shinging Example 0/54,99, 4. Peters (Deutschland) Wega 4/50,66.

GEWINNQUOTEN

„6 aus 45": 10, 14, 15, 21, 28, 43. Zusatzspiel: 41. – **Elferwette:** 2, 1, 1, 1, 1, 1, 2, 1, 2, 0, 2. – **Rennquintett:** Rennen A: 11, 14, 4. – Rennen B: 35, 30, 28. (Ohne Gewähr).

STAND ● PUNKT / *Eine Strecke mit Charakter*

Saukalt war's, und sonst gar nichts," sagte Toni Mang, der frühere Motorrad-Weltmeister. Die Frage war, wie es denn nun war bei seiner Fahrt über den neuen Nürburgring. Der 25jährige Franzose Thierry Rapicault stellte das Motorrad für immer an den Boxen ab. „Ich habe Angst, ich fahre nicht weiter."

Einschätzungen prominenter Motorrad-Rennfahrer nach der Fahrt über den neuen, 4,5 Kilometer langen Kurs in der Eifel? „Gegen rauhes Wetter ist man hier oben eben machtlos," sagt Martin Wimmer, der deutsche Weltklasse-Fahrer und Sprecher der Grand-Prix-Spezialisten. Und Rapicault hätte wohl auch andernorts das Motorrad in die Ecke gestellt. Die Angst vor dem schnellen Fahren plagt ihn nämlich schon länger.

Wie haben nun wirklich die besten Motorrad-Rennfahrer der Welt den neuen Ring angenommen? Wie sieht es nach dem Großen Preis von Deutschland mit der Sicherheit aus? Im Rennen der Halbliter-Klasse stürzte der Allgäuer Reinhold Roth bei einer superschnellen Aufholjagd. Roth danach zur WELT: „Die Geschwindigkeit war optimal, aber ich beschleunigte radikal. Da stellte sich das Motorrad quer, und ich flog im hohen Bogen mit einer Luftrolle über den Lenker, während die Maschine ein Stück allein weiterfuhr." Passiert ist dem Mann nichts, weil es auf dem neuen Ring überaus breite Auslaufzonen gibt. Was wäre aber gewesen, wenn Roth auf die von den Formel-1-Fahrern gewünschten angeschrägten Randsteine geraten wäre? „Da hebt man nämlich ab wie ein Flugzeug, denn diese Dinger katapultieren dich wie eine Rampe in die Luft," sagt Manfred Herweh, und er ist sich damit mit fast allen Motorrad-Rennfahrern einig, die am Wochenende in der Eifel ihrer Arbeit nachgingen.

Ansonsten? Hubert Arbold aus Dillingen, Europameister und Zündapp-Werksfahrer in der 80-ccm-Klasse sagt: „Es ging hervorragend, man kann wunderbar aus den Kurven heraus beschleunigen." Herweh aber moniert: „Es fehlen optische Hinweise, um sich Anbremspunkte zu merken." Vorschlag: Um eingedenk des Todessturzes von Worms keine Schilder am Straßenrand aufzustellen, die zur Gefahrenquelle würden, könnte man es mit über der Strecke aufgehängten Transparenten versuchen. Reinhold Roth: „Nach dem ersten Training war ich noch etwas skeptisch. Doch nach dem Rennen muß ich sagen: Ich fand meine Anbremspunkte, und ich fand auch problemlos meine Ideallinie." Der amerikanische Halbliter-Weltmeister Freddie Spencer: „Die Strecke muß doch gut sein, sonst wäre ich doch nicht so schnell gewesen." Martin Wimmer: „Obwohl die Piste mit Hilfe des Computers entworfen wurde, ist es eine Strecke mit Charakter. Der neue Ring ist ein Kurs, der durchaus fordert, der mir aber in seiner Art liegt. Ich halte ihn, aus der Sicht des Motorrad-Rennfahrers, schon jetzt für die schönste Rennstrecke der Welt."

Auch ohne diese Euphorie: Die besten Motorrad-Rennfahrer der Welt haben nach anfänglicher Skepsis den neuen Ring begeistert akzeptiert. Bodenwellen, wie sie Herweh verspürte, bereiten in der schweren Halbliter-Klasse keine Schwierigkeiten. Und daß mit etwa nur 85 Prozent der Höchstgeschwindigkeit gefahren werden kann, liegt ebenso in der Charakteristik der Berg- und Talfahrt wie an den vielen Kurven.

Nachbemerkung: Eine japanische Motorrad-Journalistin schrieb für ihre 800 000 Leser daheim einen begeisternden Fachbericht über den neuen Ring. Warum, so fragte sie am Schluß, sollte es zum nächsten großen Motorrad-Rennen in der Eifel nicht schon einen Charterflug von Tokio nach Köln geben?

KLAUS BLUME

GALOPP / In Iffezheim – 10,1 Milionen Mark an den Wettkassen

Ordos auf dem Weg nach ganz oben

HARALD SIEMEN, **Iffezheim**

Seine Durchlaucht, Carl-Friedrich Fürst zu Oettingen-Wallerstein, Präsident des Internationalen Clubs, der die Pferderennen in Baden-Baden veranstaltet, hob nach dem letzten Rennen des Frühjahrs-Meetings am Sonntag ein Glas Sekt und trank auf eine erfolgreiche Veranstaltung. 10,1 Millionen Mark wurden an den fünf Renntagen an den Wettkassen umgesetzt, das sind 9,6 Prozent mehr als im Vorjahr, als die Wetterverhältnisse allerdings wesentlich schlechter waren. „Von einer Trendwende möchte ich deshalb nicht sprechen", formulierte der Adelsmann, „aber die negative Entwicklung scheint doch gestoppt." Dennoch: Auf Deutschlands Nobelrennbahn Iffezheim gingen die Uhren wieder einmal anders, denn bei allen anderen Galoppveranstaltern werden derzeit wesentlich schlechtere Ergebnisse als 1983 erzielt.

So erfreulich der geschäftliche Teil des Badener Rennfestes ausklang, so erfreulich war das Ergebnis auch auf sportlichem Sektor. Im Großen Preis der Badischen Wirtschaft (110 500 Mark, 2200 Meter) gab es wieder einen spannenden Endkampf zwischen den derzeit wohl besten deutschen Rennpferden Abary und Ordos. Gestüt Fährhofs Abary gewann unter Georg Bocskai wie schon vor drei Wochen beim Kölner Gerling-Preis mit einer halben Länge Vorsprung vor Gestüt Zoppenbroichs Derby-Sieger Ordos (Peter Schade). Dritte wurde die französische Stute Aborigine, der englische Hengst Lyphard's Special konnte keine Rolle spielen. Abary, der von Heinz Jentzsch trainiert wird, steigerte durch diesen Weg seine Gewinnsumme auf 523 150 Mark und scheint auf dem Weg nach ganz oben.

Zur gleichen Zeit als Abary und Ordos in Iffezheim ausländische Konkurrenz abhängten,erlitten die mit viel Vertrauen gesattelten Starpferde Orofino und Nandino im Prix Dollar in Paris-Longchamp ihr Waterloo. Nandino kam im Feld der 13 Pferde nur auf Platz 8, Orofino, der Held vergangener Jahre, gar nur auf Rang 10. Orofinos Reiter Peter Alafi wurde zudem wegen Behinderung eines Gegners mit vier Tagen Reitverbot belegt. Es hat fast den Anschein, als ob Orofinos Lorbeer nunmehr, nachdem der Hengst sechs Jahre alt geworden ist, doch allmählich zu welken beginnt. Verkaufspläne dürften nach der schwachen Vorstellung erst einmal in der Schublade verschwinden.

TENNIS

McEnroe: Für Lendl keinen Blick

sid, **Düsseldorf**

Das Düsseldorfer Millionenspiel mit dem Tennisball wurde für das USA-Team zu einer Spielerei mit dem Gewinn von 200 000 Dollar. Nachdem die Amerikaner mit ihrem Star John McEnroe in der Vorrunde Deutschland, Spanien und Argentinien jeweils ohne Satzverlust mit 3:0 besiegten, gewannen McEnroe, Jimmy Arias und Peter Fleming als McEnroes Doppelpartner auch das Finale um den 77. World-Team-Cup in Düsseldorf gegen die CSSR.

Zunächst besiegte der Amerikaner, Nummer eins der Weltrangliste, mit Ivan Lendl den Zweitbesten der Weltrangliste. Überraschend aber konnten die Tschechoslowaken durch Tomas Smid, der Arias keine Chance ließ, ausgleichen. Im Doppel aber hatten die Amerikaner wenig Mühe, den zweiten Punkt zum Gesamtsieg zu machen.

John McEnroe verließ Düsseldorf in Richtung Paris, wo seit gestern die Internationalen Französischen Meisterschaften ausgetragen werden, mit einem Gewinn aus Antrittsgeld (270 000 Mark) und Anteil der Siegprämie von einer halben Million Mark.

Nach ihrem Spiel gaben sich Lendl und McEnroe zwar die Hand, der Amerikaner aber blickte an seinen Gegner vorbei, denn den Tschechoslowaken mag er nicht besonders. Im Anschluß an seinen Auftritt, den er wegen Nieselregens einmal selbstgefällig unterbrechen wollte, dann aber mit sanftem Druck auf den Platz zurückgeholt wurde, sagte John McEnroe: „Ich sehe durchaus eine Chance, daß ich im nächsten Jahr nach Düsseldorf zurückkomme, denn ich wurde hier gut behandelt." Zum Spiel selbst sagte er: „Lendl hat nicht so gut gespielt wie erwartet, aber ich war ja auch gut."

Nach zwei Stürzen im Spiel gegen Lendl meinte der Amerikaner: „Ich bin wohl noch nie so oft hingefallen." Am Ende hatte er trotzdem das größere Stehvermögen und führt nun im Duell mit Lendl 12:8, wobei er die letzten fünf Spiele für sich entscheiden konnte. Seine Siegeserie in offiziellen Turnieren baute er in Düsseldorf auf nunmehr 26 Erfolge in Serie aus.

NATIONALELF

Derwall holt Strack und Dremmler

sid/dpa, **Bonn**

Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall hat sich entschieden – er hat sein Aufgebot für die Endrunde der Europameisterschaft in Frankreich (12.-27. Juni) benannt. Dabei vergab der Bundestrainer die beiden letzten freien Plätze in seinem 20 Spieler umfassenden Kader an zwei wochenlang verletzte Spieler.

Bundestrainer Derwall nominierte den Kölner Gerd Strack, dessen Kopfball-Treffer zum 2:1 über Albanien erst die EM-Teilnahme ermöglicht hatte, und den Münchner Wolfgang Dremmler. Beide hatten nach schweren Verletzungen lange pausieren müssen.

Auf Abruf stehen bereit: Immel (Borussia Dortmund), Falkenmeyer (Eintracht Frankfurt), Herget (Bayer 05 Uerdingen), Schäfer (VfB Stuttgart), Mill (Borussia Mönchengladbach) und Milewski (Hamburger SV). Diese sechs Spieler müssen ihre Urlaubsadresse hinterlassen und werden nachträglich berufen, sollte sich beim Vorbereitungstraining oder bei der EM selbst ein Spieler verletzten.

Und so sieht das endgültige Aufgebot des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) aus: Tor: Schumacher (Köln), Burdenski (Bremen), Roleder (Stuttgart). – Abwehr: Briegel (Kaiserslautern), Bruns (Mönchengladbach), Dremmler (München), B. Förster, K. H. Förster (beide Stuttgart), Stielike (Real Madrid), Strack (Köln). – Mittelfeld: Brehme (Kaiserslautern), Buchwald (Stuttgart), Matthäus (Mönchengladbach), Meier (Bremen), Rolff (Hamburg). – Angriff: Allofs (Köln), Bommer (Düsseldorf), Littbarski (Köln), Rummenigge (München), Völler (Bremen).

Allgemein wurde damit gerechnet, daß Derwall auf jeden Fall den Frankfurter Ralf Falkenmeyer, der durch zuletzt starke Spiele auf sich aufmerksam gemacht hatte, ins Frankreich-Aufgebot rufen würde. Da der junge Mann (22 Jahre) aber mit seinem Verein noch die beiden Entscheidungsspiele um den Verbleib in der Bundesliga gegen den MSV Duisburg bestreiten muß, entschied sich Derwall gegen das Talent. Der Kräfteverschleiß so kurz vor der Endrunde sei bestimmt zu groß, vermutete der Bundestrainer.

REITEN

Nun träumt Simon von der Medaille

dpa, **Hamburg**

Als Hugo Simon in strömendem Regen seine Ehrenrunde beendet hatte, durchnäßt bis auf die Haut, war er wieder der glücklichste Reitersmann der Welt. Zum zweiten Mal hintereinander hatte er mit dem 15jährigen Hannoveraner Wallach Gladstone, einst Eigentum des tödlich verunglückten Weltmeisters Hartwig Steenken, im schwersten Parcours der Welt triumphiert und 16 000 Mark gewonnen.

Dennoch: Der kleine Mann mit dem großen Kämpferherzen gilt im Turniersport als der „ewige Zweite". Simon, der seit Anfang der siebziger Jahre nach Streit mit deutschen Funktionären für Österreich startet, war noch nie Olympiasieger, Weltmeister oder Europameister. Das ist sein großer Kummer.

Über zwölf Jahre ist es her, beim 20. Dortmunder Hallen-Turnier war es, da mußte sich Hugo Simon von einem bekannten deutschen Funktionär sagen lassen, er habe mit Fair Lady zwar ein gutes Pferd, aber dazu brauche man auch einen „erfahrenen Mann". Da platzte ihm endgültig der Kragen. Er entdeckte eine Großmutter in Österreich und startet seitdem für dieses Land. Er lebt aber weiterhin in der deutschen Pfalz.

Jetzt aber träumt er um so mehr davon, wenigstens einmal eine olympische Medaille zu gewinnen. Los Angeles ist sein Ziel. In Los Angeles wird er am 3. August 42 Jahre alt. Vier Tage später findet der Preis der Nationen statt. Am 12. August folgt das Einzelspringen. Mit dem achtjährigen Wallach The Freak und mit Gladstone hat er zwei überdurchschnittlich starke Pferde: Gladstone will er im Preis der Nationen einsetzen, falls Österreich startet, den achtjährigen Wallach The Freak im Einzelspringen.

Ursprünglich sollten die Olympischen Spiele in Amerika das Ende seiner Laufbahn sein – „Wenn ich eine Medaille gewinne, höre ich auf" – doch inzwischen hat er es sich wieder anders überlegt: „Warum sollte ich Schluß machen? Ich habe wieder gute Pferde, und mir macht die Reiterei nach wie vor viel Spaß". Vor allen Dingen aber das Siegen und das Kassieren.

DAIHATSU

Klassenbester auch 1984—Daihatsu Charade



In der Kenya-Safari-Rallye 1984 sahen die Mitwettbewerber im Titelkampf um den Klassensieg bis 1.300 ccm den nur 986 ccm-3-Zylinder Daihatsu Charade—wie bei der Kenya-Safari-Rallye 1982—wieder nur von hinten.

Daihatsu Charade Turbo im Rennen

Der Daihatsu Charade Turbo wurde zweiter in der Klasse bis 1600 ccm. Obwohl der Daihatsu Charade Turbo den gleichen Hubraum hat wie der Saugmotor, wird er aufgrund der Turboladung in der höheren Klasse gewertet.

Am 19. April 1984 gingen 76 Rallye-Fahrzeuge aller Klassen in Nairobi an den Start. 5.258 km über brutal harte Schotterpisten, die über Steine, Geröll und Löcher, durch Schlamm und Wasserdurchfahrten führten. 5 Tage mörderische Hitze, Staub und Konzentration der Fahrer.

Zuverlässigkeit und überlegene Spitzengeschwindigkeit waren notwendig, um unter diesen Bedingungen diesen großartigen Erfolg zu erkämpfen.

Der Daihatsu Charade Turbo meisterte diese Herausforderung. Fahren Sie den rallye-bewährten Sieger Daihatsu Charade.



Daihatsu Charade—Mr. Ashok Pattni (Fahrer) und Mr. Zahid Mogul (Beifahrer) steuern dem Sieg entgegen.

DAIHATSU
Autos von morgen—schon heute.

(Hersteller) DAIHATSU MOTOR CO., LTD. PHONE: IKEDA (0727) 51-8811
TELEX. 0-5322-251 JAPAN 0-5322-224 JAPAN CABLE: TLX 5322224 DAIHATSU IKEDAOSAKA
Ausführliche Informationen erhalten Sie von (für PKW)
WALTER HAGEN AUTO-IMPORT UND-HANDEL GmbH,
Pestalozzistr. 25, 4150 Krefeld, Tel. 02151/895 340, Telex 853 463 Hag D

Synthese zwischen Alt und Neu: Japans Architektur

Das Universum im Auge

Die Geburtsstunde der modernen japanischen Architektur, die ihre Entstehung im wesentlichen westlichen Einflüssen verdankt, fand unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges statt. Aber es sollte noch gut fünfzehn Jahre dauern, bis sich in den sechziger Jahren eine eigenständige Entwicklung bemerkbar machte. „Metabolisten" nannte man jene Architekten, die für die rasante Entfaltung des Bauens verantwortlich zeichneten. Zu den bekannten „Superstars" der Metabolisten gehören Kenzo Tange und Kisho Kurokawa. Sie entwarfen großartige Projekte, um das japanische Städtebild zu erneuern. Aber nur die wenigsten wurden schließlich realisiert.

Der Corbusier-Schüler Tange z. B. wollte eine Stadt rund um die Bucht von Tokio errichten, um die permanenten Verkehrsprobleme der Hauptstadt endgültig zu beenden. Der Plan stieß auf heftige Kritik: Seine Verwirklichung, so hieß es, würde katastrophale Folgen nach sich ziehen. Tange zog sich aus der Affäre, indem

Kulturwelt – ARD, 23.00 Uhr

er behauptete, sein Entwurf sei lediglich eine „rhetorische Übung" gewesen; seine Durchführung habe er niemals beabsichtigt.

Trotz vieler gescheiterter Projekte hatte die „Metabolisten"-Bewegung einen beträchtlichen Einfluß. Außergewöhnlich für seine Zeit waren Tanges Sportstadien, die er für die Olympischen Spiele 1964 entworfen hatte. Die geschwungenen Dachkonstruktionen stellen eine gelungene Synthese zwischen Moderne und japanischer Tradition dar.

Großes Aufsehen erregte Kisho Kurokawa vor zwölf Jahren mit seinem „Nakagin-Kapsel"-Gebäude. Dabei handelt es sich um eine 53 Meter hohe Konstruktion, die aus 140 vorgefertigten Stahlkapseln zusammengesetzt wurde – wie ein Haus aus Legosteinen. Sein neuester Bau erinnert mit seinem riesigen augenförmigen Fenster an die Kyklopen der griechischen Mythologie. Das Fenster zeigt eine schematische Darstellung des Universums, für die ein alter Druck die Vorlage gab.

1968 vollzog sich im Städtebild Tokios ein epochaler Wandel: Japans erstes Hochhaus, das 36stöckige Kasumigaseki-Gebäude, wurde eingeweiht. Bis zu jenem Zeitpukt hatten sich die Architekten wegen der permanenten Erdbebengefahr an die herkömmlichen Ein- oder Zwei-Etagen-Konstruktionen gehalten: zum größten Teil Holzhäuser, die nicht für die Ewigkeit gebaut waren.

Die ersten bebenfesten Eisen-, Beton- und Glaskästen wurden aus Erwägungen der Nützlichkeit gebaut. Auf das Erscheinungsbild der Umgebung nahmen sie keinerlei Rücksicht. Obwohl es den Architekten durchaus gelungen ist, den traditionellen japanischen Baustil mit moderner Architektur zu kombinieren, bezeichnen Kritiker manche Städte auf dem japanischen Archipel als „visuelles Chaos" und „architektonischen Alptraum". So stehen in Tokio z. B. kleine Häuser im Schatten von vielstökkigen Betonklötzen. Das verschmilzt zwar nicht, wie in Europa häufig zu beobachten, zu einer harmonischen Einheit; der Anblick entbehrt dennoch nicht eines gewissen Reizes.

Eine der größten Ansammlungen von Wolkenkratzern kann man im Shinjuku-Bezirk von Tokio bewundern, wo seit 1971 elf Gebäude entstanden, die alle höher als 200 Meter sind. Und noch immer befinden sich zahlreiche Skyscrapers im Bau. Mittlerweile rühmt sich das Land etwa 250 Gebäude mit mehr als 100 Metern Höhe.

Seit den letzten fünf Jahren bewegt sich Japan nach Ansicht von Fachleuten auf die „postmoderne" Architektur zu. Zu deren bekanntesten Vertretern gehört Arata Isozaki, der einige der kostspieligsten Bauwerke in der Universitätsstadt Tsukuba entworfen hat. Tsukuba liegt rund 60 Kilomter nordöstlich von Tokio; hier wird auch die Weltausstellung „Expo '85" stattfinden. Isozakis 50-Millionen-Dollar-Projekt umfaßt ein Hotel, einen Konzertsaal, ein Verwaltungsgebäude, Läden, eine Plaza und ein Freilufttheater. Besonders gelobt wurde seine Arbeit, weil sie, was selten ist innerhalb der modernen japanischen Architektur, verschiedene Stilrichtungen kombiniert und zu einem reizvollen Ganzen zusammenfügt.

In diesem Zusammenhang muß auch das städtische Kushiro-Museum in Hokkaido erwähnt werden, das der Silhouette eines Kranichs nachempfunden ist, sowie der Museumsbau des Architekten Murano Togo, der einem jener Höhlentempel gleicht, die entlang der mittelalterlichen japanischen Seidenstraße stehen.

EDWIN KARMIOL

KRITIK

Viele zappelnde Leute

Hat man einmal einen guten Kommissarstyp gefunden, so sollte man zunächst einmal dabei bleiben und nicht gleich wieder Experimente machen. In ihrem letzten Krimi war Karin Anselm in ihrer Rolle als Kommissarin Wiegand der erste überzeugende weibliche Kommissar des deutschen Films. Unter ihrer glattgestrichenen Frisur wirkte sie coolüberlegen, ließ die Sachen an sich herankommen und strömte doch Weiblichkeit und menschliche Wärme aus.

Im **Tatort** „Täter und Opfer" aus Baden-Baden kam man auf die unglückliche Idee, Frau Anselm in Muttilöckchen vorzuführen, womit ihr besonderer Charme weg war. Außerdem wurde sie vom Drehbuchverfasser Peter Wemmer und von der Regisseurin Ilse Hofmann ihrer Überlegenheit beraubt und mußte wie ein aufgeregtes Hühnchen agieren. Die Art, wie diese Kommissarin mit ihrem Assistenten herumzukeifen hatte, ist Wasser auf die Mühle jener Männer, die sagen, eine Frau könne eben keine Vorgesetzte sein.

Überhaupt herrschte durch den ganzen Film eine Hektik, die bald ermüdete. Wirkliche Spannung kann nur in einem Film entstehen, wo das Aufregende vom Ruhenden – sei es ein uriger Kommissar, sei es eine ruhige Situation – kontrapunktisch voneinander abhängt. Das mysteriöse Mädchen mit seinem verschrobenen Innenleben, um das sich die Vergewaltigungs- und Eifersuchtsstory drehte, wirkte unter so viel zappelnden Leuten schon fast normal, fiel gar nicht mehr auf.

Man staunt immer wieder, wie oft junge Filmleute, bei all ihrer sonstigen Begabung, die elementarsten Gesetze der Publikumswirksamkeit mißachten. Schade, daß dabei auch ein so guter Schauspieler wie Rolf Becker zusammen mit Frau Anselm mitverheizt wurde.

ANTON MADLER



Am 1. Oktober 1984 präsentiert sich das ZDF an den Freitag- und *Samstagnachmittagen sowie am* Sonntagvormittag und -nachmittag mit einer **veränderten Programmstruktur**, die dem veränderten Freizeitverhalten der Zuschauer am Wochenende Rechnung tragen soll. Damit will das ZDF die Wettbewerbsfähigkeit mit der ARD und ihrem seit Januar 1984 veränderten Wochenend-Programmschema wiederherstellen.

So werden demnächst am Freitag zwischen 15.00 Uhr und 16.30 Uhr Spielfilme mit thematischem Schwerpunkt (z. B. „Die fünfziger Jahre") zu sehen sein, Musiksendungen sind ebenso eingeplant wie neue Formen einer aktiven Zu*sammenarbeit zwischen Redaktionen* und Zuschauern. Die Zeit zwischen 15.00 Uhr und 15.45 Uhr am Samstag ist Musiksendungen vorbehalten. Der Sonntagvor- und nachmittag ist in drei Blöcke gegliedert. Von 10.30 Uhr bis 13.45 Uhr werden hauptsächlich Programme für Erwachsene gesendet; in der Zeit von 13.45 Uhr bis 16.05 Uhr sind Vorschul, Kinder- und Jugendsendungen vorgesehen. Danach stehen Fernsehspiel-Reihen und Literaturverfilmungen auf dem Programm.

Gleichzeitig mit der Neustrukturie*rung bekommen einige ZDF-Sendun*gen einen anderen Sendeplatz. So wird das Magazin „Freizeit" auf den Freitagnachmittag zwischen 16.30 Uhr und 17.00 Uhr verlegt; die „Chronik der Woche" wird künftig samstags zwischen 14.00 Uhr und 14.30 zu sehen sein. Die Sendung „Mosaik" wird ab Oktober sonntags ab 11.15 Uhr bzw. 11.30 Uhr ausgestrahlt.

Für kulturelle und politische Dokumentationen werden neue Plätze geschaffen: Am Samstag von 11.30 Uhr bis 12.00 Uhr für die Wiederholung des mit dem SWF koproduzierten Bildungsprogramms, von 12.00 Uhr bis 14.00 Uhr „Nachbarn in Europa". Zwischen 14.30 Uhr und 15.00 Uhr kommen dreizehnmal das Magazin „Umwelt", politische Reportagen und 26mal Kulturdokumentationen aus dem Bereich der „Alltagskultur" auf den Bildschirm. Sonntags ist in der Zeit von 16.10 Uhr bis 16.25 Uhr ein neuer kultureller Programmakzent mit dem Namen „Kultur-Studio" vorgesehen.

DW





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Vor dem Sturm (5)
11.25 Bitte umblättern
12.10 Alle Räder stehen still ...
Leben mit dem Streik
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauenberufe
Die Zukunft begann vor 100 Jahren
5. Folge: Achtung, sie kommt!
Lehrerinnen erobern die Schule
Im Mittelalter hatten sie als Nonnen, Stiftsdamen oder Hauslehrerinnen großen Anteil an der Erziehung der Kinder, erst Mitte des 19. Jahrhunderts wurden sie in den öffentlichen Schuldienst übernommen und drangen damit in eine Domäne des Mannes ein.
16.55 Spaß am Dienstag
Anderen eine Falle zu stellen, macht fast jedem Spaß. Frank versucht es mit Stefani und fällt selbst hinein.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Bananas
21.05 Monitor
Europas Nationalsozialisten formieren sich / Frauenhäuser vor dem Ruin? / Über die Situation an der Streikfront
Moderation: Klaus Bednarz
Anschl. Parteien zur Europawahl
21.50 Dallas
Scheidung
J.R. frohlockt. Mit der Hilfe von Katherine Wentworth hat er es tatsächlich geschafft, die Versöhnung von Bobby und Pam zu verhindern.
22.35 Tagesthemen
23.05 Bonsai als neue Architektur
Vom Bauhaus zum modernen Manierismus
Film von Werner Krüger
Mit der japanischen Gegenwartsarchitektur beschäftigt sich der dritte und letzte Beitrag der Sendereihe.
00.05 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Für die ältere Generation
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Ravioli
Letzter Teil: Die neue Welt
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Wolfgang Mettenberger
17.50 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Lehmanns
Das Komplott
19.00 heute
Anschl. Parteien zur Europawahl
19.30 Kerbels Flucht
Fernsehspiel von Uwe Timm nach seinem gleichnamigen Roman
Mit Peter Sattmann, Barbara Rudnik u. a.
Regie: Erwin Keusch
Christian Kerbel, einstiger Student und jetzt Taxifahrer, lebt mit seiner Freundin Karin und zwei weiteren Mitbewohnern in einer Wohngemeinschaft. Als ihn Karin eines Tages wegen eines anderen verläßt, gerät Christian in eine schwere Identitätskrise.
21.15 WISO
„DDR"-Umsiedler – Neubeginn bei Null / Krise am Persischen Golf – Werden Benzin und Heizöl noch teurer? / Tip: Nebenverdienst für Arbeitslose / Streik und Aussperrung bei uns – Wie berichten die „DDR"-Medien darüber?
Moderation: Friedheim Ost
21.45 heute-journal
22.05 Die Familie oder Schroffenstein
Ein Film von Hans Neuenfels nach dem Trauerspiel „Familie Schroffenstein" von Heinrich von Kleist (1777 – 1811)
00.15 heute

Ulrich Wildgruber und René Hofschneider in Hans Neufels' Verfilmung von Kleists „Familie Schroffenstein" (Die Familie oder Schroffenstein – ZDF, 22.05 Uhr). FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Klaus-J. Henning aus Andorra
20.45 Rückblende
Vor 175 Jahren gestorben: Joseph Haydn – Die höfische Musik
21.00 Formel Eins
21.45 ... und dann gehn wir doch alle kaputt
Hattingen an der Ruhr
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Fußball-Land Bundesrepublik
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Die Sprechstunde
19.15 45 Fieber
Ein Jugendmagazin
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
Eine Fragestunde – live mit Tankred Dorst
21.15 Evas Töchter (2)
22.05 Wege nach oben
Zur Psychologie des Führungsverhaltens
22.50 Der Sternenhimmel im Juni
23.05 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 *Unterwegs mit Odysseus*
19.00 Formel Eins
19.45 Vergessene Kulturen an der türkischen Riviera (4)
20.00 Duell in den Wolken
Amerikanischer Spielfilm (1957)
Regie: Douglas Sirk
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Häuser in Hessen
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Unten Kabelpost – oben Schneckenpost?
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Kultur-Kalender
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.00 Das internationale TV-Kochbuch
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Warte, bis es dunkel wird
Amerikanischer Spielfilm (1967)
23.00 Les cuisines régionales françaises

BAYERN
18.15 35-Stunden-Woche, wie soll das gehen?
19.00 Der Stolz der 3. Kompanie
20.30 Die Shadoks
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Spurtrist
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

kündigt an

Am Freitag, dem 1. Juni 1984

EXKLUSIV



Adalbert Bärwolf:

„Als erster deutscher Pilot sah ich die alliierte Invasionsflotte"

Der langjährige WELT-Korrespondent für Technologie erinnert sich an den 6. Juni 1944.

Als 22-jähriger Luftwaffen-Leutnant flog er an diesem Tage kurz nach Sonnenaufgang in seinem Jagdaufklärer Me 109 G-8 über die Flotte vor der Orne-Mündung. Er sah aus dem Morgendunst die alliierte Armada. Die Luftüberlegenheit des Gegners war erschreckend. Wo war die deutsche Luftwaffe?

Lesen Sie seinen Augenzeugenbericht am 1. Juni in der WELT.

Kaufen Sie sich
DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

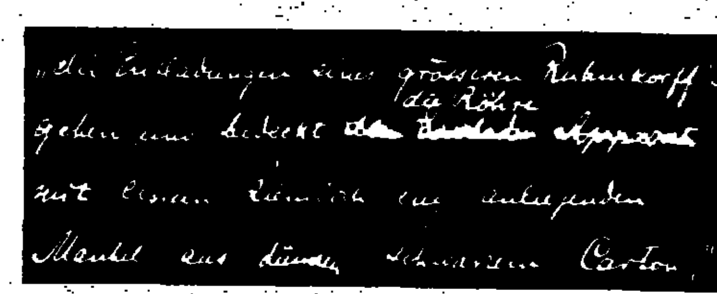
Seit dieser Notiz war der Mensch durchschaut.

Sie stammt aus dem Jahre 1895, aufgeschrieben von Wilhelm Conrad Röntgen*) und verkündet eine wissenschaftliche Sensation: die Entdeckung von Strahlen – von Röntgen selbst X-Strahlen genannt – welche die Eigenschaft haben, Körper mit unterschiedlicher Dichte ohne Brechung zu durchleuchten. Im Labor hatte der Physikprofessor dies zunächst an Papier, Hartgummi, Bleiblechen und an der Hand seiner Ehefrau Bertha getestet.

Dann wagte Röntgen die „Premiere": vor einem staunenden Auditorium der Würzburger Universität durchstrahlte er am 23. Januar 1896 die Hand des Anatomen Albert von Köllicker. Ein Jahrhundertereignis der Physik wurde zur Sternstunde der Medizin. Die wissenschaftliche Welt bedankte sich im Jahre 1901 bei Wilhelm Conrad Röntgen mit der Verleihung des ersten Nobelpreises für Physik.

Auch heute – fast ein Jahrhundert nach der Entdeckung der Röntgenstrahlen – bleibt Forschung Wagnis, kaum vorausberechenbar. Heute mehr denn je bedarf es privater Forschungsinitiativen, damit der Mut zum Risiko auch in der Wissenschaft erhalten bleibt.

*) * 27. 3. 1845 in Lennep; † 10. 2. 1923 in München.



Als Gemeinschaftsaktion der deutschen Wirtschaft für die Wissenschaft fördert der Stifterverband aus Spenden seiner Mitglieder und Förderer und aus den Etats der von ihm betreuten Stiftungen – unabhängig vom Staat – Wissenschaft und Forschung in unserem Land. Auch die medizinische Forschung. Hier sind unsere Schwerpunkte die Krebsforschung – vor allem die Früherkennungsforschung – und die Erforschung der Multiplen Sklerose. Aber auch die Erforschung der körpereigenen Immunabwehr. Bereiche, von denen wir uns immer bessere Heilungschancen versprechen.

Alles, was wir tun, wo immer wir fördern, ob in den Natur- und Geisteswissenschaften oder bei der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit, aber auch bei der Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, dient nur einem Ziel: mitzuhelfen, daß unser Land auch künftig zu den führenden Wissenschaftsnationen zählt.

Schreiben Sie uns, wenn Sie gemeinsam mit uns etwas für die geistige Zukunft unseres Landes tun möchten. Wir informieren Sie gern über alle Möglichkeiten, sich an einer der wichtigsten Gemeinschaftsaktionen unserer Zeit zu beteiligen. Damit wissenschaftlicher Fortschritt unsere Wettbewerbschancen auf den Weltmärkten von morgen sichert.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Die Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft
Brucker Holt 56-60 · 4300 Essen 1 · Telefon 0201/711051

Neuartiger Umgangsstil

gaz – Vornehmheit ist selten geworden. Folgendes lesen wir in einem Rundschreiben, das der Generalsekretär des deutschen PEN, Hanns Werner Schwarze, an die Mitglieder seiner Organisation verschickt hat: „Das internationale PEN-Treffen 1986 soll in Hamburg stattfinden, wir werden also Gastgeber sein. Mit den staatlichen Stellen in Bonn und Hamburg, die wir für derartige bundesdeutsche Repräsentanz zur Kasse bitten müssen, haben Christa Scharf, der Schatzmeister und ich ... Voraussetzungen geklärt. Sie können sicher sein, es gab weder Auflagen noch Wünsche. Offensichtlich schmücken sich, Wende hin oder her, solche staatlichen Stellen noch immer mit uns."

Herr Schwarze hat also Bonn und Hamburg „zur Kasse gebeten", und Bonn und Hamburg haben anstandslos bezahlt. Es gab weder Wünsche noch Auflagen. „Gentlemanlike" oder „generös" kann man das nennen, doch Schwarze sieht es ganz anders. Er setzt ohne weiteres voraus, daß die von ihm angezapften Stellen „eigentlich" gern Auflagen gemacht, dann aber davon Abstand genommen hätten, weil sie sich mit ihm und seinesgleichen „schmücken" wollten. Beweise hat er nicht. Er überträgt sein eigenes unvornehmes Denken einfach auf den Verhandlungspartner, und er bringt das beifallheischend sogar noch in einem offiziellen Rundschreiben zu Papier. Ziemlich blamabel!

Übrigens: Schmückt denn der deutsche PEN wirklich noch? Einst war er tatsächlich ein Klub unbestreitbarer Gentlemen, aber heute ist er doch nur noch eine Literatenlobby neben anderen. Krethi und Plethi füllen die endlos lange Mitgliederliste, und über dem neuartigen Massenbetrieb kam offenbar auch die Fähigkeit abhanden, im gesellschaftlichen Verkehr (und dazu gehört natürlich auch der Verkehr mit staatlichen Stellen) die feinen Regeln der Höflichkeit einzuhalten. Schwarzes Rundschreiben ist ein Beweis dafür.

„Johanna auf dem Scheiterhaufen" in München

Weltläufige Hydraulik

Schlaue Pläne gehen nicht immer auf. So war es eine Idee des Münchner Generalintendanten August Everding, anläßlich des Katholikentages ein auf drei Theater verteiltes Tryptichon über die heilige Johanna darbieten zu lassen, Shaw im Schauspiel, Verdis „Giovanna d'Arco" am Gärtnerplatz, Arthur Honeggers „Johanna auf dem Scheiterhaufen" im Nationaltheater. Aber der Verdi ließ sich gar nicht realisieren (dafür gibt es am Gärtnerplatz nun die beiden Dallapiccola-Einakter „Hiob" und „Der Gefangene" als christlich-humanistischen Denkanstoß), der Shaw läßt noch auf sich warten, nur der Honegger, in Everdings eigener Inszenierung, blieb also.

Schon in den dreißiger Jahren entstanden, gewann das Werk große Popularität im geteilten Frankreich der Weltkriegszeit, in den fünfziger Jahren dann auch in Deutschland. Das in Teilung dahinjammernde Vaterland hat Honegger und seinen Textautor Paul Claudel weit mehr an dem Johanna-Stoff berührt als die Psyche oder die Heiligkeit der kriegerischen Jungfrau. Vielleicht war das ein dramaturgisches Manko. Jahrelang wurde das Werk jedenfalls dann fast gar nicht mehr gespielt, erst neuerdings taucht es wieder häufiger auf, wenn auch meist nur in konzertanter Form.

Everding macht die Flucht ins Konzertante nicht mit. Er setzt das Stück wieder groß in Szene. Die Bühne wird vorgebaut bis in den Zuschauerraum, das Orchester ist auf der Bühne plaziert, hinter den Akteuren, dennoch außerdem versenkt. Dahinter erst staffelt sich der Chor auf – eine Experiment, das akustisch vorzüglich gelingt. Nur bei großen Massenszenen gerät die Musik tatsächlich zu sehr in den Hintergrund. Silvio Varviso dirigiert sie sehr rasch und dramatisch, kaum mit oratorischer Kontemplation. Das bekommt Honegger, den man aus heutiger Sicht kaum noch unter die Modernen einreihen würde, sondern trotz seiner neoklassischen Attitüden eher als Erben Debussys, ausgezeichnet.

Everding also dreht die Technik auf. Hyraulik und Seilzüge kommen bei ihm nicht zur Ruhe, und zusammen mit seinem Ausstatter Jörg Zimmermann findet er einige großartige Bebilderungen wie etwa die Stationenzüge im Schattenriß oder das Blättern im großen Buch, 30 umfaltenden Leinwänden, die vom Schnürboden herabhängen, mit wechselnden Projektionen. Man wird in dieser Aufführung angeweht vom Atem eines großen Welttheaters.

Claudel hat in seinem Libretto fast ganz auf die historisch-chronologische Darstellung des berühmten Stoffes verzichtet. Er spreizt die Minuten der Hinrichtung, wie sie sich in Johannas lernendem Verständnis abspielen. Sie wird darin angeleitet von Bruder Dominik, der vom Himmel zu ihr herabsteigt und ihr beisteht. Er klärt sie auf über das wankelmütige Volk, das sie bald als Heilige und bald als Ketzerin sieht. Er wertet den Prozeß, in dem Herr Porcus, das Schwein also, den Vorsitz geführt hat, mit Schafen als Beisitzern und Eseln als Schreibern. Ihm fällt ein, das Ringen der Mächtigen um Johanna als Kartenspiel der Könige, Damen und Buben darzustellen.

Leider kommt in München gerade in dieser Szene einer souveränen Ironie als Darstellungsform das Ballett ins Spiel. Das bringt etwas Betulich-Plakatives in die abstrakte Überhöhung, trotz der von Zimmermann hierzu erfundenen Embleme mit dem großen Pinselstrich und den geschwärzten Farben der neu-wilden Malerei.

Everdings heilige Johanna ist Andrea Jonasson. Ihre tiefe und tönende, herrlich weiche und resonanzreiche Sprechstimme ist das eigentliche Ereignis des Abends und dazu der Beweis, daß das Sprechen mehr Musik beinhalten kann als Gesang. Denn was das Ensemble der Bayerischen Staatsoper in all den kleinen Gesangspartien des Werks an Stimmen vorführt, ist zwar zureichend in diesem Stück, aber liegt doch meilenweit unter heutiger Opernnorm. In *eine* Gefahr kommt die Jonasson mit ihrer Stimme natürlich nie: wirklich das Mädchen aus Domremy zu sein, ein einfältig-naives Bauernkind. Sie ist auch hier stets Aktrice mit großer Allüre und dem hohen Ton des Theaters, die intellektuelle Brechung des Stoffes durch seine Autoren voll übernehmend. Einhelliger Beifall für einen großen Abend, der ein Museumsstück der klassischen Moderne in mustergültiger Form vorstellt.

REINHARD BEUTH

Uraufführung in Köln: Fanny Hensels Oratorium

Die Schwester entdeckt

Fanny Mendelssohn (1805–1847) schaut auf den Bleistiftzeichnungen ihres Mannes Wilhelm Hensel recht selbstbewußt drein. Grund genug hat sie, denn sie war mehr als nur eines berühmten Komponisten ältere Schwester. Eins ihrer Selbstporträts war wohl (neben rund 400 weiteren Titeln) ihr Opus 11, ein Klaviertrio voller Temperament – heute noch überallhin zu empfehlen.

Fanny Cäcilia Hensel galt ihren Berlinern als beste Konzertpianistin. 1831, als Bruder Felix zu seinen Europareisen aufbrach, übernahm sie die Direktion jener „Sonntagsmusiken" der Mendelssohns im Gartenhaus am Stadtpalais, wo man sogar Gluck-Opern und Beethovensinfonien vorführte. Fanny selbst hat kaum anderswo konzertiert und, zum Schaden ihres Nachruhms, nur das wenigste drucken lassen. Ihr 40-Minuten-„Oratorium nach Bildern der Bibel" (genauer: nach Sinnsprüchen in freien Nachdichtungen) lag, erfaßt zwar, aber ungedruckt, im umfangreichen Mendelssohn-Archiv der Berliner Staatsbibliothek. Dort entdeckte es 1982 eine rheinische Kantorin.

Elke Mascha Blankenburg richtete sich das Aufführungsmaterial für ihre „Kölner Kurrende" und die mitwirkenden Berufssinfoniker, ohne viel ergänzen zu müssen, eigenhändig her. Die Uraufführung – mit Felix Mendelssohns „43. Psalm" in gleicher Besetzung als Vorspiel – kam also um 150 Jahre verspätet und endete in Kölns ausverkaufter St. Maria Himmelfahrtkirche unter Ovationen.

Fanny und Felix hatten einst zusammen Musikunterricht genossen, u. a. auch bei Zelter. Fabelhaft ebenbürtig waren sie sich in der Satztechnik bis zu acht Chorstimmen. Erstaunlich verschieden arbeiteten sie jedoch, beide als Mittler zwischen Epochen, im Stilistischen. Bei Felix machte man Prognosen bis zu Brahms' „Deutschem Requiem" ausfindig. Bei Fanny Hensel schien umgekehrt das 1829er Berliner Bach-Erlebnis (der Matthäuspassion) stärkstens, in lakonischer Kürze, und obendrein sozusagen aus Blickwinkeln Beethovens, reflektiert zu sein.

Wo den Beiden (nicht häufig) eine klassizistische Glätte dazwischenkam, machten das die Qualitäten der Wiedergabe wett. Der jugendliche Kölner Oratorienchor sang bis in die Grenzwerte der Dynamik hinein begeisternd lebendig und tonrein. Auch ihre vier Solisten kann die Dirigentin wohl getrost im Oktober zu ihrem Polengastspiel mitnehmen; Isabell Lippitz empfiehlt sich dort vielleicht sogar für das denkwürdig schöne Sopransolo des „Stabat Mater" von Szymanowski (1925), das die Repertoire-Strategin Elke Blankenburg bis dann in ihren Reisevorrat aufnehmen möchte.

HEINRICH von LÜTTWITZ

„Theater ist brutale Arbeit, aber sie ist schön" – WELT-Gespräch mit dem Regisseur Jürgen Flimm

Von der Subjektivität des Dinosauriers

Eine Szene aus Jürgen Flimms Inszenierung des Brechtschen Frühwerks „Baal": Der maßlose Held mit den großen Gesten der Verneinung alles Unvollkommenen ist selbst ver-kommen, ein sterbender Penner in einem U-Bahnschacht; statt des als letzten Trost erbetenen Buches schiebt man ihm einen Kassettenrecorder hin, aus dem Bob Dylans Song krächzt „I shall be released" – irgendwann bin ich befreit.

Die Szene ist in mehr als einer Hinsicht charakteristisch für den Regisseur und (noch) Kölner Schauspiel-Intendanten Jürgen Flimm (42). Charakteristisch für seine Arbeit, bezeichnend für seine Person. Nach außen gibt er sich gern als „Macher". Immer in Jeans, einem offen getragenen Arbeitshemd, mit saloppem Pullover. Immer ein bißchen auf dem Sprung, immer ein wenig hektisch. Ein Gespräch ist stets eingeklemmt in Termine. Im Vorzimmer stehen schon die nächsten.

Das „Allerheiligste" ist ganz und gar unheilig, eine Art Kampfplatz mit Plänen, Plakaten, Zetteln, Kaffeetassen, gut gefüllten Aschenbechern. Wenn Flimm über Arbeitsabläufe spricht, über Pläne (demnächst im Hamburger Thalia-Theater zum Beispiel) oder Politik („Natürlich bin ich SPD-Mitglied"), klingt das meist gehetzt – die Sätze sind kurz, raffend und in der Sprache leger.



„Theater hat dem Vergnügen der Einwohner zu dienen": Jürgen Flimm, Intendant des Kölner Schauspiels FOTO: MANFRED STAAT

Aber wenn man ihm dann Grundsätzlicheres abringt, beruhigt er sich plötzlich, spricht dezidierter, mit Pausen und Wärme. Und hinter Bart und Kassenbrille, die er ein wenig als Kostüm des Berufsstandes trägt, wird jemand sichtbar, der sich mit Melancholien abmüht, mit Zweifeln, mit den Ängsten des möglichen Scheiterns. Arbeit als Selbsttherapie – er bekennnt das ganz ohne Hemmung. „Ich bin ein zu Depressionen neigender Mensch, wie es ja viele Rheinländer sind, im Gegensatz zu dem Bild, das man fälschlicherweise immer von ihnen zeichnet."

Der Sohn eines „wirklich gutbürgerlichen" Ärztehepaares in Köln-Dellbrück, über die evangelische Laienspiel-Schar zum Theater gekommen, hält es protestantisch mit Luther: „Man kann über das Leben, die Realität so verzweifelt sein, wie man will, aber man muß immer noch jeden Tag dieses berühmte Luthersche Bäumchen pflanzen, selbst wenn morgen die Welt unterginge. Sie können sich darauf verlassen, daß ich noch eine Probe ansetze, wenn ich ganz sicher weiß, daß eine Katastrophe unmittelbar bevorsteht."

Flimms Bäumchen, das seine Selbstrechtfertigung darstellt, heißt Theater. „Ich weiß ganz genau, daß wir Theaterleute auch nicht den großen Gegenentwurf zur unvollkommenen, oft beängstigenden Wirklichkeit haben. Es ist natürlich auch Quatsch, sich irgendein politisches Programm auf die Fahnen zu schreiben und diese Fahnen immer über der Aufführung zu schwenken. Aber ich mache Theater doch nicht ohne den Glauben, daß diese Welt veränderbar sein muß. Davon lasse ich nicht ab, das beschreibt auch einen politischen Standort. Theater ist nicht Bestätigung der Situation, sondern die Aufforderung, eine Situation weiterzudenken."

Für den Skeptiker Flimm sind politische Rezepte durchaus ein schwankender Boden: „Was gestern fortschrittlich war, ist heute konservativ – und umgekehrt. Das ist sehr kompliziert." Seine Inszenierungen sind aber geprägt von der protestantisch gestimmten Idee des „Trotzdem". Noch einmal Baal. Mit dem Ausstiegen ist Flimm nicht zufrieden: „Ich kenne dieses Gefühl sehr gut. Aber wenn ich statt des Buches dem Baal einen Bob-Dylan-Song präsentiere, dann ist das ein Hinweis auf die potentiellen Baals im Publikum: So könnt ihr euch nicht aus der Affäre ziehen, ein bißchen mehr müßt ihr euch den Problemen schon stellen. Ein Ausstieg ist ja ganz schön, aber dann bleibt nur dieses jämmerliche Verkommen auf irgendeiner Treppe."

Flimm rechnet sich gern einer Generation zu, einer politischen „Heimat", die sich mit dem Begriff „68er" umschreibt. Aber man macht bei ihm die merkwürdige Erfahrung (wie bei Stein, Peymann und Rudolph), daß seine Inszenierungen auch optisch von einem geradezu konservativ anmutenden Kunst-Wollen bestimmt sind. Alles findet in Räumen statt, deren extreme Stilisierung Rituale geradezu erzwingt. Ein Spiel akrobatischer Selbstentäußerung im Zirkuszelt – „Leonce und Lena". Ein Tango des Mißvergnügens in leeren, rosaroten Wänden – „Kirschgarten". Unmöglichkeit für Blütenträume und Naturfluchten im synthetischen U-Bahnschacht – „Baal". Flimm nennt das „Gegenwelten, in die blitzschlagartig die Wirklichkeit einbricht". Und: „Ich schaffe das nie, nur Gegenwelten zu bauen, weil ich die belastende Realität stets im Hinterkopf habe."

Ein Programm, sagt er, sei das gleichwohl für ihn nicht. Denn für Jürgen Flimm steht neben seiner treibenden Moralität auch die Lust am Theater. „Ein Leib- und Magensatz für mich ist die These, daß Theater dem Vergnügen der Einwohner zu dienen hat. Ohne dieses Vergnügen, ohne die Lust am Augenblick, ohne Unterhaltung wären die Schauspieler schnell ohne Partner. Aber das meint natürlich: Unterhaltung auf dem Gebiet des Nachdenkens."

Wenn Flimm vom „Medium Theater" spricht, tut er es stets voll liebevoller Begeisterung: „Eigentlich kommen mir Theater ja immer wie Dinosaurier vor. Über 2000 Jahre alt. Und trotzdem strömen die Leute herbei, um immer wieder dieses Theaterfest zu feiern, dieses gemeinsame Erleben. Trotz Rationalisierung in allen Lebensbereichen, trotz Entemotionalisierung, trotz Erziehung zur Ein-Weg-Kommunikation. Dieser Platz öffentlichen Miteinanders und gemeinsamen Erlebens, muß einen utopischen Punkt haben, sonst würden die Leute doch nicht kommen."

Worin diese Anziehungskraft besteht? Flimm nennt ein paar Aspekte: „Theater ist noch immer einem mittelalterlichen Handwerksbetrieb ähnlich geblieben mit absolut einmaliger Identität zwischen denen, die es machen, und dem Produkt. Es ist auch noch eine der wenigen öffentlichen Einrichtungen, die nicht von den berühmten gesellschaftsrelevanten Gruppen kontrolliert werden. Hier ist Subjektivität noch möglich, natürlich eine Subjektivität, die die Menschen etwas angehen muß."

Aber sind die Theater nicht selbst in Gefahr, ein unüberschaubarer, bürokratischer, unregierbarer Apparat ohne Leben zu werden? Flimm reagiert auf solche Fragen stets zornig: „Da wird doch der Apparat zum Fetisch aufgeblasen. Natürlich ist vieles schwieriger geworden. Aber Theaterleute müßten eigentlich sagen: Das ist unser Betrieb, unsere große Chance für unsere Lust und Phantasie. Wir müssen auf diesen Betrieben Klavier spielen lernen, sie offensiv angehen. Es ist ein schicker Satz, man leide unter solchen Betrieben. Ohne Risikobereitschaft ist man tot. Das sage ich den Kulturpolitikern und denen, die Theater machen." Und nach einem Augenblick des Nachdenkens fügt Jürgen Flimm ganz heiter hinzu: „Theater fordert brutale Arbeit. Aber diese Arbeit ist schön."

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Münchener Ausstellung: „Traum des Orpheus"

Interpretationskünste

Wir bedürfen mehr denn je der seelischen, geistigen und ästhetischen Ressourcen der geschichtlichen Kulturen; eine Rückbesinnung auf die wertvollen Überlieferungen der Vergangenheit kann der Gegenwart nur nützlich sein. Die italienischen Gegenwartskünstler haben das offenbar erkannt. Bei ihnen kann man schon seit längerem eine deutliche Hinwendung zu den mythologischen Bildern der griechisch-römischen Antike feststellen. Der griechische Götterhimmel wird herabbeschworen, die antiken Vorbilder in ihrer klassizistischen Tradition sind vielfältig präsent. Das will jedenfalls die Ausstellung „Der Traum des Orpheus" beweisen.

Am Beispiel von neun italienischen Künstlern will das Münchener Lenbachhaus die Hinwendung zur Mythologie in der italienischen Gegenwartskunst 1967 bis 1984 vorführen. Gezeigt werden Gemälde, Skulpturen, Zeichnungen, Fotografien und Environments. Für Direktor Arnim Zweite ist es „eine der schönsten Präsentationen in diesem Hause". Doch diese subjektive Aussage hilft dem Besucher wenig. Zu verhäkelt, zu widersprüchlich, zu skurril sind die einzelnen Werke. Stilistische Gemeinsamkeiten lassen sich ebensowenig feststellen wie formale Zusammenhänge.

Auch der Katalog mit seinen mehr als waghalsigen Interpretationen von dem Initiator Helmut Friedel hilft nicht aus diesem Kunst-Dickicht. Zu der „Venus mit dem Lumpenhaufen" von Michelangelo Pistoletto, einer nackten, weißen, mit Glimmer überzogenen weiblichen Aktfigur vor einem Berg bunter Kleiderfetzen, liest man: „Diese Lumpen, wie von einer 'spektakulären Maskerade' (Celant) übriggeblieben, erinnern nicht so sehr an mögliche Verkleidungen der Venus, sondern in ihrer Schäbigkeit an die 'Lumpen' der Gesellschaft, an die Ausgestoßenen, die oft als Abschaum der Gesellschaft bezeichnet werden. In mancher Hinsicht wird auch das schreckliche Entkleiden der Opfer nationalsozialistischer Willkür vor ihrer Hinrichtung in den Gaskammern, die Berge geraubter Kleider und die armseligen, entkleideten Menschen, wie sie uns durch Foto- und Filmdokumente bekannt sind, hier wieder wachgerufen."

Bei Jannis Kounellis zischt einem schlafenden Antikenkopf aus dem Ohr eine Gasflamme. „Ich interessiere mich für das Feuer auch wegen der Bezüge zu mittelalterlichen Legenden. Das Feuer bezieht sich auf Strafe und die Reinigung", weiß dazu der Katalog. Und bei Giulio Paolinis kleinem Gipspferd auf einem Sockel mit einer rot drapierten Schleife und einer Papierrolle auf dem Kopf doziert er: „Evolutionstheorie in einleuchtender Form, hier: Leib, Trieb, Kraft, dort: Vergeistigung, Denken, Zeichnung". So geht es weiter. Also: Der Künstler ist tot, es lebe der Interpret!

Wer in dieser Ausstellung wirklich nach klassischen Maßstäben, nach einer zeitgemäßen Antizipation der Antike sucht, ist schnell enttäuscht. So erscheint denn auch Pistolettos „Etrusker", die Figur eines Mannes, der sich umdreht und im Spiegel auf sein Ebenbild trifft, hier wie ein Gleichnis für die sich selbst bespiegelnden, im Irrgarten der eigenen Vorurteile gefangenen Ausstellungsmacher. „Der Traum des Orpheus" degeneriert so zum Alptraum (bis 1. Juli, Katalog 28 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Rückbesinnung auf klassische Maßstäbe? „Venus mit dem Lumpenhaufen" (1967) von Michelangelo Pistoletto, aus der Münchener Ausstellung FOTO: KATALOG

Zypern: Ehrgeizige Stadtsanierung in Nordnikosia

Archäologie mit Politik

Ehrgeizige Ziele hat sich die Regierung der im letzten November ausgerufenen „Türkischen Republik Nordzypern" gesteckt. So geht es unter anderem um die Sanierung der Altstadt von Nordnikosia – jetzt Lefkosa genannt. Nicht ohne Stolz zeigt Ali Dincer – verantwortlicher Direktor für Archäologie und Denkmalschutz – die großen Stadtpläne, in denen alle zu renovierenden Häuser aus der ottomanischen Zeit (1571 bis 1878) eingezeichnet sind. 243 zum Teil arg verfallene, aber noch bewohnte Bauten mit den typisch türkischen Erkern sollen in den nächsten Jahren wiederhergestellt werden. Das erste Haus, bei dessen Restaurierung alle zu erwartenden Schwierigkeiten deutlich wurden, kann Ali Dincer bereits fertig vorzeigen. Hinter der historischen Fassade versucht man der modernen Zeit gerecht zu werden, ohne die Geschichte zu verleugnen oder gar zu zerstören.

Für die Wiederherstellung der historischen Häuser errechnete die Unesco einen Betrag von 1 650 000 Dollar. Seitdem der Führer der türkischen Volksgruppe, Rauf Denktasch, jedoch die Teilung der Insel durch die Ausrufung einer unabhängigen Republik besiegelte, haben mit Ausnahme der Türkei alle Staaten sowie UNO, Unesco und EG ihre Hilfe für Nordzypern eingestellt. Die Regierung des etwa 160 000 Einwohner umfassenden Staates muß deshalb ihre Pläne stutzen. Sie hat trotzdem für dieses Jahr umgerechnet etwa 1,25 Millionen Mark vorgesehen, um das mit viel Hoffnungen gerade erst begonnene Stadtsanierungsprojekt nicht gleich wieder einschlafen zu lassen. Prestige spielt dabei natürlich eine Rolle. Nach dem Willen von Denktasch soll Lefkosa auch im Rahmen der angestrebten Föderation mit dem griechischen, dem größeren Teil der Insel, mehr Funktionen haben als vor der Teilung im Jahre 1974.

In Nordnikosia aber fehlt es nicht nur an Geld, sondern auch an ausreichend geschulten und erfahrenen Restauratoren. So muß man erst aus den eigenen Fehlern lernen und die Terminpläne strecken. Bei alledem hilft bisher nur die Universität Ankara. Deshalb fühlen sich die Nordzyprioten nicht nur von den internationalen Organisationen, sondern auch von den Wissenschaftlern anderer Länder im Stich gelassen. Voll Erbitterung zeigt Ali Dincer den Brief eines ausländischen Archäologen, aus dem hervorgeht, daß er für bereits begonnene Ausgrabungen auf Nordzypern keine offiziellen Hinweise geben könne, ohne Aufträge und Forschungsmöglichkeiten bei den Griechen zu verlieren. So spielt hier – wie auch bei den Ausgrabungen im arabisch-israelischen Raum, wo ähnliche Restriktionen bekannt wurden (s. WELT v. 7. 4. 84) – die Politik immer mit.

Unterstützt von den Universitäten Istanbul und Ankara wollen die Nordzyprioten nun auch daran gehen, Gräber aus der Cypro-Geometrischen Periode (1050–750 v. Chr.) freizulegen. Es handelt sich dabei um Projekte bei Hamit Mandrez, Kozankoy und Enqomi. Letzteres liegt in unmittelbarer Nähe des Barnabas Klosters, in dem jetzt zusätzlich Ikonen aus den zu Moscheen gewordenen griechisch-orthodoxen Kirchen aufgestellt sind. Noch in diesem Jahr soll in Nordnikosia auch ein Museum für Archäologie und Folklore eröffnet werden. Ein historisches Gebäude dafür ist vorhanden. Denn soviel hat Nordzypern gelernt: Die „nationale" Historie eignet sich besonders gut als Legitimationsersatz.

NORBERT MATERN

KULTURNOTIZEN

Eine Schiller-Ausstellung zeigt das Züricher Helmhaus in Zusammenarbeit mit der „DDR" bis zum 15. Juli.

„Unbekanntes von OK" heißt eine Oskar-Kokoschka-Dokumentation im Geburtshaus des Künstlers in Pöchlarn/Donau, die heute eröffnet wird und bis 16. September dauert.

Der polnische Komponist Krzysztof Penderecki dirigiert am 4. Juni in Paris und am 5. Juni in Nantes zwei Aufführungen seiner Werke.

Bei Gebärmutterkrebs haben sich Bestrahlungen nach einer Operation nicht bewährt. Darauf wies Prof. Fritz Beller (Münster) beim 5. internationalen Gespräch über Geburtshilfe und Gynäkologie in Münster hin.

Das Solnhofener Museum auf dem Maxberg hat aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens den „Kunstpreis für Lithographie Maxberg/Solnhofen" verliehen; der erste Preis ging an den Fürther Peter Häring.

Das Harzer Bergtheater in Thale bringt am 9. Juni als Uraufführung die Dramatisierung des berühmten Trivialromans „Rinaldo Rinaldini" heraus.

JOURNAL

Denkmalschutz als epochale Aufgabe

dpa, Würzburg

Denkmalschutz und Denkmalpflege hat der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Schnitker, als Aufgaben von „epochaler Dimension für ganz Europa" bezeichnet. Zur Eröffnung des Europäischen Kongresses „Handwerk und Denkmalpflege" in Würzburg sagte Schnitker, Denkmalpflege in ihrer heutigen Gestalt stelle ganz neue Anforderungen. Allein in der Bundesrepublik seien rund 15 Prozent der gesamten Bausubstanz denkmalpflegerisch schutzbedürftig. Dabei handele es sich um rund eine halbe Million Einzelgebäude und mindestens 1,5 Millionen Gebäude in Gesamtanlagen.

Inkastadt Cuzco vom Verfall bedroht

AFP, Cuzco

Die in den peruanischen Anden gelegene, 500 Jahre alte Inkastadt Cuzco ist von der Zerstörung bedroht und kann nur mit großem finanziellen Aufwand gerettet werden. Wie der Bürgermeister von Cuzco, der derzeit auf einer Europareise ist, um sich für die Rettung der Stadt einzusetzen, erklärte, leidet Cuzco unter der Erosion durch die fünf Flüsse, die es durchqueren, und unter der Verwitterung des Steins. Die Wasserläufe haben sich im Lauf der Jahrhunderte bis zu 25 Meter tief in ihr Bett gegraben. Teile der Straßen sind eingesackt und die Häuser vom Einsturz bedroht.

Alain Delon contra Cannes

AFP, Cannes

Einen heftigen Streit mit den Organisatoren des Filmfestivals von Cannes hat der französische Filmstar Alain Delon vom Zaun gebrochen, nachdem sein neuester Film „Notre histoire" nicht in die diesjährige Auswahl gekommen war. Der Schauspieler warf der Festivalleitung indirekt vor, ihn aus politischen Gründen nicht in die Auswahl genommen zu haben. Delon kritisierte namentlich den sozialistischen Kulturminister Jack Lang und beschuldigte ihn und die Leiter der Festspiele, „intellektuellen und cinematographischen Schwachsinn" zu begünstigen. Cannes, einst der Filmmarkt Nummer Eins, sinke auf eine zweit- bis drittklassige Veranstaltung zurück, da auch die Amerikaner „die Nase so voll" hätten, daß sie lieber ihr eigenes Festival in Los Angeles veranstalteten.

Deutscher Literaturfonds vergibt Arbeitsstipendien

DW, Darmstadt

Der Deutsche Literaturfonds e. V., inzwischen als gemeinnützige Institution von den Finanzbehörden anerkannt, hat auf seiner Frühjahrssitzung über 280 Anträge entschieden. Zehn Schriftstellern konnte ein Stipendium für ein Jahr zugesprochen werden, fünf Stipendien wurden verlängert, außerdem wurde die Literaturzeitschrift „manuskripte" mit einem Zuschuß gefördert. Die Bewilligungssumme betrug insgesamt rund 270 000 Mark. Damit ist die Gesamtzahl der seit 1980 durch ein Stipendium geförderten Autoren auf 153 angestiegen, die Zahl der unterstützten Projekte auf 29. Anfragen und Anträge für die Herbstsitzung sind bis zum 30. Juni an den Deutschen Literaturfonds, Alexandraweg 23, 6100 Darmstadt, zu richten.

Waldemar Grzimek †

Er stand fest in der Berliner Bildhauertradition und deshalb in der Nachkriegszeit auf politisch schwankendem Boden. Als Realist von den Abstrakten im Westen nicht geschätzt, als selbstbewußter Künstler den sozialistischen Realisten bald suspekt, bewegte er sich scheinbar zwischen den Fronten. Waldemar Grzimek, 1918 im ostpreußischen Rastenburg geboren, aber in Berlin aufgewachsen, fand bereits früh Anerkennung. Richard Scheibe hat ihn gefördert und Gerhard Marcks auch. Ihm verdankte er 1945 den Ruf an die Kunstschule Burg Giebichenstein in Halle. 1948 bis 1951 lehrte er dann in Berlin (West), nach einige freien Jahren von 1957 bis 1961 in Berlin (Ost). Schließlich übernahm er, wiederum nach einer mehrjährigen „Kunstpause" am Bodensee, eine Professur in Darmstadt. Der Mensch in Ruhe und in Bewegung, das war sein Hauptthema. Da läßt sich eine Ideenlinie von Schlüter und Rauch bis zu Kolbe – die beiden Mentoren Scheibe und Marcks selbstverständlich einbezogen – verfolgen. Grzimek hat sich sehr intensiv mit der Herkunft seiner Kunst beschäftigt. Er hat weithin beachtete Bücher über „Die deutsche Stuckplastik 800 – 1300", über „Deutsche Bildhauer des zwanzigsten Jahrhunderts" und (zusammen mit Peter Bloch) über „Die Berliner Bildhauerschule des 19. Jahrhunderts" geschrieben. *Sein* Werk aber sind seine Skulpturen. Sie bleiben über den Tod hinaus, der Walter Grzimek jetzt, nach kurzer Krankheit ereilte.

P. D.

Sotheby's Leckerbissen: Che Guevaras Tagebuch

SIEGFRIED HELM, London

„Diese Tagebücher fallen im Hinblick auf die Tradition unseres Hauses so sehr aus dem Rahmen, daß sich über die potentiellen Käufer nur spekulieren läßt." Das erklärte gegenüber der WELT Peter Beal, der Handschriftenexperte des Londoner Auktionshauses Sotheby's, wo am 16. Juli zwei Tagebücher und ein Notizbuch des Revolutionärs Che Guevara unter den Hammer kommen, der mit seinem Fähnlein von rund 50 Aufrechten Südamerika in „ein zweites Vietnam" verwandeln wollte. Am 8. Oktober 1967 wurde er in den bolivianischen Bergen aufgespürt und kurz darauf füsiliert.

Die Tagebücher, die sich in Ches Tornister fanden, bilden eine Art Testament dieses halbvergessenen Idols der Linken. Wollte Kuba sie sich jetzt ersteigern, müßte es schon einiges an harten Devisen auf den Tisch blättern. Sotheby's hat die Aufzeichnungen auf umgerechnet eine Million Mark taxiert. Nach anderer Spekulation, die gestern die Londoner „Sunday Times" veröffentlichte, könnte freilich Kubas bärtiger Regierungschef selbst hinter dem Versteigerungsauftrag stecken. Die Geschichte der Guevara-Tagebücher liegt im dunkeln. Angeblich sind sie zwischen 1980 und '82 aus den Tresoren des bolivianischen Geheimdienstes verschwunden. Dazu äußerte er sich begreiflicherweise nicht. Er verbürgt sich nur für die Echtheit dieser Tagebücher.

Gleich nach der Zerschlagung der auf 22 Mann zusammengeschmolzenen Guerrilla-Streitmacht unternahmen die bolivianischen Behörden seinerzeit größte Anstrengungen, den Tod des verhaßten Revolutionärs aller Welt zu beweisen. Um jeder Legendenbildung zuvorzukommen, trommelte man am 10. Oktober 1967 30 Journalisten zusammen, denen man nicht nur den Leichnam zeigte, sondern auch einige fotokopierte Blätter aus dessen Tagebüchern übergab. Castro bestätigte denn auch am 15. Oktober die Echtheit der Handschrift seines Kampfgenossen. Schon bald nach Ches Tod kamen die ersten fragmentarischen Ausgaben seiner Aufzeichnungen heraus. Castro veröffentlichte sie umgehend und erlaubte weltweit linken Verlegern den Nachdruck.

Beal: „Wir verglichen die Castro-Ausgabe Wort für Wort mit unseren Handschriften. Kein Zweifel, daß die Castro zugeschickten Fotokopien von unseren Originalen angefertigt wurden. Auch die '68 erschienene Ausgabe des amerikanischen Journalisten Daniel James basiert auf unserem Original. Aber auch James veröffentlichte nicht alles."

Unbekannt blieben bis jetzt Ches Eintragungen über die schöne Tania, seine deutsche Geliebte, die ihm das KGB bis aufs gemeinsame Lager untergejubelt hatte. Guevara wußte nichts von der wahren Identität dieser Frau. Er hielt sie für eine Südamerikanerin. In Wahrheit war sie die Tochter des ostdeutschen Professors Erich Bunke und einer Polin und hieß Haydee „Heidi" Tamara Bunke-Bider.

War Moskau mit der schönen Tania hautnah an Guevara herangekommen, so blieb auch das CIA nicht untätig. In der Vorausabteilung von Hauptmann Prado, die Che stellte, waren CIA-Agenten, die den Revolutionär noch verhören konnten. Als Tania zwei Monate vor seinem Tod in einem Hinterhalt umkam, machte Che seinem Unmut über die orthodoxen kommunistischen Parteien Südamerikas und Osteuropas mit der Eintragung Luft: „Könnte ich doch nur die Macht erlangen, wenn auch nur, um die Feiglinge und Lakaien aller Art zu demaskieren und ihre Schnauzen in ihrem eigenen Dreck zu zermalmen."

Im wesentlichen unveröffentlicht ist bis heute auch ein 44 Seiten umfassendes Notizbuch, in dem Che seinen Jüngern Noten für ihren blutigen Einsatz gab. Beal: „Er strich jedesmal eine Seite durch, wenn wieder einer gefallen war. Auf einer Seite steht Ramon, Ches Kodename. Sie ist ein unbeschriebenes Blatt geblieben."

Das erste Tagebuch umfaßt die Zeit vom 7. November bis 31. Dezember '66. 30 Seiten sind Tagebuch, die restlichen 51 enthalten Botschaften, Kommuniqués und Proklamationen. Besonders interessant sind fünf Seiten mit Instruktionen für die Stadtguerrilla. Das zweite Tagebuch reicht – auf 294 Seiten – vom 1. Januar bis 7. Oktober 1967.

Sonnabend 7 OKTOBER



Sonnabend, der 7. Oktober 1967 – Che Guevaras letzte Tagebucheintragung. Am Tag darauf wird er festgenommen und füsiliert: Ein Mythos entsteht. Ob er heute noch dieselbe Ausstrahlung besitzt, wird sich am Tage der Versteigerung zeigen. Sotheby's taxiert den Wert der Notizen auf rund eine Million Mark. Die Geschichte dieser Tagebücher liegt im dunkeln. Die einzig interessante Frage ist noch unbeantwortet: Hatte Che der Nachwelt wirklich etwas zu sagen? FOTOS: SOTHEBY'S

Auf gute Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland deutet der Umstand, daß Guevara für dieses Tagebuch einen für das Jahr '67 produzierten Arztkalender benutzte, der in der Frankfurter Buchhandlung Carl Kleippel gekauft und in Heilbronn hergestellt wurde.

Versteigert werden soll auch zum Schätzpreis von 200 000 Mark das Tagebuch von Guevaras kubanischem Hauptmann „Pombo" alias Harry Villegas Tamayo, der sich mit zwei Genossen über eine Strecke von 800 Kilometern nach Chile durchgeschlagen hat. Sein 300 Seiten starker Bericht ist, so Sotheby's, die unerhört ergiebige Primärquelle über die bolivianische Kampagne.

Auf den Tagebüchern scheint ein „Fluch" zu lasten. General Zenteno Anaya, der bolivianische Erzfeind der kubanischen Umstürzler, fiel einem Attentat zum Opfer. Hauptmann Prado, der Guevara stellte, wurde von einer Kugel erwischt, die ihn an den Rollstuhl fesselte. Feldwebel Mario Teran, der Guevara abknallte, starb unter den Kugeln der „Nationalen Befreiungsarmee". Der damalige Staatspräsident Barrientos kam bei einem Hubschrauberunglück ums Leben. Es paßt ins Bild, wenn Herausgeber David James sich nun weigert, die Herkunft seiner Kopie preiszugeben.

Nicht ohne Ironie ist freilich, daß Che Guevara, Arzt und sozialistischer Revolutionär, der die Menschheit kurieren wollte, jetzt ausgerechnet bei Sotheby's, dem Dorado des kapitalistischen Kunstmarktes, posthum Furore macht. (SAD)

50 000 Kinder verschwinden jährlich in den USA

A. v. KRUSENSTIERN, New York

Wenn man die Zahl zum ersten Mal liest, hält man sie für einen Druckfehler. Es kann einfach nicht wahr sein, daß in den USA jährlich fast zwei Millionen Kinder verschwinden. Doch die Zahl stimmt: Jedes Jahr werden in den USA etwa 1,8 Millionen Kinder als vermißt gemeldet.

Die meisten allerdings finden sich sehr bald wieder ein. Sie sind entweder aus Abenteuerlust oder in einem Wutanfall von zuhause weggelaufen, sie stammen aus zerbrochenen Ehen, leben bei einem Elternteil und werden vom anderen entführt.

Doch nach Schätzungen bleiben bis zu 50 000 im Jahr verschwunden. Viele der Kinder, so wird vermutet, werden die Opfer von Kriminellen und Psychopathen, von Babyhändlern und frustrierten Frauen, die unbedingt ein Kind haben wollen.

Kindesentführungen sind in aller Welt schwer aufzuklären, vor allem aber in den USA. Es gibt keine Meldepflicht, außerhalb der Ballungsgebiete ist das Land sehr dünn besiedelt, die Verwaltung ist extrem dezentralisiert, und die Zusammenarbeit zwischen den Behörden der 50 Einzelstaaten minimal.

Bis vor kurzem weigerte sich das FBI, Fälle vermuteter Kindesentführungen zu untersuchen: Die bloße Vermutung genügte nicht, es mußte Beweise geben, so lauteten die Vorschriften, die verhindern sollten, daß das FBI die Vorrechte der örtlichen Polizeibehörden antastet. Die örtlichen Behörden konnten aber auch nicht viel tun, einmal, weil die Zusammenarbeit mit anderen, ebenfalls auf ihre Vorrechte pochenden Behörden arg hapert, zum anderen, weil der Polizei durch die Verfassungsauslegung des Obersten Gerichtes viel schärfer die Hände gebunden sind als in anderen Ländern. Es gibt keine Ausweispflicht, und die Polizei darf nicht im Stichprobenverfahren Bürger anhalten und nach ihrem Woher und Wohin befragen.

Einige Änderungen erwirkte ein Entführungsfall, der im Jahre 1981 großes Aufsehen erregte. Der sechsjährige Adam Walsh verschwand in einem Kaufhaus in Hollywood in Florida. Zwei Wochen später wurde sein abgeschnittener Kopf 150 Kilometer weiter in einem Entwässerungsgraben gefunden. Der Mord an Adam Walsh wirkte als Schock. Ein Jahr später wurde ein Bundesgesetz erlassen, das dem FBI erlaubt, Informationen lokaler Polizeibehörden über verschwundene Kinder in einem FBI-Computer zu speichern. Das FBI ist jetzt auch bereit, Fahndungen einzuleiten – allerdings erst 24 Stunden nach einem Verschwinden. Dann erst kann nämlich angenommen werden, daß der Entführer inzwischen die Granze zwischen zwei Staaten überschritten hat, und das ermöglicht ein Eingreifen des FBI.

Doch die Zahl der Kindesentführungen, die aufgeklärt werden, bleibt verschwindend gering. Ein Kind, das in einem Privathaus gefangengehalten wird, hat kaum Chancen, je gefunden zu werden.

Die Haussuchungsrechte von Polizei und FBI sind im Laufe der Jahre durch das Oberste Bundesgericht immer mehr eingeschränkt worden. Haussuchungen dürfen nur mit richterlicher Ermächtigung unternommen werden, und die wiederum wird nur bei direktem und dringendem Verdacht erteilt.

Es bleiben nur Versuche, Entführungen vorzubeugen. Eltern werden ermahnt, ihren Kindern einzuhämmern: „Geh mit keinem Fremden." In immer mehr Schulen und Kindergärten werden die Kinder fotografiert und werden ihnen Fingerabdrücke abgenommen. Aber auch diese Maßnahmen nützen offenbar wenig. Oft genug sieht man Handzettel an Mauern und Laternenmasten kleben, mit denen Eltern nach ihren Kindern suchen. (SAD)

Das Haus Savoyen betreibt seine Rückkehr

Prinz Viktor Emanuel IV. schart seine Jünger um sich

KLAUS RÜHLE, Rom

Prinz Viktor Emanuel IV., Thronprätendent des Hauses Savoyen, will aktiv werden. Er hält offenbar den Zeitpunkt für gekommen, um die monarchistische Idee in Italien wieder populär zu machen. Gegenüber italienischen Journalisten machte er kein Hehl aus seinen Ambitionen. Das ist wohl auch der Grund für die Abhalfterung des bisherigen sogenannten Ministers des Königshauses Falcone Lucifero. Der betagte Würdenträger, der 38 Jahre lang die Interessen des Hauses Savoyen in der Republik Italien vertreten hatte, mußte seinen Abschied nehmen. Der neue Vertrauensmann Viktor Emanuels ist ein cleverer Mailänder Rechtsanwalt namens Armando Radice. Er ist ein alter Freund des Prinzen. Viktor Emanuel verdankte ihm, daß er aus der peinlichen Affäre auf der Insel Cavallo bei Korsika mit einem blauen Auge davon gekommen ist und ihm bisher ein Prozeß wegen fahrlässiger Tötung eines deutschen Studenten erspart geblieben ist.

Der Savoyer Prinz empfängt in seiner Genfer Exilresidenz viele ihm treu ergebene und einflußreiche Italiener. Dabei interessieren ihn wohl weniger die bejahrten Mitglieder der italienischen Monarchischen Union als vielmehr Persönlichkeiten, die ihm als Meinungsmacher wertvolle Dienste leisten können und von denen er sich offenbar Beihilfe für seine Zukunftspläne verspricht. Er scheint überzeugt zu sein, daß ein Großteil der Italiener angesichts der politisch-sozialen Dauerkrise Sehnsucht nach einer Rückkehr der Savoyer hat.



Der Thronprätendent: Viktor Emanuel IV. FOTO:DW

Die Monarchie wurde in Italien durch den Volksentscheid vom 2. Juni 1946 abgeschafft. Damals stimmten 12,7 Millionen für die Republik, aber immerhin 10,7 Millionen für die Beibehaltung der Monarchie. Die Rechtmäßigkeit der Auszählung und damit die Gültigkeit des Volksentscheids wurde vom abgesetzten König Umberto vor dem Verlassen Roms und während seines Exils in Portugal hartnäckig in Frage gestellt. Bis zu seinem Tode im vergangenen Jahr blieb der abgesetzte Monarch bei seiner Überzeugung, Opfer eines Betrugs geworden zu sein. Sein Sohn, neues Oberhaupt des Hauses Savoyen, setzt bei seiner Hoffnung auf die Rückkehr der Monarchie mehr auf die politische Unzufriedenheit seiner Landsleute.

Sicherlich ist die Figur Viktor Emanuels in Italien sehr umstritten und nicht dazu angetan, den Italienern die monarchische Staatsform schmackhaft zu machen. Selbst überzeugte Monarchisten hegen Zweifel an seiner Eignung als Staatsoberhaupt und sehen statt dessen in dessen Neffen, Herzog Amadeus von Aosta, einen entschieden würdigeren Thronfolger. Zu der Spaltung im monarchistischen Lager nach der Pensionierung Luciferos kommt der Streit um die Authentizität des Testaments von König Umberto. Rätselhaft bleibt das Verschwinden von zehn Bänden des Archivs und rund 60 Medaillen aus dem Nachlaß des verstorbenen Monarchen.

Stichwort: Sonneneruption

In diesen Tagen macht die hektische Tätigkeit des 150 Millionen Kilometer entfernten kosmischen Atomofens wieder von sich reden: Der im vorigen Monat reparierte Sonnensatellit „Solar-Max" registrierte am 24. April eine gewaltige Sonneneruption. Sie gehört zu den sechst größten Ausbrüchen, die je registriert worden sind.

In dem gewaltigen nuklearen Schmelzofen verbrennen in jeder Sekunde 597 Millionen Tonnen Wasserstoff zu 593 Millionen Tonnen Helium; die Differenz wird in Energie umgewandelt und an den Weltraum abgegeben. Im Innern der Sonne herrschen dabei Temperaturen von über 10 Millionen Grad.

Man kann sich leicht vorstellen, daß ein Gasball mit solch hohen Zentraltemperaturen kaum eine glatte Oberfläche aufweist. Der sichtbare Sonnenkranz, mit der brodelnden Oberfläche von kochendem Wasser vergleichbar, ist annähernd 5800 Grad heiß. Die Sonnenmaterie, heißes Gas, das mit ein bis zwei Kilometer pro Sekunde aufsteigt, wird von „unten" aufgeheizt, dehnt sich dabei aus, wird leichter, erfährt dadurch Auftrieb und steigt zur Oberfläche; hier gibt sie ihre Energie an den Weltraum ab, verliert ihren Temperturüberschuß, kühlt sich ab und sinkt wieder nach unten.

Im Gegensatz zur Oberfläche der brennenden Gaskugel sind die zahlreichen Sonnenflecken immer noch so heiß wie eine Acetylenflamme. Die Sonnenflecken werden durch den bremsenden Einfluß der riesigen Magnetfelder abgekühlt, die sich in ihnen verbergen. Gebogene Kraftlinien, die die Magnetfelder miteinander verbinden, sind dann als solare Protuberanzen sichtbar, riesige Fakkeln, die bis zu zwei Millionen Kilometer und Tempo 700 km/h ins All schießen. Flugzeuge und Schiffe registrieren in dieser Zeit Ausfälle im Funkverkehr, Radarempfang und elektronische Kommunikation werden nachhaltig gestört.

DIETER THIERBACH

Nichts erinnert in Salo mehr an Mussolini

Dis Stadt des „Duce" lockt heute mit anderen Attraktionen

dpa, Salo

Daß zunächst Turin, dann Florenz und erst danach Rom Hauptstadt des geeinigten Italien wurde, weiß, wer im Geschichtsunterricht gut aufgepaßt hat. Daß aber auch Salo am Gardasee einmal Sitz einer italienischen Regierung war, ist außer Historikern nur wenigen bekannt. „Die Touristen, die nach Salo kommen", meint aber der für Kultur zuständige Gemeinderat, Pino Mongiello, „wissen schon, was hier einmal war. Bloß finden sie wenig, was daran erinnert", wehrt er Fragen nach Überbleibseln aus der Zeit ab, als Benito Mussolini, am Ende seiner Macht, Italien vom Gardasee aus zu regieren versuchte.

Nach seiner Absetzung im Sommer 1943, nach Inhaftierung auf dem Gran Sasso in den Abruzzen und nach der Befreiung des Diktators durch die Deutschen residierte Mussolini bis April 1945 als Chef einer Adolf Hitler hörigen Marionettenregierung in einer herrschaftlichen Villa am Westufer des Gardasees. Gemeinderat Mongiello verweist darauf, daß die Villa Feltrinelli, in der der „Duce" lebte, gar nicht in Salo, sondern 15 Kilometer weiter nördlich, in Gargnano, steht: „Die Ministerien von Mussolinis 'Italienischer Sozialrepublik' waren über das ganze Westufer des Gardasees zerstreut.

Als „Republik von Salo" wurde das Gebilde bekannt, weil das Außenministerium dort untergebracht war und weil die Zeitungskorrespondenten ihre Artikel mit dem Namen der Stadt datierten. Wie in Salo weist auch in Gargnano wenig auf die historische Vergangenheit hin. Zur „Villa Feltrinelli" gibt es zwar einige Wegweiser, jedoch ohne irgend einen Bezug darauf, daß das stattliche Gebäude direkt am Seeufer letzte Adresse des im April 1945 von Partisanen getöteten Mussolini war.

In Salo selbst wird die Vergangenheit zum 40. Jahr des Untergangs der Mussolini-Republik durch eine internationale Historikertagung bewältigt. Unter dem Motto „Salo, seine Umgebung, Italien, Europa und die Italienische Sozialrepublik" sind für 1985 außerdem zwei Ausstellung, eine Filmschau und Buchveröffentlichungen geplant.

Einen nostalgischen Mussolini-Tourismus wie am Geburtsort des Duce in Predappio in der Romagna gibt nicht. Offenbar sehen auch die unbelehrbaren Anhänger des Diktators die Republik von Salo nicht als historisches Ruhmesblatt.

Auch sie ziehen in dieser Gegend einen Besuch des „Vittoriale" vor, der Gedenkstätte für den mit Mussolini befreundeten Dichter Gabriele D'Annunzio. Die Villa mit dem im Ersten Weltkrieg von D'Annunzio kommandierten Schlachtschiff „Puglia" im Garten, einem von ihm geflogenen Flugzeug in der Kuppel des Haustheaters und Unmengen weiteren Martialkitsches steht in Gardone zwischen Salo und Gargnano.

In erster Linie sind Gardone, Gargnano und auch Salo heute Urlaubsorte. 1 300 Fremdenbetten hat beispielsweise die Stadt, die der „Sozialrepublik" den Namen gab.

Der für den Fremdenverkehr zuständige Gemeinderat Maurizio Di Sante spricht lieber über das gut ausgebaute Netz von Spazier- und Wanderwegen in den Bergen hinter der pittoresken Bucht von Salo als über die unselige Vergangenheit des Ortes. Ein beliebtes Thema bei den Stadtvätern ist auch das den ganzen Gardasee betreffende, fast vollendete 50-Milliarden-Lire-Projekt (80 Millionen Mark) zur Reinhaltung des Wassers.

Mussolinis politische Erbverwalter von der neofaschistischen Italienischen Sozialbewegung stellen im Gemeinderat zwei der 30 Abgeordneten. Zusammen mit acht Kommunisten und zwei Sozialisten bilden sie die Opposition. Bürgermeister Riccardo Marchiero ist Christdemokrat und regiert die gut 10 000 Einwohner in Koalition mit Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen.

Militärmaschine über Linz abgestürzt

dpa, Linz

Der Absturz eines niederländischen Militärflugzeugs hat gestern vormittag in Linz am Rhein offenbar zwei Tote und fünf Verletzte gefordert. Wie die örtliche Einsatzleitung meldete, wurde ein zweistöckiges Wohnhaus durch Wrackteile getroffen und in Brand gesetzt. Eine Frau wurde getötet. Auch der Pilot der Maschine vom Typ F 16 ist bei dem Unglück offenbar ums Leben gekommen. Obwohl Wrackteile im weiteren Umkreis gefunden worden waren, blieb die Suche nach der Militärmaschine, an der sich mehrere Hubschrauber beteiligten, zunächst erfolglos. Nach Darstellung der Polizei ging die erste Meldung über das Unglück um 10.40 Uhr ein. Das von den Wrackteilen beschädigte Wohnhaus stand am Mittag noch in Flammen. Die Rettungsmannschaften konnten noch nicht in das Gebäude vordringen. Das Gelände um das zerstörte Haus – lediglich 200 Meter Luftlinie von einem Krankenhaus entfernt – wurde abgeriegelt. Bei dem Typ F16 handelt es sich um ein Hochleistungskampfflugzeug, das als Nachfolgemodell des Starfighters gilt.

Grundsatzurteil

AP, München

Auch wenn die Reparatur- und Nebenkosten eines Unfallwagens bis zu 30 Prozent über dessen Wiederbeschaffungswert liegen, muß die Versicherung diesen Betrag bezahlen. Dies geht aus einer Entscheidung des Landgerichts Bayreuth hervor, die gestern in München vom ADAC veröffentlicht wurde. Der Autohalter muß sich danach nicht mit der Erstattung des Wiederbeschaffungswertes allein zufrieden geben. Zu den Gesamtkosten im Fall einer Reparatur zählen nach dem Bayreuther Urteil neben den reinen Reparaturkosten auch der Minderwert beim Verkauf, Mietwagenkosten oder Nutzungsausfall.(AZ.: Landgericht Bayreuth S 23/83, Versr. 84,474.)

Familie hoch im Kurs

AFP, Paris

Die Familie steht bei den Franzosen hoch im Kurs. Das zeigte eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ifop. Danach ist die Familie für die Franzosen eine Hilfsgemeinschaft (84 Prozent), eine Zuflucht (80 Prozent) und eine heilige Institution (78 Prozent). Nur 27 Prozent empfinden die Familienbande als Zwang.

Diebische Schaffner

SAD, Boston

Weil sie zuviel Geld in die eigene Tasche steckten, müssen alle Schaffner der Bostoner Verkehrsbetriebe ihren Dienst künftig mit zugenähten Uniformtaschen versehen. Die Verwaltung griff zu dieser drastischen Maßnahme, nachdem heimliche Filmaufnahmen enthüllt hatten, daß allzuviele Schaffner eingenomme Gelder in ihre Taschen, aber auch in Socken und Schuhe schieben.

Blitz traf Zug

dpa, Berlin

Bei einem Gewitter ist am Sonntag ein Blitz in der Nähe von Bitterfeld („DDR"-Bezirk Halle) in die Lokomotive des D-Zuges Frankfurt/Main-Berlin eingeschlagen. Menschen wurden nicht verletzt. An der Lokomotive entstand Sachschaden. Der Streckenabschnitt Halle-Bitterfeld wurde vorübergehend gesperrt.

„Donisl" zieht Kreise

dpa, München

Über 80 Beschwerden aus allen Teilen Deutschlands hat die Münchner Polizei im Zusammenhang mit dem „Donisl"-Betrugsskandal entgegengenommen. In der vergangenen Woche war die Gaststätte von der Polizei ausgehoben worden.

Sintflut in Oklahoma

rtr, Tulsa

Bei Überschwemmungen nach sintflutartigen Regenfällen im US-Bundesstaat Oklahoma sind am Sonntag mindestens acht Menschen ums Leben gekommen. 78 mußten ambulant behandelt werden. Binnen fünf Stunden gingen in der Gegend um Tulsa über 30 Zentimeter Regen nieder.

Es schneit wieder

dpa, München

In den Alpen ist es wieder Winter geworden. Die Schneefallgrenze liegt derzeit bei etwa 1700 Meter. Auf der Zugspitze schneite es in der Nacht zum Montag. Auch sonst ist es überall in Deutschland für die Jahreszeit zu kalt. Gestern meldete beispielsweise das Münchner Wetteramt Höchsttemperaturen um 13 Grad. Und es soll so bleiben.

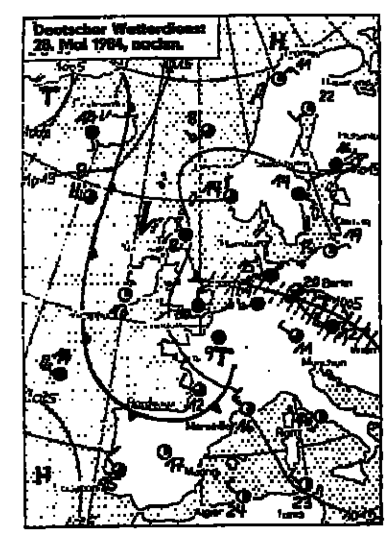
„Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt eine Spielscheinkombination Mittwochslotto- / Normalschein- / Tip-Quiz-Service-Schein der Westdeutschen Lotterie GmbH & Co. bei.

ZU GUTER LETZT

Aus einem Werbeschreiben des österreichischen Ferienortes Goldegg über Malkurse im Urlaub: „Dort schart er seine Künstler um sich und los geht's mit dem spielerischen Studium."

WETTER: Regnerisch

Wetterlage: Ein umfangreiches Tief über Mitteleuropa bleibt mit feuchter und recht kühler Luft für Deutschland wetterbestimmend.



Vorhersage für Dienstag:

Bundesrepublik und Berlin: Im Küstengebiet bei meist starker Bewölkung nur geringfügige Niederschläge. Sonst bedeckt und meist länger andauernder Regen mit kurzen Unterbrechungen. Tagestemperaturen im Norden 15 bis 18 Grad, sonst nur um 12 Grad. Nächtliche Tiefstwerte 11 bis 8 Grad, schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Im Westen zögernde Wetterbesserung, sonst noch wenig Änderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Stadt	Temp.	Stadt	Temp.
Berlin	20°	Kairo	27°
Bonn	9°	Kopenhagen	16°
Dresden	15°	Las Palmas	20°
Essen	9°	London	10°
Frankfurt	9°	Madrid	17°
Hamburg	15°	Mailand	13°
List/Sylt	17°	Mallorca	20°
München	11°	Moskau	17°
Stuttgart	10°	Nizza	19°
Algier	24°	Oslo	16°
Amsterdam	11°	Paris	9°
Athen	21°	Prag	11°
Barcelona	17°	Rom	18°
Brüssel	11°	Stockholm	14°
Budapest	16°	Tel Aviv	31°
Bukarest	25°	Tunis	22°
Helsinki	16°	Wien	12°
Istanbul	22°	Zürich	8°

*Sonnenaufgang am Mittwoch: 5.13 Uhr, Untergang: 21.27 Uhr; Mondaufgang: 5.02 Uhr, Untergang: 21.28 Uhr. *in MESZ, zentraler Ort Kassel

„Radarfalle" erfaßt Himmelskapriolen der Piloten

ANATOL JOHANSEN, Hannover

Die Heißsporne unter den deutschen Luftwaffenpiloten, die zuweilen mit ihren Maschinen im unerlaubten Tiefstflug mit erheblicher Lärmentfaltung dafür sorgen, daß es Beschwerden von seiten der Bevölkerung an das Verteidigungsministerium in Bonn regnet, werden es in Zukunft schwerer haben. Jetzt hat die Luftwaffe in der Schweiz zwei sogenannte Skyguard-Kontrollsysteme gekauft, mit deren Hilfe man den Lärmsündern sehr genau auf die Schliche kommen kann. Wie auf der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA '84) in Hannover von der Herstellerfirma zu erfahren war, wird das erste der Systeme schon dieses Jahr geliefert.

Der Standort der mobilen Anlagen wechselt und wird offiziell nicht mitgeteilt, so daß kein Pilot sich seiner Kapriolen mehr sicher sein kann. Der Inspekteur der Luftwaffe hat sich selbst vorbehalten, über den jeweiligen Standort der Anlagen zu entscheiden.

Vor dem Kauf, einem 18-Millionen-Mark-Objekt, hat man das Gerät so gründlich erprobt, daß einer der tollkühnen Flieger, der erwischt wurde, bereits auf Lebenszeit seine Fluglizenz abgeben mußte.

Das deutsch-schweizerische Geschäft kam in Gang, nachdem der Bundestag wiederholt das Verteidigungsministerium aufgefordert hatte, etwas gegen die Lärmbelästigung durch illegale Tiefstflüge zu unternehmen.

Dabei ist allerdings zu beachten, daß nicht nur die Bundeswehr im relativ kleinen deutschen Luftraum trainiert, sondern hier auch die Piloten aus weiteren sieben NATO-Ländern üben. Auch sie müssen die neue Kontrolle fürchten.

Die bisherigen Kontrollmethoden hatten sich längst unwirksam erwiesen. So wurden lärmgeplagte Mitbürger immer wieder gebeten, Angaben über Zeit und Ort des beobachteten Tiefstfluges zu machen, wie auch den Typ der Maschine oder gar ihr Kennzeichen zu nennen – ein Ansinnen, das bei den Bürgern stets Verärgerung hervorgerufen hat. Bei den Geschwindigkeiten der Maschinen eine Unmöglichkeit. Die Schallwellen erreichen beispielsweise den Erdboden erst dann, wenn das Flugzeug längst hinter den Baumwipfeln verschwunden ist.



Ein Alptraum für Tiefstflieger: Der mobile Kontrollwagen. FOTO: DW

Dem neuen Skyguard-Kontrollsystem aber können die Tiefstflugsünder kaum mehr entkommen. Diese Anlagen sind nicht nur mit Kinotheodoliten und Hochleistungskameras ausgerüstet, die mit Geschwindigkeiten von 1 bis zu 150 Bildern pro Sekunde arbeiten, sondern auch mit Richtfernrohren, Teleskopen, Infrarot-Bahnverfolgungsanlagen, Laser-Entfernungsmessern, Computern für die Datenauswertung und mit weiteren Zusatzgeräten.

Sie sind sogar in der Lage, die Flugbahnen von zwei verschiedenen Objekten gleichzeitig sehr genau zu bestimmen. Mag also sein, daß sich Luftwaffe und Marine nun bald eine Flugsünder-Kartei werden zulegen müssen – mit Einzug des Pilotenscheins bei mehr als 100 Strafpunkten.